

# E & W

Erziehung & Wissenschaft 10/2020  
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Tarifrunde Bund und Kommunen 2020



RUDOLF HICKEL

Foto: privat

## Forderungen gut begründet

Die Forderungen der Gewerkschaften für die 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beim Bund und bei den Kommunen liegen auf dem Tisch. Die Gehälter sollen um 4,8 Prozent (die Inflationsrate abgezogen etwa 4 Prozent), jedoch mindestens um 150 Euro bei den unteren Gehaltsgruppen (das sind bis zu 7,5 Prozent) steigen. Zudem verlangen die Gewerkschaften, dass die Arbeitszeit Ost an das Westniveau angepasst, also gesenkt werden soll. Mit dem bisherigen „Nein“ des Arbeitgeberblocks wird eine Tarif-Nullrunde angeboten. Hauptgrund sei die dramatische Notlage der Staatsfinanzen in Folge der Corona-Lockdown-Maßnahmen, heißt es. In der Tat, die Gesamtwirtschaft stürzt in diesem Jahr um knapp 6 Prozent ab. Gegenüber der bisherigen Planung der öffentlichen Haushalte wird mit Steuerausfällen von über 90 Milliarden Euro gerechnet. Unter diesem Druck der öffentlichen Haushaltsnotlage ist ein harter Tarifkonflikt zu erwarten. Dabei geht es um die Frage, ob die durch die Corona-Krise stark geforderten Beschäftigten ein Lohnopfer bringen müssen oder aber einen Anspruch auf Erhöhung ihrer Gehälter haben. Niemand bestreitet ernsthaft die aktuelle fiskalische Notlage des Staates allein schon wegen der massiven Steuerverluste. Hinzu kommen dringliche Zusatzausgaben etwa für das Gesundheitssystem und Überbrückungshilfen für Unternehmen, die Finanzierung der Kurzarbeit und die Unterstützung von Familien. Die Idee, in dieser Situation Staatsausgaben zu streichen und/oder Steuern zu senken, ist absurd. Die Folgen wären ein in seinen Grundaufgaben notleidender Staat, die weitere Gefährdung des sozialen Zusammenhalts und eine Verfestigung der gesamtwirtschaftlichen Krise.

Deshalb konzentriert sich die Politik derzeit bei weggebrochenen Steuereinnahmen und zusätzlichen Krisenkosten verantwortungsvoll auf die Stärkung der Handlungsfähigkeit des Bundes, der Länder sowie auch der Gemeinden.

In dieses allgemeine Muster staatlichen Handelns muss die Finanzierung der tarifpolitischen Forderungen eingebettet wer-

den. Die bisherigen und die hinzukommenden Personalausgaben dürfen wegen der Covid-19-bedingten Steuerverluste nicht zusammengekürzt werden. Während mit der Schuldenbremse ein Einsparzwang ohne Rücksicht auf öffentliche Aufgaben und die positive Rolle der Staatsverschuldung verabsolutiert worden ist, lehrt die Corona-Krise: Der effiziente Staat mit einem handlungsfähigen öffentlichen Dienst muss derzeit auch im Bereich der Personalausgaben über die Aufnahme öffentlicher Kredite finanziert werden. Logischerweise erhöhen sich die Personalausgaben im Ausmaß der angestrebten Tarifierhöhungen, die der Präsident und Verhandlungsführer der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Ulrich Mädge, Oberbürgermeister von Lüneburg, auf „mindestens 5,7 Milliarden Euro“ schätzt.

Dem Anstieg der Gehälter stehen allerdings Vorteile gegenüber: Die Motivation und Identifikation der Beschäftigten im öffentlichen Dienst werden verbessert; die Binnenwirtschaft wird durch die erhöhte private Konsumnachfrage gestärkt. Sollten die Kommunen über den erforderlichen Spielraum für Kredite nicht verfügen, müssten der Bund und die Länder – wie derzeit beim Ausfall von Gewerbesteuern – einen Ausgleich leisten. Der gesamtwirtschaftliche Spielraum für die öffentliche Kreditaufnahme liegt auf der Hand: Bei niedrigen Zinsen und einer Inflationsrate knapp oberhalb von Null sind Widerstände durch die Finanzmärkte nicht in Sicht. Im Gegenteil, selbst bei Minusrenditen fliehen die Anleger in den „sicheren Hafen“ der Staatsanleihen. Mehr denn je ist der Staat gefordert, die Lücke zwischen überschüssigem Sparen und den realwirtschaftlichen Investitionen zu schließen. Also, die Forderung zur Gehaltserhöhung im öffentlichen Dienst ist in Corona-Zeiten gut begründet und auch finanzierbar.

Prof. Rudolf Hickel,  
Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Direktor  
des Instituts für Arbeit und Wirtschaft

# Inhalt



<b>Gastkommentar</b>	
Forderungen gut begründet	Seite 2
<b>Impressum</b>	Seite 3
<b>Auf einen Blick</b>	Seite 4
<b>Prämie des Monats</b>	Seite 5
<b>Schwerpunkt: Tarifrunde Bund und Kommunen 2020</b>	
1. Wichtige Rolle der Sozial- und Erziehungsberufe: Eine Frage der Wertschätzung	Seite 6
2. GEW-Kommentar von Daniel Merbitz: Der Zauber der Solidarität	Seite 10
3. Stand nach zweiter Verhandlungsrunde: Jetzt Warnstreiks!	Seite 12
4. Interview mit Linda Engels: Vom Beifall kann man sich nichts kaufen	Seite 16
<b>Schule</b>	
1. Schulleitungen jenseits des Regelbetriebs: Gut geleitet durch die Krise	Seite 18
2. Interview mit dem Virologen Martin Stürmer: Lüften und Masken tragen	Seite 30
3. Schulpause mit Musik: Entspannung zum Nulltarif	Seite 40
<b>Medien</b>	
Filmrezension der Dokumentation „Germans & Jews“: Ein kompliziertes Verhältnis	Seite 22
<b>Dialog: Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren</b>	Seite 23
<b>Bildungspolitik</b>	
1. GEW-Kommentar von Marlis Tepe: Bildung ist lebenswichtig!	Seite 27
2. Nationaler Bildungsbericht 2020: Achillesferse des deutschen Bildungswesens	Seite 28
<b>Gesellschaftspolitik</b>	
Interview mit Sanem Kleff: „Eine Arbeit, die nie enden darf“	Seite 32
<b>Initiative „Bildung. Weiter denken!“</b>	
Interview mit Finanzwissenschaftler Birger Scholz: „Das Defizit wird gigantisch sein“	Seite 34
<b>Serie „30 Jahre Ost-West“</b>	
Interview mit Eva-Maria Stange: Eine Reihe von Demütigungen	Seite 36
<b>Berufliche Bildung und Weiterbildung</b>	
Projekt Sisters Network: Über Umwege ans Ziel	Seite 38
<b>Tarif- und Beamtenpolitik</b>	
Interview mit Fachanwalt Peter Hauck-Scholz: Selbstaussbeutung bekämpfen	Seite 42
<b>fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit</b>	
Interview mit BI-Projekt Koordinator Samuel Grumiau: Aufklärung wirkt	Seite 44
<b>Leserforum</b>	Seite 46
<b>Diesmal</b>	Seite 48
<b>Titel: Werbeagentur Zimmermann</b>	

## IMPRESSUM

### Erziehung und Wissenschaft

Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 73. Jg.

Herausgeberin:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
im Deutschen Gewerkschaftsbund  
Vorsitzende: Marlis Tepe  
Redaktionsleiter: Ulf Rödde  
Redaktion: Jürgen Amendt  
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel  
Postanschrift der Redaktion:  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main  
Telefon 069 78973-0  
Fax 069 78973-202  
katja.wenzel@gew.de  
www.gew.de  
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft  
twitter.com/gew\_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.  
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.  
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:  
[www.gew.de/eundw](http://www.gew.de/eundw)  
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:  
Werbeagentur Zimmermann,  
Hedderner Landstraße 144  
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:  
Stamm Verlag GmbH  
Goldammerweg 16  
45134 Essen  
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
Telefon 0201 84300-0  
Fax 0201 472590  
anzeigen@stamm.de  
www.erziehungundwissenschaft.de  
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41  
vom 01.01.2019,  
Anzeigenschluss  
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de)

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main



ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie  
[www.gew.de/corona](http://www.gew.de/corona)



### 10 Jahre Templiner Manifest

Das „Templiner Manifest“, das die GEW 2010 vorgelegt hat, war ein Weckruf für die bundesdeutsche Wissenschaftspolitik. Auf einer Konferenz in Berlin soll am 25. November gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Vertreterinnen und Vertretern des Bundes, der Länder und der Hochschulen eine kritische Bilanz gezogen werden, wie sich die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in der Wissenschaft in der vergangenen Dekade entwickelt haben. Darüber hinaus wird die GEW den Blick nach vorne richten und die weiteren Schritte für die GEW-Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft“ diskutieren. Die Teilnahme ist auch per Livestream möglich; für alle, die vor Ort dabei sein wollen, wird es ein sicheres Hygienekonzept geben. GEW-Mitgliedern werden die Reisekosten nach Berlin erstattet.

Weitere Informationen, Programm und Anmeldung:

[www.gew.de/10-jahre-templinermanifest](http://www.gew.de/10-jahre-templinermanifest)

### Aktionszeitraum der GEW

Im Herbst 2020 startet der jährliche Aktionszeitraum der bundesweiten GEW-Initiative „Bildung. Weiter denken!“. Diesmal im Fokus: die Arbeitsbelastung der Erzieherinnen, Erzieher und Lehrkräfte. Die Arbeits- und Lernbedingungen werden immer drückender, weil das Bildungssystem in Deutschland drastisch unterfinanziert ist. Zudem wird es um die Forderung „A13 für alle“ – also um die bessere Bezahlung aller Grundschullehrkräfte, aber auch der Sek-I-Lehrkräfte, die schlechter als A13/E13 verdienen – gehen. Zur Unterstützung der Aktivitäten hat die GEW Ideen entwickelt und Materialien vorbereitet. Alle Informationen finden sich auf [www.gew.de/AZR](http://www.gew.de/AZR).

### Tarifverhandlungen mit Berlitz

Am 7. Oktober beginnen die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften mit der Berlitz Deutschland GmbH. Die GEW fordert 2,5 Prozent mehr Gehalt für die Beschäftigten bei einer Laufzeit des Tarifvertrages von einem Jahr. Berlitz versucht seit längerem, wirtschaftliche Krisensituationen auf dem Rücken der Beschäftigten auszutragen. In diesem Jahr verzeichnete das Unternehmen pandemiebedingt Wirtschaftseinbußen und veranlasste für viele Beschäftigte Kurzarbeit. Das bedeutet für die Beschäftigten seit vielen Monaten Einkommenseinbußen. Gleichzeitig leisten sie weiterhin gute Arbeit, die Kurse sind weiterhin nachgefragt. Mit Blick auf die wirtschaftliche Lage von Berlitz entschied sich die GEW für eine moderate Forderung. Die Gesamtbetriebsvereinbarung Kurzarbeit gilt noch bis Ende des Jahres.

Die Berlitz Deutschland GmbH ist ein bundesweit agierendes Weiterbildungsunternehmen und, neben dem Goethe-Institut, die einzige tarifgebundene Sprachschule in Deutschland.

### AGAL-Fachtagung

Nicht erst seit der Corona-Krise ist die Digitalisierung der Schulen ein großes Thema. Zugleich haben die Schulschließungen zum Schutz vor dem Corona-Virus das E-Learning forciert. Wie gehen die Auslandsschulen mit dem Thema Digitalisierung um? Wie können Inlands- und Auslandsschulen voneinander lernen? Diese Fragen werden auf der 23. Fachtagung der Arbeitsgruppe Auslandslehrerinnen und -lehrer (AGAL) vom 25. bis 28. November in der Heimvolkshochschule Mariaspring unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen diskutiert. Über eine kritische Bestandsaufnahme hinaus will die Fachtagung den Austausch fördern. Neue Formate wie Open Media Labs, Bar Camps und Mikro Formate werden durch Referenten vorgestellt und vor Ort erprobt. Die Tagung richtet sich insbesondere an Lehrerinnen und Lehrer, die vom Auslandsschuldienst zurückgekehrt sind oder sich auf einen Auslandseinsatz vorbereiten wollen. Lehrkräfte im Schuldienst können für die Teilnahme Dienstbefreiung beantragen.

Weitere Infos und Anmeldung: [www.gew.de/agal](http://www.gew.de/agal)

### Mehr von der Betriebsrente

Rentnerinnen und Rentner, die gesetzlich krankenversichert sind, haben seit 1. Januar 2020 mehr von ihrer Betriebsrente: Seither sind aus der Betriebsrente Krankenkassenbeiträge erst abzuführen, sobald sie den Freibetrag von 159,25 Euro monatlich übersteigen. Dieser Freibetrag wird zukünftig jeweils zum 1. Januar angepasst. Früher gab es eine sogenannte Freigrenze: Renten unterhalb dieses Betrages blieben beitragsfrei, war dieser überschritten, wurde auf die gesamte Betriebsrente der volle Krankenkassenbeitrag einbehalten.

Die Gewerkschaften hatten sich seit Jahren für eine Entlastung der Betriebsrenten stark gemacht. Leider erwies sich die Umsetzung verwaltungsmäßig als sehr kompliziert. Viele Rentnerinnen und Rentner warten noch immer auf ihr Geld. Die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) als größte Betriebsrentenkasse in Deutschland erläuterte die Gründe: An Menschen, die neben der VBL-Betriebsrente keine weiteren Betriebsrenten beziehen, hat die VBL von Mitte August 2020 bis Mitte September 2020 individuelle Mitteilungen versandt. Diese enthalten den neuen Netto-Rentenzahlbetrag sowie die Höhe der zustehenden Nachzahlung rückwirkend ab 1. Januar 2020. Auch die Überweisung der Nachzahlung sollte Ende August 2020 erfolgt sein.

Werden dagegen weitere Betriebsrenten bezogen, darf der Freibetrag nur einmal von der Summe der monatlichen Einnahmen aus Betriebsrenten abgezogen werden. Hierfür war ein neues Meldeverfahren der Krankenkassen über die Höhe der anderen Betriebsrenten notwendig, das erst im Oktober an den Start geht. Erst nach Eingang dieser Mitteilung kann die VBL nach und nach die individuellen Mitteilungen versenden und den Rückzahlungsbetrag ermitteln.

# Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein GEW-Kurierrucksack.\*

## Prämie des Monats Oktober: GEW-Kurierrucksack

Bildung bewegt – und zwar überall. Der geräumige GEW-Kurierrucksack mit gepolsterten Tragegurten sowie Hüft- und Brustgurt sieht gut aus und bietet Platz für alle Fälle. Ob für den Einkauf, den Kita-Ausflug in den Park oder einen Stapel Deutsch-Klausuren.



**Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern**  
**[www.gew.de/praemienwerbung](http://www.gew.de/praemienwerbung)**

\*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!**

Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

<input type="text"/> Vorname/Name	<input type="text"/> GEW-Landesverband
<input type="text"/> Straße/Nr.	<input type="text"/> Telefon
<input type="text"/> PLZ/Ort	<input type="text"/> Fax
	<input type="text"/> E-Mail

**Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

# Eine Frage der Wertschätzung

**Kita-Leiter Marcus Eismann aus Leipzig betont: „Die Gesellschaft muss sich fragen, welchen Wert sie der Erziehung ihrer Kinder beimisst.“**



**// Im aktuellen Tarifkonflikt spielen die Sozial- und Erziehungsberufe eine wichtige Rolle. Gerade die Kolleginnen und Kollegen in Kitas und sozialen Diensten waren im Corona-Lockdown für andere da – doch ihr Gehalt reicht manchmal kaum für den Lebensunterhalt. Betroffene erzählen. //**

Marcus Eismann hat sich schon früh entschieden, Verantwortung zu übernehmen. Mit seinen 32 Jahren leitet er nun bereits die zweite Kita, ein neu eröffnetes Haus in Leipzig-Lindenau, in dem mehr als 100 Kinder betreut werden und 15 Kolleginnen und Kollegen arbeiten. Zuvor war der Sozialpädagoge bereits drei Jahre Chef einer anderen Kita der Stadt, nachdem er zunächst seinen Bachelor in Sozialer Arbeit abgelegt hatte. Eismann fühlt sich für seinen Leitungsjob gut gerüstet, aber mit knapp 2.400 Euro netto im Monat nicht fair bezahlt. „Produktionsmitarbeiter in der westdeutschen Automobilindustrie rechnen mit Jahreseinkommen von 40.000 bis 45.000 Euro. Ich schaffe es nicht mal auf 30.000 Euro im Jahr“, sagt er. Und dabei habe es in den vergangenen Jahren schon spürbare Steigerungen gegeben. „Die Gesellschaft muss sich fragen, welchen Wert sie der Erziehung ihrer Kinder beimisst“, sagt der Sozialpädagoge. „Die Kitas legen immerhin den Grundstein dafür, wie sich die Menschen später in die Gesellschaft einbringen.“ Der sächsische Kita-Leiter ist einer der rund 2,3 Millionen Beschäftigten beim Bund und bei den Kommunen, für die

Foto: Sebastian Willnow

die Tarifverhandlungen am 22./23. Oktober in Potsdam in die dritte Runde gehen. Dem Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) mit seinen rund 300.000 bei kommunalen Trägern Beschäftigten kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Zu dem Bereich gehören diverse Berufsgruppen der Kinder- und Jugendbetreuung und des Sozialwesens, die in den ersten Monaten der Corona-Pandemie als Helden beklatscht wurden. Die Gewerkschaften fordern 4,8 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 150 Euro mehr im Monat. „Klatschen allein reicht nicht. Jetzt müssen die Gehälter spürbar steigen“, sagt die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

### **„Geld ist doch da“**

Eismann findet, gerade in den Wochen des Corona-Lockdowns sei das Ungleichgewicht zwischen gesellschaftlicher Bedeutung und angemessener Bezahlung der Sozial- und Erziehungsberufe absolut augenfällig geworden. „Plötzlich war es für die Wirtschaft und das Gesundheitssystem immens wichtig, dass wir arbeiten gehen und die Kitas geöffnet halten“, sagt Eismann. „Aber vor Infektionen schützen konnten wir uns kaum. Das Risiko haben wir trotzdem getragen – für die Kinder, für die Familie und für die Gesellschaft.“ Jetzt aber wollten die Arbeitgeber davon nichts mehr wissen, im Gegenteil: Der Bund und die Kommunen würden stattdessen darauf setzen, dass der Sozial- und Erziehungsdienst unter Corona-Bedingungen deutlich weniger Druck aufbauen könne als bei früheren Tarifkonflikten. Er hoffe jedoch, sagt Eismann, dass sich die Kolleginnen und Kollegen nicht nur von ihrer sozialen, hilfsbereiten Lebenseinstellung leiten lassen, sondern auch für ihre Rechte eintreten. Über Steuereinnahmen verführe Deutschland jedenfalls trotz der Krise ausreichend. „Geld ist doch da“, sagt Eismann, der sich auch im Leipziger Bezirksverband der GEW engagiert. „Die öffentliche Hand muss es aber auch an der richtigen Stelle ausgeben.“ Hinzu kommt: Inzwischen bessern freie Träger, die einen großen Anteil der Kita-Landschaft gestalten, zunehmend die Gehälter auf. Beobachter fürchten daher bereits, dass sie kommunalen Einrichtungen Fachkräfte abwerben könn- >>>

>>> ten. Auch deshalb, so Gewerkschafter Eismann, sei eine Gehaltssteigerung dringend nötig.

## Knapp 2.000 Euro netto

Anders als Eismann hat Daniela Gjunglek aus Sindelfingen etwas länger gebraucht, ihre Berufung zu finden: elf Semester Jurastudium, drei Jahre Verwaltungsangestellte im Stuttgarter Haus der Geschichte. Mit 32 Jahren aber entdeckte sie ihren Traumjob und begann eine Praxisintegrierte Ausbildung in einer Kita. Eine Freundin, die schon Erzieherin war, erzählte ihr von



Foto: privat

**„Ich kann mir meinen Job nur leisten, weil mein Mann gut verdient“, sagt die Erzieherin Danjela Gjunglek aus Sindelfingen.**

der neuen Chance, schulische Ausbildung und Praxis in der Einrichtung mit samt Ausbildungsvergütung zu verbinden. Heute begleitet die 40-Jährige eine Krippengruppe im städtischen Ganztagshaus Brunnenwiesenstraße 14, in dem 100 Kinder zwischen acht Wochen und zehn Jahren betreut werden. „Eigentlich wollte ich schon lange mit Kindern arbeiten“, sagt die Erzieherin rückblickend. „Jetzt mache ich meinen Job mit viel Herzblut und genieße es, dass ich bei den Kindern viel bewirken kann.“ Der Haken an der Geschichte ist für sie jedoch die Bezahlung. Gjunglek verdient mit ihrer 39-Stunden-Woche knapp 2.000 Euro netto im Monat. Doch in der Hochburg der Automobilindustrie rund um Stuttgart mit den Werken von

Mercedes-Benz und Porsche seien die Lebenshaltungskosten enorm hoch und Wohnraum kaum zu bezahlen. „Für eine Zwei-Zimmer-Wohnung muss man zusammen mit den Nebenkosten 1.000 Euro kalkulieren“, sagt Gjunglek. Da bleibe für eine Familie nicht viel zum Leben. „Ich kann mir meinen Job nur leisten, weil mein Mann gut verdient“, sagt sie. Der Beruf der Erzieherin und des Erziehers erhalte von der Gesellschaft immer neue Bildungsaufgaben, die etwa den Grundstein für die Schullaufbahn legen sollen, werde aber ansonsten viel zu wenig wertgeschätzt. Zwar habe sich die Einkommenssituation nach den wochenlangen Streiks 2015 durch bessere Eingruppierungen ein wenig verbessert. „Doch wenn man in Zukunft noch ausreichend Nachwuchs gewinnen will“, sagt Gjunglek, „muss der Beruf lukrativer werden.“ Schon länger fehlten Kollegen in ihrer Einrichtung, Corona habe die Lage dann weiter verschärft. „Wir können einige Schichten derzeit nicht abdecken. Die Eltern und Kinder leiden deutlich unter diesen Einschränkungen.“

## Fehlende Wertschätzung

Neben den finanziellen Tarifforderungen geht es am Verhandlungstisch in Potsdam auch um mehr gesamtdeutsche Gerechtigkeit: Die wöchentliche Arbeitszeit der Kolleginnen und Kollegen im Osten soll von 40 Stunden bei Vollzeit auf 39 Stunden wie im Westen sinken. „30 Jahre nach der Einheit ist es höchste Zeit, dass die Arbeitszeit im Osten an das Westniveau angepasst wird“, sagt GEW-Chefin Tepe.

Bei dieser Anpassung geht es um Menschen wie Juliane Reichstein. „Der Ost-West-Unterschied muss endlich beendet werden“, sagt die 39-jährige Thüringerin aus Gotha. „Es gibt keinen Grund, warum wir für das gleiche Gehalt länger arbeiten müssen. Die Kosten der Ausbildung und die Lebenshaltungskosten sind überall gleich.“ Die Mutter von Zwillingen hat von 2014 bis 2017 eine Ausbildung zur Erzieherin absolviert, seither arbeitet sie im Reggio-Kinderhaus der Stadt. 200 Kinder zwischen einem Jahr und sechs Jahren werden dort nach der Reggio-Bildungsphilosophie des italienischen Pädagogen Loris Malaguzzi betreut. Sein Leitbild stellt die Kin-

der, ihre Fähigkeiten und Rechte in den Mittelpunkt und sieht die Erwachsenen vor allem als deren Begleiter.

Reichstein hat sich sehr bewusst für dieses Haus entschieden, und sie liebt ihren Arbeitsplatz. Bevor ihre Zwillinge vor zehn Jahren auf die Welt kamen, hatte sie als Logopädin in einer freien Praxis gearbeitet. Nach der Elternzeit entschied sie sich für die Erzieherinnen-Ausbildung. Nun bringt sie ihre besonderen Kompetenzen im Kinderhaus ein, etwa im Umgang mit Inklusion und Mehrsprachigkeit. Trotz der Berufserfahrung kommt sie mit einer 37,5-Stunden-Stelle netto nur auf rund 1.500 Euro im Monat. „Wenn mein Mann nicht so gut verdienen würde, ginge das gar nicht“, sagt Reichstein. „Ein Leben als Alleinerziehende mit diesem Gehalt möchte ich mir gar nicht vorstellen.“ Die Angestellte ärgert diese fehlende Wertschätzung der Gesellschaft. „Wir tragen gerade während der Corona-Pandemie eine Riesenverantwortung für die Gesundheit der Kinder, gefährden aber unsere eigene Gesundheit – und erfüllen zudem einen Bildungsauftrag für die Schullaufbahn“, sagt das GEW-Mitglied.



Foto: privat

**„Der Ost-West-Unterschied muss endlich beendet werden“, fordert die Erzieherin Juliane Reichstein aus Gotha.**

Daher finde sie es absolut richtig, in diesem Herbst hart für Gehaltserhöhungen zu kämpfen.

Der jüngste Tarifabschluss vom Frühjahr 2018 für die im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen Beschäftigten





Foto: privat

**„Wir bekommen keine Leute mehr. Und diejenigen, die im System sind, müssen darunter leiden“, kritisiert die Kinderpflegerin Andrea Oberhofer aus dem bayerischen Großmehring.**

hatte mit 30 Monaten eine ungewöhnlich lange Laufzeit. Die Gehälter sind in diesem Zeitraum durchschnittlich um 7,5 Prozent gestiegen. Damals hätten einige Berufsgruppen tatsächlich ein überproportionales Lohnplus erhalten, erinnert sich Gesa Bruno-Latocha, Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik beim GEW-Hauptvorstand. Auch Ungereimtheiten aus der Umstellung vom Bundesangestelltentarif (BAT) auf den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) seien nachträglich korrigiert worden, erklärt Bruno-Latocha.

Der Tarifrunde 2020 ist ein Sondierungsgespräch von ver.di mit den kommunalen Arbeitgebern im Juni vorausgegangen. Die Gewerkschaften haben angeboten, die Tarifrunde wegen der Corona-Pandemie auf 2021 zu verschieben. Für die Zeit vom Auslaufen des Tarifvertrages Mitte 2020 bis zur Aufnahme der Verhandlungen im nächsten Jahr sollten die Beschäftigten eine materielle Entschädigung erhalten – doch das lehnten die kommunalen Spitzenfunktionäre ab. „Statt die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen in der Krise zu honorieren, wollen die Arbeitgeber die Gewerkschaften zu einem Lohnverzicht zwingen“, kritisiert Daniel Merbitz, GEW-Vorstandsmitglied für Tarif- und Beamtenpolitik. Daher gebe es

nun harte Verhandlungen. Da allerdings klassische Großkundengebungen unter Corona-Bedingungen schwer möglich seien, entwickeln die Gewerkschaften derzeit neue analoge und digitale Aktionsformen. „Nur wenn es gelingt, die Arbeitgeber bundesweit unter Druck zu setzen“, sagt Merbitz, „können wir faire Lohnsteigerungen erreichen.“

### Großer Fachkräftemangel

Dieser Anspruch gilt nicht nur in den Metropolen wie Berlin oder München – sondern ebenso in Großmehring, einem Bilderbuch-Örtchen in Oberbayern: 7.200 Einwohner, katholische Kirche mit Zwiebeltürmchen, kleine Grund- und Mittelschule, die Donau vor der Haustür. In einem Kindergarten der Gemeinde arbeitet seit sechs Jahren Kinderpflegerin Andrea Oberhofer. Die 54-Jährige kennt die Nöte im Kollegenkreis – sie war schon immer bei der Kommune angestellt und engagierte sich als Personalrätin. Die Fluktuation im Kita-Bereich sei enorm groß, sagt die erfahrene Kollegin, der Mangel an Fachkräften werde immer größer. Inzwischen würden Tagesmütter für die Kitas abgeworben und in einer

Schnellbesohlung binnen 40 Stunden zur Hilfskraft geschult. „Wir bekommen keine Leute mehr. Und diejenigen, die im System sind, müssen darunter leiden“, sagt Oberhofer. Gerade für Männer, die in den Einrichtungen benötigt würden, sei der Beruf kaum attraktiv.

Die Forderung der Gewerkschaften findet das GEW-Mitglied aus Oberbayern deshalb mehr als gerechtfertigt. Die Mieten und die Lebenshaltungskosten in der Region seien durch die Präsenz von Audi im nahen Ingolstadt immens hoch. „Ohne Nebenjob können sich manche ihre Wohnung kaum leisten – obwohl die Ausbildung eine der längsten in Deutschland ist.“ Sie selbst sei zwar in keiner Notlage, weil ihre Kinder schon erwachsen und aus dem Haus seien. Aber junge Kolleginnen und Kollegen in ihrem Umfeld würden für die Erzieherausbildung einen Kredit aufnehmen. „Und wenn sie endlich im Job sind, müssen sie alles wieder abbezahlen“, sagt Oberhofer. „Gesellschaftliche Wertschätzung sieht anders aus.“

Sven Heitkamp,  
freier Journalist

### Gehälter im Sozial- und Erziehungsdienst

Mit der jüngsten Erhöhung zum 1. März 2020 stiegen die Gehälter der beim Bund und bei den Kommunen beschäftigten Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen/-pädagoginnen und Sozialarbeiter/-pädagogen im Schnitt um 1,06 Prozent. Damit wurde das in der Tarifrunde 2018 ausgehandelte Ergebnis von insgesamt 7,5 Prozent Gehaltssteigerungen erreicht. Je nach Eingruppierung und Erfahrungsstufe liegen die Brutto-Entgelte von Erzieherinnen aktuell zwischen rund 2.830 (Entgeltgruppe S 8a, Erfahrungsstufe 1, Vollzeit) und ca. 4.310 Euro (Entgeltgruppe S 8b, Erfahrungsstufe 6), wobei Erzieherinnen und Erzieher mit einem absolvierten Anerkennungsjahr grundsätzlich mit der Erfahrungsstufe 2 (in der Entgeltgruppe S 8a derzeit knapp 3.040 Euro) beginnen; Kita-Leitungen verdienen – abhängig von der Größe der Einrichtung – zwischen knapp 2.890 Euro (Entgeltgruppe S 9, Stufe 1, Kita bis 40 Plätzen) und rund 5.850 Euro im Monat (höchste Erfahrungsstufe, Kita mit mehr als 180 Plätzen). Kinderpflegerinnen und -pfleger erhalten zwischen rund 2.290 und ca. 3.410 Euro. Sozialarbeiterinnen/-pädagoginnen und Sozialarbeiter/-pädagogen verdienen monatlich zwischen ca. 3.200 und knapp 4.710 Euro. In der Tarifrunde 2015 haben die Gewerkschaften eine Aufwertung des Erzieherinnenberufs durchgesetzt; die Gehälter stiegen dadurch gegenüber 2009 deutlich an. Zum Vergleich: 2009 betrug das Einstiegsgehalt 2.040 Euro, 2015 lag es in der neu geschaffenen Entgeltgruppe S 8a bei 2.460 Euro. 2020 sollte ursprünglich zwischen Gewerkschaften und den öffentlichen Arbeitgebern von Bund und Kommunen über eine weitere Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst verhandelt werden. Aufgrund der Corona-Krise wurden diese Verhandlungen auf unbestimmte Zeit verschoben. jam

DANIEL MERBITZ



# Der Zauber der Solidarität

Thomas Bernhard tat es in seinem Schauspiel „Die Macht der Gewohnheit“ allen kund: „Die Wahrheit ist ein Debakel!“ Während dort ein Zirkusdirektor versucht, das „Forellenquintett“ von Franz Schubert mit einer renitenten Bühnentruppe aufzuführen, führt das vereinigte Ensemble der kommunalen Arbeitgeber und des Bundesinnenministeriums während der Tarifrunde für die bei Bund und Kommunen Beschäftigten in Potsdam ein ähnlich absurdes Stück auf. Noch gestern und vorgestern überschlug sich die Politik mit Lobeshymnen und rhythmischem Klatschen für den unverzichtbaren öffentlichen Dienst in der Corona-Krise. Heute wird zynisch in die Kasse geschaut und mit den Schultern gezuckt. Keine Paraderolle! Nachdem die Gewerkschaften ihre Forderungen und Erwartungen den Kommunen und dem Bund präsentiert hatten, gab es nur eine beschämende Antwort: Kein Angebot, wenn etwas denkbar sei, dann nur mit langer Laufzeit. Dies ist die traurige Wahrheit. Bitter, nachdem die Beschäftigten im öffentlichen Dienst – so wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den anderen Branchen von der Klinik über den Supermarkt bis zum Fernverkehr – monatelang dieses Land in schwieriger Zeit am Laufen gehalten haben und auch weiter halten. Das muss mit einer ordentlichen Gehaltserhöhung anerkannt und gewürdigt werden.

Bei der zweiten Verhandlungsrunde in Potsdam, nur knapp zwei Wochen vor dem großen Einheitsfestakt, haben sie eine wahre Farce aufgeführt: Die kommunalen Arbeitgeber wollen mit Blick auf die Arbeitszeit den Osten für weitere fünf Jahre abkoppeln.

Wir müssen es klar benennen: Nach nunmehr 30 Jahren deutscher Einheit ist die Einheit bei der Arbeitszeit für die kommunalen Beschäftigten längst überfällig. Das sage ich nicht nur als jemand, der aus den nicht mehr ganz so neuen Bundesländern stammt, sondern ganz besonders aus gesamtdeutscher Sicht: Wir können uns dauerhaft keine Sonderwirtschaftszone, kein Tarif-Experimentierfeld zu Lasten der Beschäftigten leisten. Denn wir stehen vor neuen Umverteilungskämpfen,

vor der Frage, wer die Folgen der Abmilderung der Corona-Krise bezahlen soll. Ich vermute vorsichtig, es sollen nicht die Konzerne und die Superreichen sein ... Tarifpolitik ist Sozialpolitik ist Wirtschaftspolitik. Wir hörten die Arbeitgeber schon deklamieren, die Schuldenbremse, die leeren Kassen, die sicheren Arbeitsplätze, die es im öffentlichen Dienst gibt. Sie verstecken sich hinter forscher Rhetorik, die sich im Gewand des Neoliberalismus kleidet.

Dies lassen wir ihnen nicht durchgehen. 2020 wird ein Wendepunkt sein: Menschen, Land und Leben haben sich verändert. Es stellen sich die großen Fragen nach dem Zusammenhalt einer Gesellschaft. Wir antworten mit Solidarität. Ungewerkschaftlich und zeitlos. Dieser Zauber bindet immer wieder. Nur so können wir erfolgreich dem Ungeist der neuen alten Kassenwarte und dem Unwesen der Beschäftigtengruppen-Gegeneinander-Ausspieler etwas entgegensetzen. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zug, ihr unwürdiges Schauspiel zu beenden und stattdessen ein Stück mit Respekt und Wertschätzung aufzuführen! Tarifautonomie heißt Verantwortung zu übernehmen. Wir fordern dies ein!

Ich erlebe in dieser Tarifrunde viel Zuspruch, die Kolleginnen und Kollegen wollen sich einmischen, auch und gerade unter erschwerten Bedingungen, sie wollen ihren Beitrag leisten, wollen mithelfen.

Bereits ein kleiner Einsatz hilft – zum Beispiel, indem die gedruckten Tarif-Infos in den Einrichtungen weitergegeben werden oder in den sozialen Medien ein SharePic geteilt wird. Alle können und sollen sich einbringen. Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Und wir müssen noch mehr Mitglieder gewinnen. Wir haben erlebt, wie wichtig es ist, füreinander da zu sein. Halten wir zusammen, schließen wir uns zusammen. Lassen wir uns verzaubern von der guten alten Solidarität!

Daniel Merbitz,  
GEW-Vorstandsmitglied Tarif- und Beamtenpolitik



# Überflieger im Klassenzimmer.



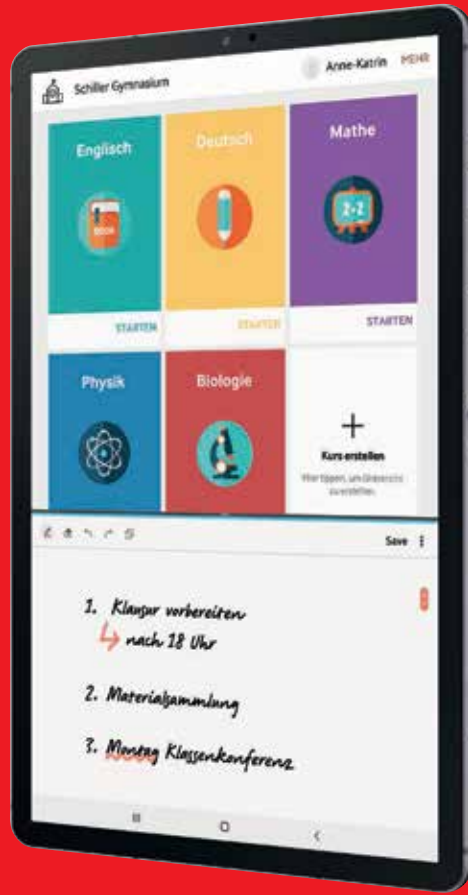
**SAMSUNG**  
Neues Lernen

## Samsung Galaxy Tab S6 Lite

Am besten ist es, wenn alle Schüler oder Studenten die gleiche Basis haben. Kein Problem mit dem unter 500 Gramm leichten Galaxy Tab S6 Lite. Das S6 Lite bietet viel Speicher für Apps, Fotos, PDF-Dateien, fotografiert Aufgaben mal eben schnell ab und hat genug Akku-Power, um lange durchzuhalten. Um der Kreativität freien Lauf zu lassen, gehört zum Tablet auch der S Pen. Er lässt sich intuitiv bedienen und ermöglicht ein natürliches Schreibgefühl – selbst bei langer Nutzung. Das Metallgehäuse des Tablets ist besonders widerstandsfähig.



**Microsoft 365**



**Home-Schooling**  
bei MediaMarkt

## Faszination Lernen 2.0 Das Lösungspaket für den DigitalPakt Schule – gemeinsam mit Samsung und Media Markt

Wie lernen wir? Seit jeher beschäftigt diese Frage Wissenschaft und Forschung. Denn Lernen ist ein hochkomplexer Vorgang im Gehirn, bei dem rund 100 Milliarden Nervenzellen miteinander kommunizieren. Keine Frage: Lernen fasziniert. Und ist gleichermaßen im Wandel wie die gesamte Gesellschaft. War früher noch beispielsweise der Rechenschieber ein gängiges Lehrmaterial, sind wir heute beim Einsatz digitaler Medien angekommen. Kinder und Jugendliche begeistern sich für digitale Geräte wie Tablets, die sich sinnvoll in den Unterricht einbinden lassen.

Mit Samsung Knox können Lehrer alle Tablets auf einmal mit neuen Apps ausstatten und bestimmen dank Classroom Management, was genutzt werden darf. Gemeinsam mit Media Markt bietet Samsung datenschutzkonformen Zugriff auf Lehrmaterialien, Samsung Classroom Management zur Unterrichtsorganisation, Lehrkräfte-Training und mehr. Schüler, die keine stabile Internetverbindung zuhause haben, können mit einer LTE Variante ausgestattet werden. Für Lehrer bietet sich die Tab S6 Premium-Variante (LTE oder WiFi) an.

**Weitere Informationen erhalten Sie bei Ihrem Geschäftskundenberater, unter 0221/222 43-910 oder unter [www.mediamarkt.de/neueslernen](http://www.mediamarkt.de/neueslernen)**



Keine Mitnahmegarantie. Alle Angebote ohne Dekoration. Angebote gültig solange der Vorrat reicht. Irrtümer und technische Änderungen vorbehalten.



# Jetzt Warnstreiks!

**// Auch in der zweiten Verhandlungsrunde über den Tarifvertrag für die im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen Beschäftigten haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Das wollen sie erst Mitte Oktober tun. Auf die Blockadehaltung der Arbeitgeber haben die Gewerkschaften Ende September sofort mit ersten Warnstreiks geantwortet. Diese sollen mit Blick auf die dritte Verhandlungsrunde am 22./23. Oktober in Potsdam ausgeweitet werden. //**

Die Gewerkschaften verlangen 4,8 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 150 Euro im Monat. Zudem erwarten sie, dass die wöchentliche Arbeitszeit für die Angestellten in den östlichen Bundesländern von 40 auf 39 Stunden gesenkt und damit an das Westniveau angeglichen wird. Der Tarifvertrag soll ein Jahr laufen.

Weder beim Thema Gehalt noch bei den weiteren Verhandlungspunkten gab es in der zweiten Runde viel Bewegung. Die Arbeitgeber spielen auf Zeit – in jeder Beziehung übrigens: So wollen sie durchsetzen, dass die kommunalen Beschäftigten in den östlichen Bundesländern noch bis 2025 länger als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen

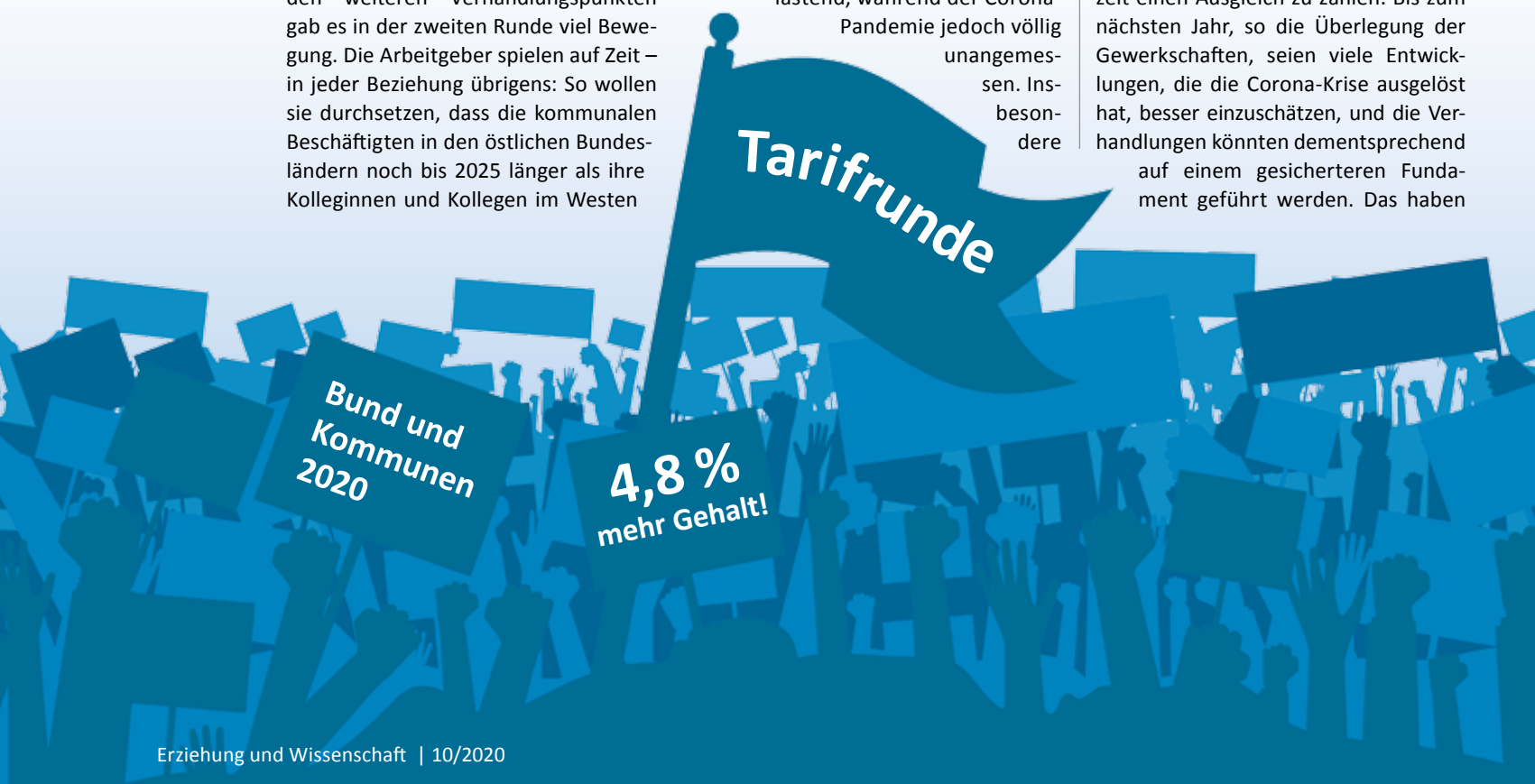
arbeiten. Mit anderen Worten: Abgesehen vom Mund-Nasen-Schutz und den Abstandsregeln verhielten sich die Arbeitgeber bisher ähnlich wie in der Vor-Corona-Zeit: Sie geben sich verhandlungsoffen, lassen an der einen oder anderen Stelle durchblicken, dass sie zu konstruktiven Lösungen bereit seien. Aber in den Kernfragen mauern sie sich ein und schieben als Begründung vor: Es seien noch zwei Termine mit ver.di vereinbart, um über die Bereiche Pflege/Gesundheitswesen und Sparkassen zu verhandeln. Dabei geht es jedoch um Spezialthemen, die mit der allgemeinen Gehaltserhöhung nichts zu tun haben. Das Kalkül bei der Beton-Strategie der Arbeitgeber: Sie hoffen, dass die Streikbereitschaft der Beschäftigten vor der Veröffentlichung eines Angebots weniger leidenschaftlich ist als nach dessen Bekanntwerden.

## Arbeitgeber-Rituale

Diese Rituale der Arbeitgeber sind schon in „normalen“ Tarifrunden belastend, während der Corona-Pandemie jedoch völlig unangemessen. Insbesondere

In der Tarifrunde 2020 für den öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen verhandeln die Gewerkschaften für rund 2,3 Millionen Beschäftigte. Für circa 200.000 Beamte und Versorgungsempfänger soll das Tarifergebnis zeit- und wirkungsgleich übernommen werden. Ver.di hat gegenüber den Arbeitgebern von Bund und Kommunen die Verhandlungsführerschaft für die DGB-Gewerkschaften GEW, GdP und IG BAU. Alle aktuellen Infos zur Tarifrunde für die bei Bund und Kommunen Beschäftigten finden Sie auf der GEW-Website unter [www.gew.de/troed2020](http://www.gew.de/troed2020). ur

weil die Gewerkschaften Mitte des Jahres vorgeschlagen hatten, die Runde in das Frühjahr 2021 zu verschieben und den Beschäftigten für die Übergangszeit einen Ausgleich zu zahlen. Bis zum nächsten Jahr, so die Überlegung der Gewerkschaften, seien viele Entwicklungen, die die Corona-Krise ausgelöst hat, besser einzuschätzen, und die Verhandlungen könnten dementsprechend auf einem gesicherteren Fundament geführt werden. Das haben



die Arbeitgeber jedoch strikt abgelehnt und bestanden auf dem ursprünglichen Tarifrundenfahrplan. Entsprechend verärgert reagierte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe: „Die Forderungen der Gewerkschaften liegen auf dem Tisch. Die Arbeitgeber bewegen sich jedoch nicht und vergeuden Zeit. Das versteht in der Öffentlichkeit niemand. Das Verhalten der Arbeitgeber ist eine Respektlosigkeit gegenüber den Beschäftigten.“

Mit Blick auf den Vorschlag der Arbeitgeber, die Arbeitszeit Ost in zwei Schritten bis 2025 auf das Westniveau zu senken, stellte GEW-Tarifchef Daniel Merbitz fest: „Das kann doch nicht ernst gemeint sein. Die Kolleginnen und Kollegen warten schon seit 30 Jahren auf gleiche Arbeitsbedingungen in Ost und West.“

Das Herzstück der Eingruppierung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist das Thema „Arbeitsvorgang“. Dieses sei ihnen, so betonen die Verhandlungsführer der Arbeitgeber, besonders wichtig. Die Eingruppierung in den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) hängt nämlich davon ab, in welchem zeitlichen Umfang welche Tätigkeiten ausgeübt werden. Dabei dürfen Arbeitsvorgänge, die zu einem abgrenzbaren Arbeitsergebnis führen, nicht beliebig aufgespalten werden. Genau das versuchen die Arbeitgeber aber immer wieder, um Beschäftigte schlechter zu bezahlen als ihnen zusteht. Dieser Praxis haben etliche Gerichtsurteile einen Riegel vorge-schoben: Die Richter sprachen den Be-

### Nicht zufrieden mit dem Gehalt Stefan Kähler, Kita-Leiter aus Rendsburg und GEW-Vertreter Schleswig-Holsteins in der Tarif- kommission



Foto: David Dwiak/18frames

**Stefan Kähler**

Stefan Kähler brach sein Lehramtsstudium kurz vor dem Staatsexamen ab, weil er zu fließend Französisch sprach. „Ja, klingt seltsam“, sagt der heute 42-Jährige. „Aber es gab ein Problem: Ich machte keine Fehler, aber konnte die Grammatikregeln nicht erklären. So wäre ich wahrscheinlich kein guter Lehrer geworden.“

Doch dass er mit Kindern arbeiten wollte, stand fest, seit er als Heranwachsender in der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit aktiv war. Heute leitet Kähler eine Kita im schleswig-holsteinischen Rendsburg.

An die Ausbildung zum Erzieher „bin ich entspannt rangegangen, musste aber schnell feststellen, dass sie in der Theorie doch sehr anspruchsvoll ist“, sagt Kähler.

Nach nun elf Jahren im Beruf ist er „immer noch völlig zufrieden, nur am Monatsende, wenn ich auf mein Gehalt schaue, nicht so ganz“. Für gute Bezahlung und bessere Bedingungen für die Erziehungsfachkräfte setzt er sich in der GEW ein: Er ist Sprecher der Landesfachgruppe für sozialpädagogische Berufe und vertritt Schleswig-Holstein in der Tarifkommission. Die laufende Tarifaufeinandersetzung ist die zweite, die er hautnah miterlebt.

In der Kita Stadtpark, die er seit 2018 leitet, betreut ein Team aus rund 20 Fachkräften 105 Mädchen und Jungen, viele davon sprechen im Elternhaus kaum Deutsch. „Die Eltern bringen ihre Kinder, damit sie es lernen, und wir freuen uns darüber – aber wir haben zu wenig Personal, um mit allen die Sprache wirklich ausreichend zu trainieren“, sagt Kähler. Dabei seien die Verhältnisse in der 30.000-Einwohner-Stadt im Bundesvergleich eher gut.

Esther Geißlinger,  
freie Journalistin

schäftigten eine höhere Entgeltgruppe zu. Beispiel: Wenn ein Rechtsgutachten erstellt wird, gehören dazu auch einfache Tätigkeiten wie das Kopieren

von Seiten. Ausschlaggebend für die Bewertung ist jedoch das Arbeitsergebnis, also das Gutachten, und nicht die unter Umständen vielen Arbeits-

>>>

## Perspektiven schaffen, **LEBENSFREUDE GEWINNEN!**

Auch während der Corona-Pandemie sind wir bei Erkrankungen wie Depressionen, Burnout, Angstzuständen und berufsbezogenen Belastungsstörungen für Sie da. In unserer psychosomatischen Privatklinik in Düsseldorf stehen neben der hohen fachlichen Behandlungsqualität Ihre Sicherheit und Ihr Komfort stets im Vordergrund.

**Sie fühlen sich angesprochen? Dann informieren Sie sich jetzt unverbindlich – wir freuen uns auf Sie!**



**via mentis**  
Psychosomatik in Düsseldorf

Klinik Via Mentis  
40629 Düsseldorf  
Rennbahnstraße 2

T (0211) 54 25 59-0  
info@via-mentis.de  
www.via-mentis.de

>>> schritte, die ebenfalls nötig sind, um zum Ziel zu kommen.

Obwohl die Arbeitgeber in den Verhandlungen kein einziges überzeugendes Praxisbeispiel nennen konnten, wollen sie die Gewerkschaften jetzt dazu zwingen, den Tarifvertrag in ihrem Sinn zu ändern. „Die Vorschläge der Arbeitgeber würden eine zentrale Säule des über Jahrzehnte entwickelten Eingruppierungsrechts im öffentlichen Dienst zerschlagen“, betonte Merbitz. „Das werden die Gewerkschaften nicht hinnehmen.“

### Altersteilzeit verbessern

Zudem verhandeln Gewerkschaften und Arbeitgeber über das Thema Altersteilzeit. Die Gewerkschaften wollen durchsetzen, dass die aktuelle Regelung verlängert und verbessert wird. Dafür haben sie Vorschläge gemacht. Gerade angesichts steigender Belastung und Arbeitsverdichtung ist Altersteilzeit für viele Beschäftigte attraktiv. Die derzeitige Quotenregelung im Tarifvertrag hindert viele Kolleginnen und Kollegen, die Altersteilzeitregelung zu nutzen. Außerdem sind die Aufstockungsbeträge für Gehalt und Rentenbeiträge gerade für Beschäftigte in den unteren und mittleren Entgeltgruppen zu niedrig, um sich Altersteilzeit leisten zu können. „Wir erwarten von den Arbeitgebern ein klares Bekenntnis, dass sie auch in Zukunft attraktive Altersteilzeitregelungen anbieten“, sagte Merbitz.

Einerseits haben die Arbeitgeber in zwei Verhandlungsrunden kein Angebot zur Lohnsteigerung vorgelegt. Andererseits werden sie nicht müde zu betonen, dass sie für die von ihnen nicht bezifferte Gehaltserhöhung eine lange Laufzeit von drei Jahren wollen. Denn 2022 werde für die öffentlichen Haushalte das schwierigste Jahr, weil dann die Schuldenbremse wieder greift. Dafür brauchten sie Planungssicherheit, argumentierten die Arbeitgeber. Das hört sich nicht nach einem Angebot an, das die Beschäftigten zum Jubeln bringt. Es klingt nach einer Festlegung auf minimale Lohnsteigerungen für mehrere Jahre.

Bei allen Warnstreiks und Aktionen, zu denen die GEW aufruft, steht in Pan-

demiezeiten der Gesundheitsschutz an erster Stelle. Die Bildungsgewerkschaft hat Aktionsformen entwickelt, bei denen Abstand und Hygieneregeln eingehalten werden können. Dabei setzt sie neben klassischen Warnstreiks verstärkt digitale Formate ein, die die Beschäftigten aktiv mitgestalten und über soziale Medien teilen können. Mit Blick auf die Wochen bis zur dritten Verhandlungsrunde unterstrich GEW-Tarifex-

perte Merbitz: „Ich bin sicher, dass die Beschäftigten den Arbeitgebern eine klare Antwort geben. Das wird ein heißer Herbst!“

Ulf Rödde,  
Redaktionsleiter der  
„Erziehung und Wissenschaft“

Oliver Brüchert,  
Tarifkoordinator des GEW-Hauptvorstandes



### GEW-Pixi-Buch „Streik in der Kita“

Die Pixi-Buch-Sonderausgabe „Streik in der Kita“ der GEW soll für die berechtigten (!) Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher nach besseren Arbeitsbedingungen sensibilisieren. Aus der Perspektive eines Kindes wird der Ablauf eines Streiktages erzählt: Ein Elternteil übernimmt die Betreuung seines Kindes sowie dessen Freundinnen und Freunden. Am Ende sind sich alle einig: Erzieherinnen und Erzieher haben eine schwierige Arbeit. Ihre Forderung nach besserer Bezahlung ist gerechtfertigt.

Die Sonderausgabe kann beispielsweise bei Aktionen in der Tarifrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen genutzt werden, um mit Eltern und Kindern ins Gespräch zu kommen. Und: Das Heft darf gerne an Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden.

Das Pixi-Buch kann unter der Artikelnummer 2204 kostenfrei im GEW-Shop bestellt werden (Verpackungseinheit: 25 Stück/ zzgl. Verpackungs- und Versandkosten):

[www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de)

ak/br

**Nullrunde „einfach nur zynisch“**

**Sabine Lafrentz, Betriebsrätin bei Elbkinder – Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten**



Foto: Babette Brandenburg

**Sabine Lafrentz**

So leicht lässt sich Sabine Lafrentz nicht aus der Ruhe bringen. In über 40 Jahren Betriebszugehörigkeit, davon bald 30 im Betriebsrat, hat die Hamburgerin betriebliche Krisen, Arbeitskämpfe und persönliche Schicksale miterlebt. Doch wenn die freigestellte Betriebsrätin bei der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten Elbkinder über die Belastungen ihrer Kolleginnen und Kollegen während der Corona-Pandemie spricht, kommt sie in Fahrt. Als Zuständige für Arbeits- und Gesundheitsschutz ist die 64-Jährige eine ihrer wichtigsten Ansprechpartnerinnen.

„Nicht einen Tag waren die Kitas nach Verhängung des teilweisen Shutdowns geschlossen“, sagt Lafrentz. „Die Kolleginnen und Kollegen im Notdienst haben weitergearbeitet. Schutzlos.“ An Abstandhalten ist bei der Arbeit mit den Kleinsten, die auf dem Arm getragen und gewickelt werden müssen, nicht zu denken. Zudem hatte der Arbeitgeber verboten, Schutzmasken zu tragen. Insbesondere in Fragen wie dieser musste der Betriebsrat die Rechte der Beschäftigten schützen. Doch auch er arbeitete unter Ausnahmebedingungen. „Die Mitbestimmung war und ist erschwert“, sagt Lafrentz rückblickend. Weil das 33-köpfige Gremium nicht mehr tagen durfte, wurde die Arbeit zunächst auf den kleinen Betriebsausschuss übertragen. Um viele Themen wie die Aufhebung des Maskenverbots konnten sie sich kümmern. Manches sei ihnen jedoch „durch die Lappen gegangen“.

Weiter zugespitzt hat sich die Arbeitssituation im Juni, als die Hamburger Kitas teilweise geöffnet wurden. „Wir haben in geschlossenen Gruppen gearbeitet und mussten Früh- und Spätdienste in den Teams organisieren“, erklärt Lafrentz und rechnet vor: „Um 60 Prozent der Kinder zu betreuen, wurde das gesamte Personal benötigt.“ Nun wurden Angehörige der Risikogruppen zurückgeholt. Damit nicht genug: Weil die Stunden für Reinigungskräfte nicht erhöht wurden, musste das pädagogische Personal zusätzlich die strengen Hygienevorgaben umsetzen und regelmäßig Spielzeug, Tische und Türklinken desinfizieren. In diesen Monaten klingelte das Diensthandy der Betriebsrätin häufig auch nach dem offiziellen Dienstschluss. Kolleginnen und Kollegen mit Vorerkrankungen oder kranken Familienmitgliedern erzählten von ihren Ängsten und Problemen am Arbeitsplatz. „Der Job frisst ohnehin viel Zeit und beschäftigt mich auch nach Feierabend“, sagt sie. Doch in der Corona-Zeit haben ihr die Sorgen und Probleme der Kolleginnen häufig die Nachtruhe geraubt.

Viele, so sagt sie, dächten ans Aufhören. „Die Arbeitsbelastungen in Kitas haben sich in der Corona-Zeit potenziert, der Job ist heute noch unattraktiver“, stellt Lafrentz fest. Gerade jetzt brauchten die Beschäftigten in Kitas Wertschätzung und Anerkennung. Eine spürbare Lohnerhöhung, so meint sie, sei das richtige Signal. „Die Kolleginnen sind sauer. Viele haben durchgearbeitet.“ Dass die Arbeitgeber die Beschäftigten nun mit einer Nullrunde abspeisen wollen, findet Lafrentz einfach nur zynisch.

Michaela Ludwig,  
freie Journalistin

## Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldiensdienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

### Lehrerin / Lehrer

für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

**[www.auslandsschulwesen.de](http://www.auslandsschulwesen.de)**  
Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt  
– Zentralstelle für das  
Auslandsschulwesen –

ZfA  
Deutsche Auslandsschularbeit  
International

**Jede\*r hat das  
Recht auf Bildung.**  
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

**Wer wir sind**

**World University Service (WUS)** ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitar-

beitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

**Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika**

WUS unterstützt ausländische Studierende durch Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration sowie durch

das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen** und das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**.

**Globales Lernen**

Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Akteur\*innen zu entwicklungspolitischer Bildung. Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit. Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren ent-

wicklungspolitische Ziele und Aktivitäten. Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen. Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.

**[www.wusgermany.de](http://www.wusgermany.de)**

# Vom Beifall kann man sich nichts kaufen



Linda Engels

Foto: David Peters

**// Wie wichtig die Arbeit der im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) tätigen Kolleginnen und Kollegen ist, haben die vergangenen Monate gezeigt. Darum ist die Forderung nach 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro mehr Gehalt sehr berechtigt. Sagt Linda Engels, Vorsitzende der Bundesfachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW. //**

**E&W:** Künstler, Gastronomen und Soloselbstständige bangen in diesen von Corona geprägten Zeiten um ihre Existenz. Ist eine Forderung nach knapp 5 Prozent mehr Gehalt da angebracht?

**Linda Engels:** Auf jeden Fall. Auch in diesen ökonomisch schwierigen Zeiten bleiben die laufenden Kosten, etwa für Essen und Miete, für unsere Mitglieder auf dem hohen Niveau früherer Zeiten. Ich kenne jedenfalls keine Erzieherinnen oder in der Sozialarbeit Tätigen, deren Vermieterinnen oder Vermieter auf die Idee gekommen sind, die Miete

zu senken. Ich bin fest davon überzeugt, dass es gerade jetzt Lohnerhöhungen geben muss.

**E&W:** Warum?

**Engels:** Wer hat denn in den vergangenen Monaten auch unter Einsatz der eigenen Gesundheit vielen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit auch finanzielle Sicherheit ermöglicht, obwohl Kitas und Schulen ihren Betrieb einstellen mussten? Es waren doch die Kita-Kräfte, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Lehrkräfte, die die Betreuung von Kindern aufrecht hielten für jene Familien, die am dringendsten darauf angewiesen waren.

**E&W:** Dafür zollte die breite Öffentlichkeit ihnen große Anerkennung.

**Engels:** Schon richtig. Aber vom Beifall kann sich niemand ein Brot kaufen. Die Corona-Auswirkungen, die uns ja mit Sicherheit in unserer täglichen Arbeit noch einige Monate begleiten werden, haben noch einmal gezeigt, wie wichtig der öffentliche Dienst, besonders auch die Arbeit der im Sozial-

und Erziehungsdienst Tätigen ist. Die vergangenen Monate haben offengelegt, was schon lange im Argen liegt: kapitalistische Strukturen, die auf den Schultern der Beschäftigten ausgetragen werden, und längst überfällige Reformen.

**E&W:** Es fehlt allerdings der berufliche Nachwuchs. Reicht ein höheres Gehalt, um mehr jungen Menschen diese Arbeit schmackhaft zu machen?

**Engels:** Durch das Finanzielle wird die Tätigkeit aufgewertet. Auch wenn es in der nun anstehenden Tarifrunde nicht um Höhergruppierungen geht, muss man schon sagen, dass es einen deutlichen Nachholbedarf gibt. Wenn es diese so enorm engagierten und hochqualifizierten Menschen im Sozial- und Erziehungsdienst, die Kinder nicht nur betreuen, sondern bilden und erziehen, nicht gäbe, würde unser gesellschaftliches System zusammenbrechen. Es ist auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angewiesen. Da hat es in der Vergangenheit sicher erste Schritte in die richtige Richtung gegeben. Beispielsweise gibt es seit ein paar Jahren die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) zur Erzieherin und zum Erzieher – hier bekommen die Studierenden von Beginn an eine Ausbildungsvergütung. Der Andrang auf diese Form der Ausbildung ist hoch, jedoch gibt es noch nicht genügend Schulplätze bzw. Träger, die die Ausbildung anbieten. Hier muss weiter öffentlich gefördert werden.

**E&W:** Dann ist Geld also doch das entscheidende Kriterium?

**Engels:** Es ist ein wichtiges Kriterium, aber nicht das allein ausschlaggebende. Es fehlt an Personal, die oft unbezahlte Ausbildung ist unattraktiv, und die Aufstiegschancen sind minimal. Für viele stellt sich zudem die Frage, ob sie mit 60 Jahren immer noch mit den Kindern auf dem Bauteppich „rumturnen“ möchten oder wie ihre Tätigkeit dann aussehen könnte.



**E&W:** Wie verschärft Corona die Situation für die älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?

**Engels:** Auch wenn es darum in der Tarifrunde nicht geht, dürfen wir den Blick darauf nicht vernachlässigen. Was passiert mit jenen Kräften, die nach Corona vielleicht nicht wieder in den Sozial- und Erziehungsdienst zurückkehren können? Was passiert mit den Älteren und jenen, die zur sogenannten Risikogruppe zählen. Diese Fragen lassen sich mit Geld allein nicht beantworten. Da müssen sich die Arbeitgeber etwas einfallen lassen.

**E&W:** Was hören Sie von den Mitgliedern der GEW, wenn Sie mit ihnen über die Attraktivität des Berufs sprechen?

**Engels:** Jedenfalls nicht als erstes money, money, money. Sie wünschen sich mehr Personal und bessere Rahmenbedingungen. Und gleichzeitig wissen alle, dass es uns vorne und hinten an Fachkräften mangelt und auch künftig mangeln wird.

**E&W:** Was müsste sich außer einer Gehaltsaufbesserung also noch ändern?

**Engels:** Wir brauchen dringend bundeseinheitliche Qualitätsstandards für die Kitas – das hätte mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz umgesetzt werden können, die Chance haben die Länder und der Bund jedoch vertan. Gute Qualität meint etwa eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation mit dem Schlüssel 1:2 für unter Einjährige, 1:3 für Ein- bis Dreijährige, 1:8 für Drei- bis Fünfjährige und 1:10 für Kinder ab sechs Jahren.

**E&W:** Wie unterscheidet sich die Tarifrunde 2020 von früheren in Zeiten ohne Corona?

**Engels:** Die Gewerkschaften hatten vorgeschlagen, die Lohnrunde ins kommende Jahr zu verschieben, wenn sich alles hoffentlich wieder ein Stück weit beruhigt und normalisiert hat. Das haben die Arbeitgeber abgelehnt. Für uns hat das beispielsweise konkret die Mobilisierung der Mitglieder erschwert. In

Nordrhein-Westfalen etwa haben wir den Online-Weg gewählt, um uns ein Meinungsbild zu verschaffen. Andere Geschäftsstellen haben sich analog, dann aber mit deutlich weniger Menschen getroffen und gesprochen. Der direkte intensive Austausch – wie bislang gewohnt – ist weggefallen.

**E&W:** Blicken wir zehn Jahre voraus. Welche Schlagzeile würden Sie dann gerne in den Medien über den Sozial- und Erziehungsdienst lesen?

**Engels:** Endlich gerechter Lohn für harte Arbeit: Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes haben die 3.000-Euro-netto-Marke bei einer 35-Stunden-Woche geknackt!

Untertitel: Nach erneuten intensiven Verhandlungen mit den Arbeitgebern gibt es endlich bundeseinheitliche Qualitätsstandards in allen sozialen Einrichtungen.

Interview: Stephan Lücke,  
freier Journalist

»AUSSICHTSLOS ...

... war meine Lebenssituation.

Aber dann habe ich mir in der Habichtswald-Klinik Hilfe geholt und meine Lebensfreude und Stärke wiedergefunden. «

Über 30 Jahre  
Expertise in  
ganzheitlicher  
Therapie



Habichtswald-Klinik

Aufnahme als Krankenhausaufenthalt oder Rehabilitation möglich. Gerne beraten wir Sie ausführlich und persönlich: **0800 890 11 00**

# Gut geleitet durch die Krise

**// Krisen wie die Corona-Pandemie zeigen exemplarisch, ob Schulen auch jenseits des Regelbetriebs gut funktionieren. Dabei hängt viel von den Schulleitungen und den oft schwierigen Rahmenbedingungen ab, unter denen sie arbeiten. //**

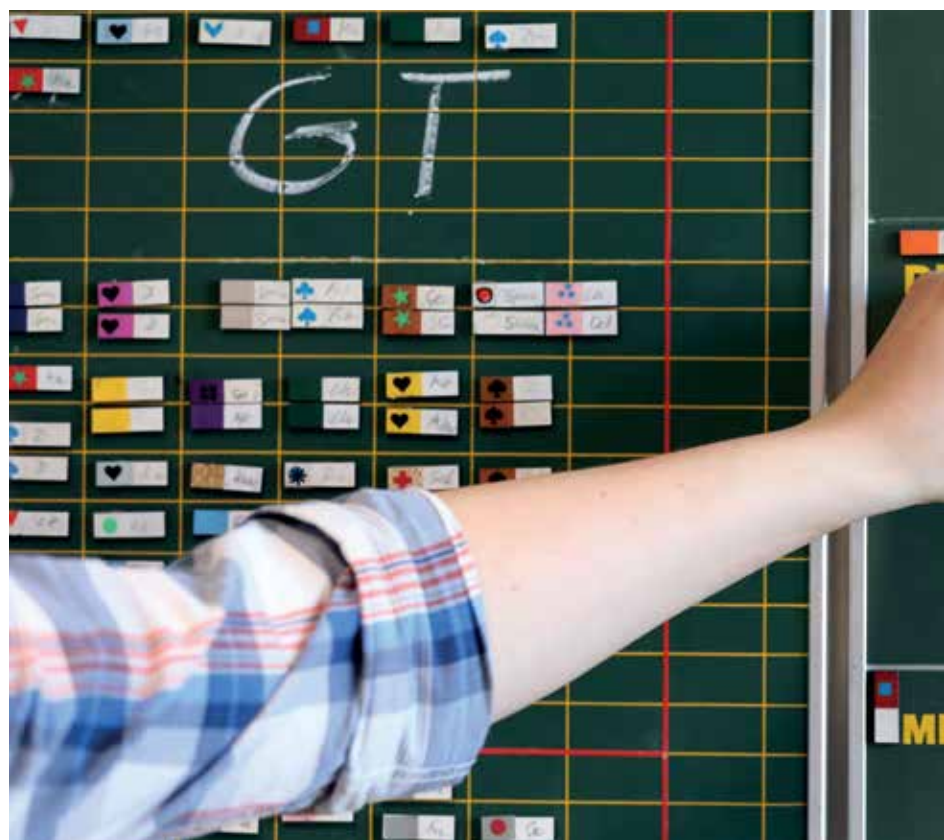
Die offizielle Nachricht vom Corona-Lockdown ereilte die Schulen in Hessen an einem schicksalhaften Freitag, dem 13. März. Als das Kultusministerium das Aus für den Präsenzunterricht verkündete, hatte Ute Waffenschmidt bereits einen Plan B. Zwar konnte auch die Leiterin der Hupfeld-Ganztagsgrundschule in Kassel keinen perfekten Ersatzunterricht aus dem Hut zaubern. Trotzdem waren sie und das Kollegium auf die Schließung vorbereitet. „Wir haben das kommen sehen und deshalb früh reagiert“, sagt Waffenschmidt. Als viele Schulen montags noch Kinder kommen ließen, um Sachen abzuholen und sich mit Lehrkräften zu besprechen, war das an der Kasseler Schule nicht mehr nötig. Die Leitung hatte längst das Lehrerteam zusammengetrommelt, WhatsApp-Gruppen gegründet und Eltern per E-Mail informiert. „Gute Vernetzung ist das A und O in solchen Zeiten. Das hätte sonst ein heilloses Chaos gegeben“, sagt Waffenschmidt. Ihre vorläufige Bilanz: „Bisher sind wir gut durch die Krise gekommen – auch dank funktionierender Teamarbeit.“

## Hohe Belastung

Das können nicht alle Schulen in Deutschland von sich behaupten. Viele Eltern fragen sich, warum etwa das Gymnasium der Tochter mit den Herausforderungen relativ gut klarkommt, während beim Sohn an der Nachbarschule Chaos herrscht. Der Vorsitzende des Bundeselternrats, Stephan Wassmuth, kennt die Klagen. Und er glaubt, dass Erfolg oder Misserfolg maßgeblich mit Steuerung durch die Schulleitung zu tun hat. In vielen Einrichtungen seien die ersten Wochen verständlicherweise holprig gewesen, räumt Wassmuth

ein. „Aber es gab Schulen, da bekamen Eltern, Schülerinnen und Schüler keinerlei Rückmeldungen. Auch die Kommunikation der Schulleitung mit den Lehrerinnen und Lehrern hat nicht funktioniert.“

Ilka Hoffmann, im GEW-Vorstand verantwortlich für den Bereich Schule, kennt die Licht- und Schattenseiten. Sie weiß aber auch um die hohe Belastung der Schulleitungen. „Schulleitung bedeutet fast immer Mangelverwaltung,



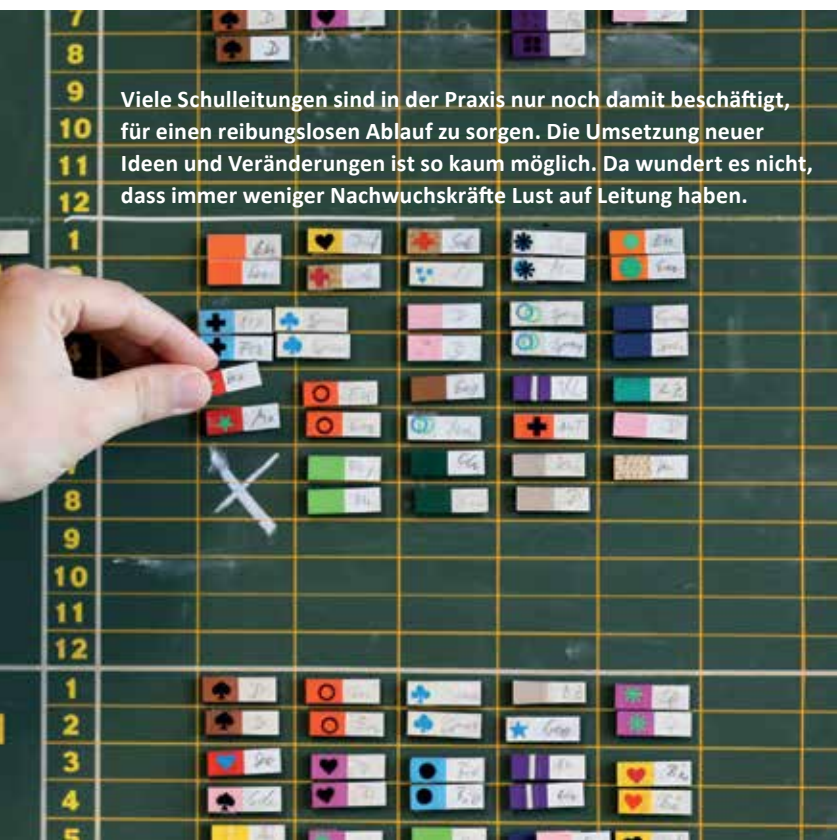
Dieser Ausnahmezustand scheint anzudauern. So informierte laut Wassmuth die Leitung eines Gymnasiums in Nordhessen die Eltern nach Ferienende erst am Sonntagabend darüber, dass alle Kinder am Montag einen Zettel mitbringen müssten, wenn sie in einem Risikogebiet Urlaub gemacht haben. Andere Schulleitungen schafften es demnach nicht, den Hygieneplan umzusetzen, Lernplattformen zu aktivieren oder schnell über einen an Corona erkrankten Schüler zu informieren. Wassmuth erreichten in diesen Wochen aber auch positive Beispiele – etwa Leitungsteams, die an ihren Schulen im Lockdown Infoveranstaltungen per Videochat anboten und sich auch beim Start ins neue Schuljahr als gute Organisatoren bewährten.

weil Ressourcen fehlen“, sagt Hoffmann. Für den Alltag heiße das: „Sie stehen permanent unter Druck, aber müssen nach außen hin zeigen, dass sie alles im Griff haben.“

Seit Jahren macht die GEW auf schlechte Rahmenbedingungen aufmerksam: unzureichende Vorbereitung auf Führungsaufgaben und mangelnde Begleitung im Job, immer mehr Verwaltungsaufgaben und zu wenig Freistellungsstunden – gerade an Grundschulen. Hoffmann wundert sich deshalb nicht, dass nach einer Umfrage der Nachrichtenagentur dpa bundesweit mehr als 1.000 Leitungsstellen nicht besetzt sind und laut einer Hochschulstudie jede fünfte amtierende Schulleitung gerne den Arbeitsplatz wech-

seln würde (siehe Kasten S. 21). In Krisenzeiten zeige sich aber auch deutlicher als im Regelbetrieb, was eine erfolgreiche Leitung ausmache. „Neben vernünftigen Rahmenbedingungen sind das gute Teamstrukturen und eine gemeinsame pädagogische Idee“, sagt Hoffmann: „Das Zauberwort heißt Schulentwicklung.“

ration auf allen Ebenen: „Auch der Hausmeister oder die Mensamitarbeiterin sollten Entscheidungen treffen können. Sie dürfen nicht nur kontrolliert werden.“ Doch nicht alles, was in Schulen gut oder schlecht läuft, hängt allein von der Kompetenz an der Spitze ab. Die Rahmenbedingungen hätten sich deutlich verschlechtert,



Viele Schulleitungen sind in der Praxis nur noch damit beschäftigt, für einen reibungslosen Ablauf zu sorgen. Die Umsetzung neuer Ideen und Veränderungen ist so kaum möglich. Da wundert es nicht, dass immer weniger Nachwuchskräfte Lust auf Leitung haben.

Foto: picture alliance/dpa/Bernd Wüstneck

Liegt es tatsächlich daran? Wolfgang Vogelsaenger war viele Jahre Leiter der Georg-Christoph-Lichtenberg-Gesamtschule Göttingen, die 2011 den Deutschen Schulpreis gewonnen hat. Vogelsaenger ist zwar im Ruhestand, coacht aber immer noch Schulen und ihre Leitungen. Er konstatiert: „Krisen wie Corona offenbaren Stärken und Schwächen, die vorher schon da waren.“ Auch er ist davon überzeugt, dass Schulen mit guten Teamstrukturen generell besser funktionieren als Einrichtungen, die von oben nach unten regiert werden. „Das Einzelkämpfertum bricht vielen das Genick.“ Vogelsaenger plädiert für Koope-

sagt Vogelsaenger: „Der Verwaltungsaufwand hat zugenommen. Außerdem ist fast alles justiziabel, was Schulleitungen tun oder nicht tun. Sie tragen viel Verantwortung und gehen Risiken ein.“

**Mangelnde Wertschätzung**

Und so kommt es, dass immer weniger Lehrkräfte bereit sind, einen Leitungsposten zu übernehmen. In Baden-Württemberg etwa waren laut Kultusministerium kurz vor den Sommerferien rund 260 Stellen von Rektorinnen und Rektoren nicht besetzt. Zwar laufen mittlerweile in insgesamt 104 Fällen die Besetzungsverfahren, aber nach Ansicht der GEW- >>>

Meer für Ihre Gesundheit

  
 UNTERNEHMENSGRUPPE  
 MEDIZINISCHES  
 INSELKLINIKUM HERINGSDORF  
 HAUS KULM  
 Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie

**Burnout?**  
Wirkungsvolle Hilfe durch multimodale Komplexbehandlung.

**Chronische Schmerzen?**  
Hilfe durch multimodale Schmerztherapie mit integrierter Ganzkörper-Kältetherapie bei -110°C

**Unser Leistungsspektrum umfasst:**  
**Krankenhausbehandlung**  
 (anstelle einer Behandlung am Wohnort)  
**Rehabilitation** (ehemals Sanatoriumsbehandlung)

Die Inselklinik Heringsdorf „Haus Kulm“ ist spezialisiert auf die Behandlung von psychosomatischen Krankheitsbildern, insbesondere von chronischen Schmerzen wie Spannungskopfschmerz, Migräne und Fibromyalgie-Syndrom, Erschöpfungszustände/Burnout, depressive Störungen, Angststörungen, Anpassungs- und Schlafstörungen.

Ein erfahrenes Team garantiert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit zur Umsetzung des ganzheitlichen Behandlungskonzeptes.

  
[www.inselklinik.de](http://www.inselklinik.de)

Inselklinik Heringsdorf GmbH & Co. KG Haus Kulm  
 Kulmstraße 9 – 17424 Ostseebad Heringsdorf  
 Telefon: 038378 59-130 oder -591  
 Fax: 038378 59-585  
 E-Mail: info@kulm.medigreif-inselklinikum.de



**Wir retten Lebensmittel vor Ort. Und schützen dadurch Lebensräume weltweit.**



**Wir machen uns stark für unsere Mitmenschen und engagieren uns gegen Verschwendung.**

Tafeln sind Orte der Begegnung. Die über 940 Tafeln in Deutschland helfen allen Menschen, die Hilfe benötigen. Unabhängig von Alter, sozialer oder ethnischer Herkunft, Nationalität, Religion oder Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder Beeinträchtigung.  
[www.tafel.de](http://www.tafel.de)

**TAFEL**   
 DEUTSCHLAND



Foto: privat

Wolfgang Vogelsaenger



Foto: privat

Ute Waffenschmidt



Foto: Don Bosco Berufsschule

Harald Ebert

>>> Vorsitzenden in Baden-Württemberg, Doro Moritz, mangelt es immer noch an Wertschätzung und professioneller Begleitung von Schulleitungen: „Wenn man Führungskräfte nicht als solche behandelt, dann fehlt ihnen in Krisen die Zeit und teilweise auch die Kompetenz für das Management.“ Zwar sollen künftig auch Leitungen kleiner Schulen die Besoldungsstufe A13 bekommen. Aber nach Moritz' Ansicht reicht das nicht aus. Sie kritisiert, dass man in der Regel erst Schulleiter oder Schulleiterin werden muss, um in den Genuss begleitender Fortbildung zu kommen: „Das ist die schwäbische Sparvariante.“ Moritz fordert, interessierte Kolleginnen und Kollegen schon viel früher zu unterstützen: „Wir brauchen mehr Zeit und mehr Qualifizierung, um Führungskräfte gut vorzubereiten.“

Nordrhein-Westfalen ist da schon ein Stück weiter. In einer verpflichtenden staatlichen Qualifizierung bereiten sich künftige Schulleiterinnen und Schulleiter auf ihre Aufgabe vor. Möglich ist auch ein begleitendes Coaching durch erfahrene Leitungen, etwa wenn eine Schule in einer Krisensituation ist, sich umstrukturieren will oder es um eine Neugründung geht. „Das steckt aber alles noch in den Kinderschuhen“, sagt die GEW-Landesvorsitzende Maike Finnern: „Davon brauchen wir viel mehr.“ Auch in ihrem Bundesland bleiben vor allem an Grundschulen zahlreiche Leitungsposten vakant. Finnern fordert deshalb: „Alle Grundschulen sollten ein Team mit mindestens zwei Leuten haben, an den weiterführenden mindes-

tens drei.“ Außerdem brauchten Schulleitungen eine kontinuierliche berufsbegleitende Fortbildung, so wie es bei Führungskräften außerhalb des Schulsystems auch üblich sei.

### Widerstände überwinden

Mehr Zeit, gute Aus- und Fortbildung, Entlastung von Verwaltungsaufgaben, moderne Ausstattung – die Liste der Verbesserungsvorschläge liegt auf dem Tisch. Wie steht es aber mit Kriterien, die von außen kaum zu beeinflussen sind? Wie stark wirkt sich etwa die Persönlichkeit einer Schulleitung auf Erfolge oder Misserfolge aus?

Der Erziehungswissenschaftler Olaf-Axel Burow hält das für entscheidend: „Gute Schulleitungen haben ein Ziel und setzen Dinge auch gegen Widerstände durch. Aber bei den Berufungsverfahren werden zu oft die sogenannten Normopaten nach oben gespült, also diejenigen, die vor allem Vorgaben erfüllen“, sagt der Professor der Universität Kassel. Er befasst sich mit Schul- und Organisationsentwicklung. Burow nennt Beispiele überforderter Leitungen, „die sich angewöhnt haben, am Sonntag lange Mails mit Aufträgen zu verschicken, so dass am Montag die Hälfte des Kollegiums krank ist“. Umgekehrt zeige sich, dass innovative Schulleitungen kaum Probleme hätten, durch Krisen zu kommen, etwa indem sie schon vorher auf selbstgesteuertes und digital unterstütztes Lernen setzten. „Solche Leitungen, von denen es immer mehr gibt, sollten durch die Bildungsverwaltung stärker unterstützt

werden“, fordert der Wissenschaftler: „Wir brauchen mehr Beispiele für zukunftsweisende Schulentwicklung.“

Einer, der nach Einschätzung der Deutschen Schulakademie seit Jahren einen guten Job macht, ist Harald Ebert. Der 61-Jährige leitet die Don Bosco Berufsschule in Würzburg und reagiert auf die Frage nach Unterricht in Krisenzeiten ziemlich gelassen: „Corona hat uns nicht aus dem Konzept geworfen. Wir waren schon vorher Spezialisten für einen Plan B.“ An seiner Schule werden 16- bis 25-Jährige unterrichtet, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen: junge Leute im Strafvollzug, alleinerziehende Mütter, psychisch Erkrankte – Ebert spricht von „schwierigen Lebenslagen“. Die Schule ist daran gewöhnt, individuelle Lösungen zu suchen. Schema F hat hier noch nie funktioniert.

Als der Lockdown kam, war Eberts erstes Ziel, Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern zu halten und schnell in den Präsenzunterricht zurückzukehren. Die ohnehin schon Benachteiligten sollten nicht noch weiter abgehängt werden. Das ist ihm gelungen, auch weil Ebert und sein Team sich als Netzwerker verstehen. Sie sind ständig im Gespräch mit Jugend- und Sozialämtern, Handwerkskammern, Betrieben und der Justizvollzugsanstalt. Für die Kommunikation mit den Schülerinnen und Schülern nutzte Ebert vorübergehend auch digitale Wege, die offiziell eigentlich verboten sind. „Schulleitungen sind Grenzgänger“, sagt Ebert. Die Floskel „Ich darf ja nicht“, hinter der sich andere gern verstecken, taugt für ihn nicht: „Wir wagen hier viele

ungewöhnliche Dinge – und bekommen trotzdem am Ende die Rückendeckung der Schulbehörden.“

Nach Ansicht von OECD-Bildungsdirektor Andreas Schleicher wird in deutschen Schulen generell zu viel nach oben geschaut: „Der Lehrer guckt auf den Schulleiter und der auf das Ministerium“, sagt Schleicher. Mit Blick auf Krisen wie die Corona-Pandemie hält er Schulleitungen für einen entscheidenden Faktor. Dabei gehe es aber nicht nur um die Person an der Spitze, sagt der Bildungsforscher: „Wenn Sie als Schulleiter erfolgreich sein wollen, dann fragen Sie nicht, wie viele Kollegen ihren Weisungen folgen, sondern, wie gut sie zusammenarbeiten und selbstständig mit den Herausforderungen umgehen können.“

Katja Irle,  
freie Journalistin

[\\*www.gew.de/studie-schulleitungen2020](http://www.gew.de/studie-schulleitungen2020)

### Viel Verantwortung, wenig Freiraum

Laut der Studie „Leadership in German Schools“\* denkt jede fünfte Schulleitung darüber nach, den Arbeitsplatz zu wechseln. Ein Forschungsteam der Universitäten Tübingen, Lüneburg und einer Pädagogischen Hochschule aus der Schweiz hat mehr als 400 Schulleiterinnen und -leiter an allgemeinbildenden Schulen befragt. Besonders kritisch äußerten sich demnach Leitungen an Grund- sowie Haupt- und Realschulen. Insgesamt gab mehr als die Hälfte der Befragten an, sich beruflich weiterentwickeln zu wollen, 44 Prozent fanden ihre Bezahlung nicht angemessen, rund 30 Prozent beklagten eine mangelnde Unterstützung. Dabei waren die meisten anfangs sehr motiviert, neue Ideen umzusetzen. In der Praxis waren sie jedoch vor allem damit beschäftigt, für einen reibungslosen Ablauf zu sorgen. Bei etwa jeder sechsten Schulleitung fanden die Forscher Hinweise auf einen Burnout.

Da wundert es nicht, dass immer weniger Nachwuchskräfte Lust auf Leitung haben. Nach Umfragen der Nachrichtenagentur dpa waren Ende vergangenen Jahres bundesweit mehr als 1.000 Leitungsstellen nicht besetzt, vor allem an Grundschulen. In Nordrhein-Westfalen fehlen aktuell laut dpa rund 500 Leitungen an den insgesamt knapp 5.500 Schulen. Das Kultusministerium in Baden-Württemberg meldet fast 260 unbesetzte Leitungsstellen bei rund 4.500 Schulen insgesamt. Auch in den meisten anderen Bundesländern sind Schulleitungen Mangelware, etwa in Niedersachsen, wo das Kultusministerium im Frühjahr rund 140 offene Stellen meldete – vor allem bei kleinen Schulen auf dem Land.

K.I.

# So schön kann Ruhe sein.

ANZEIGE

Schallabsorber in Schulen und Kindergärten tragen zu einer deutlichen Lärmreduzierung bei. Sie reduzieren Nachhall und verbessern die Akustik im Raum. Das erleichtert die Kommunikation und erhöht die Konzentration beim Lernen und Arbeiten nachweislich um bis zu 20 %.

aixFOAM Schallabsorber vereinen die Vorteile hochwirksamer Akustikelemente mit kindgerechten Motiven und fröhlichen Farben. Die niedlichen Tierfiguren und verspielten Formen mit der pflegeleichten Filzoberfläche sind in 20 verschiedenen Farben erhältlich und wurden speziell für den Einsatz in Klassen- und Spielzimmern entwickelt. Schadstoffgeprüft und leicht zu montieren bringen sie Ruhe und gute Laune in jeden Raum.

Alle aixFOAM Motiv-Schallabsorber sowie Akustikelemente mit Zertifizierung nach Brandschutzklasse DIN 4101 B1 finden Sie auf: [www.aixfoam.de](http://www.aixfoam.de).

Oder nutzen Sie unseren Experten-Service und lassen Sie sich jetzt kostenfrei und unverbindlich beraten unter: 02403/ 83830 - 22



**aixFOAM**<sup>®</sup>  
[www.aixfoam.de](http://www.aixfoam.de)

# Ein kompliziertes Verhältnis

// Die Dokumentation „Germans & Jews“ setzt sich mit den zahlreichen Widersprüchen jüdischen Lebens im post-nazistischen Deutschland auseinander. //

75 Jahre nach der Befreiung der nationalsozialistischen Konzentrationslager findet man die am schnellsten wachsende jüdische Community Europas ausgerechnet in der ehemaligen Schaltzentrale des Nazi-Terrors: Berlin ist zu einem Magneten für junge Israelis geworden, es gibt Synagogen mit liberalem, konservativem und orthodoxem Ritus, jüdische Feinkostläden, jüdische Kulturtage. Wie kann das sein, das fragten sich auch die Regisseurinnen Janina Quint und Tal Recanati – die eine nicht-jüdische Deutsche, die andere US-amerikanische Jüdin – und machten sich auf Spurensuche in Berlin. In einer Collage von historischen Aufnahmen, Bildern der deutsch-jüdischen Gegenwart und Interviews mit Überlebenden und Nachfahren der Täter und Opfer überspannt die Dokumentation „Germans & Jews“ eine große Lücke in der Wahrnehmung der Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland: die Zeit nach 1945.

Der 2016 verstorbene Historiker Fritz Stern etwa floh als Kind mit seiner Familie aus Nazi-Deutschland. 1950 kehrte er für seine Dissertation ins noch vom Krieg gezeichnete Deutschland zurück. Dort sah man sich immer noch vor allem als Opfer des Krieges, zahllose Ex-Nazis konnten hier völlig un-

behelligt leben und arbeiten. Dennoch zog es nach dem Krieg 27.000 Juden in eben dieses Deutschland.

Etwa den Vater von Rebecca Gop, die dessen Entscheidung nie verstehen und die sich nie als Deutsche fühlen konnte. Ihr Mann Ilja Gop dagegen kam im Zuge der jüdischen Einwanderungswelle Anfang der 1990er-Jahre aus der damaligen Sowjetunion nach Deutschland. Sein Verhältnis zur Bundesrepublik sei viel unbefangener als das seiner Frau, weil er sich bewusst für dieses Land entschieden habe, erklärt er. Ihr gemeinsamer Sohn schließlich tritt bei der Makkabiade, einem internationalen jüdischen Sportfest, wie selbstverständlich in Schwarz-Rot-Gold für das deutsche Team an.

## Nicht die ganze Wahrheit

Ergänzt werden diese individuellen Geschichten durch die Expertise von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, etwa der des Historikers Thorsten Wagner. Dieser beschreibt den langen Weg der deutschen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus von einer Phase des Schweigens in den 1950er- über die Nazi-Prozesse der 1960er-Jahre bis in die Gegenwart. Durch die Summe der Stimmen all derer, die in der Dokumentation zu Wort kommen, entsteht das Bild einer echten Erfolgsgeschichte: Deutschland ist demokratisch, Berlin ist cool, jüdisches Leben hier so sicher wie sonst kaum irgendwo. Die nicht-jüdischen Deutschen, die in dem Film einen Auftritt haben, hadern sämtlich mit ihrer Identität, mit deutscher Schuld. Es ist ohne Frage richtig, dass sich in weiten Teilen der großstädtischen Mittelschicht ein echtes Feingefühl für den Umgang mit toten wie lebenden Juden herausgebildet hat, die ganze Wahrheit ist es aber nicht. Dass es auch eine andere Seite der Medaille gibt, übergeht „Germans & Jews“ zwar nicht. Das Thema wird aber nur am Rande erwähnt, etwa dass Umfragen zeigten, dass sich eine Mehrheit der Deutschen weigert, an den Holocaust erinnert zu werden, oder dass der israelbezogene Antisemitismus auch hierzulande immer aggressiver auftritt. Eine Erklärung dafür kann der Film nicht liefern. Allerdings hatte die Dokumentation ihre Premiere bereits 2016 in den USA und damit vor dem Anschlag auf die Synagoge in Halle und dem Höhepunkt der Debatte um Antisemitismus in den Schulen. Es ist bedrückend, dass der Optimismus des Films aus heutiger Sicht fast wieder wie ein Relikt aus besseren Zeiten wirkt. Das macht „Germans & Jews“ nicht weniger interessant, im Gegenteil vielleicht, und das Schlusswort, das Fritz Stern gebührt, nicht weniger richtig: Stern mahnt, auch die jüngste Generation in Deutschland müsse sich bewusst machen, dass für eine liberale und tolerante Gesellschaft ohne Unterlass gekämpft werden muss.

Joshua Schultheis,

Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin



**Auf DVD und zum Download:**

[www.wfilm.de/germans-and-jews/downloads/](http://www.wfilm.de/germans-and-jews/downloads/)

# Dialog

3/2020



## INHALT:

### Titel

Die Grenzen verwischen  
Seiten 1–3

### GEW-Kommentar

Viel zusammen erreicht  
Seite 2

### Interview

Unterschiedliche  
Leitbilder  
Seite 4

### Im Kurzcheck

Was bewegt ...  
Seite 4

Cartoon: Karl-Heinz Brechels

Doppelter Rückblick auf 30 Jahre Einheit

## Die Grenzen verwischen

// 30 Jahre liegt die deutsche Einheit nun zurück. Wie haben Ältere in Ost und West den Umbruch erlebt? Wie prägen die unterschiedlichen Erfahrungen ihren Lebenslauf bis heute? Was haben Ost und West voneinander gelernt, und wie erleben Ältere das Verhältnis im Jahr 2020? Der Dialog hat zwei Frauen befragt, eine aus dem Osten und eine aus dem Westen. //

>>>

>>> **Rückblick OST**

**„Wir haben halt gelebt“**

**Barbara Erdmann, Jahrgang 1962, Sozialpädagogin, Eisenach und Berlin**

„Der Mauerfall hat mich damals total überrascht. Natürlich hatte ich die Proteste beobachtet, seit 1988 waren immer wieder Kollegen abgehauen. Aber im Freundeskreis gab es keine Widerstandskämpfer, eine eigene Meinung hatte ich noch nicht gebildet. Und welche Alternative sollte es zur DDR auch geben? Von meiner Wohnung 1989 konnte ich auf den Grenzübergang Bornholmer Straße schauen. Als ich am 9. November nachts mit der Straßenbahn nach Hause kam, war da der Teufel los. Zwei Nachbarinnen brachten spontan ihre Kinder vorbei und sind rüber. Für mich war alles angstbesetzt. Ich hatte zwei kleine Kinder, schreckliche Angst, nie wieder Arbeit zu finden und unter der Brücke zu landen. Erst zwei Monate später bin ich selbst mal in den Westen.

Später hat mich vieles angewidert: der Konsumrausch der Osis, die Fixierung auf D-Mark und Bananen. Mensch, wir hatten doch auch ein Leben, auf das wir

stolz sein konnten. Etwa zwei Jahre nach der Wende war mein Freundeskreis gespalten. Einige hatten es geschafft, andere waren in Niedriglohnjobs gelandet. Nach meinem Chemiestudium hatte mich der Staat ins Werk für TV-Elektronik nach Berlin geschickt, 1990 wurde ich entlassen. Auf dem West-Arbeitsmarkt war ich chancenlos. Schließlich landete ich in der Sozialarbeit. Nach meinem Zweitstudium in Sozialer Arbeit habe ich in der Familienhilfe Fuß gefasst, erst auf Honorarbasis, später fest. Viele Freunde machten mittlerweile etwas Soziales, das hat mich gereizt. Aber es war ein holpriger Weg. Dennoch: In der DDR wäre ich in einem öden Job vergammelt, jetzt habe ich ein bunteres, abwechslungsreicheres Leben. Meine Rentenversorgung wird okay sein, weil ich bis auf wenige Lücken immer erwerbstätig war. Ich habe es geschafft, in diesem System zurechtzukommen. Und doch kommt immer ein bisschen Wehmut, wenn ich an die



Foto: privat

**Barbara Erdmann, 1992**

Wiedervereinigung denke: Hätten wir es nicht besser machen können? Der Systembruch war brutal, es hat mich empört, dass alles derart platt gemacht wurde. Gegen Mietwucher und Häuserverkauf habe ich mich nach der Wende in einer Bürgerinitiative engagiert, ohne großen Erfolg. Und warum ist nichts von dem guten Bildungssystem der DDR erhalten geblieben?

Ich habe auch viel dazugelernt, zum Beispiel in den Geisteswissenschaften. Was wussten wir im Osten schon von Adorno und Co.? Oder Eigeninitiative zu entwickeln, mich selbst zu kümmern und schneller zu sagen, wenn mir etwas nicht passt. Wessis beschwerten sich eher und laufen zum Anwalt. Osis müssen nicht immer alles durchkämpfen, sondern warten ab: Gucken wir mal. Heute ist das Miteinander gut, zumindest in Berlin. Die Menschen sind offen, die Grenzen verwischen. Und doch muss ich immer wieder grinsen, wenn mein Mann mir so komische Wessi-Fragen stellt wie: ‚Hast du gelitten in der DDR?‘ ‚Nee‘, sage ich dann, ‚wir haben halt gelebt.‘“

>>> **Rückblick WEST auf Seite 3 Dialog**

# Viel zusammen erreicht

**FRAUKE GÜTZKOW**



Foto: Kay Hirschelmann

30 Jahre sind eine lange Zeit. Da lohnt es sich, zurückzuschauen und die Sichtachsen zu überprüfen: Welche Wege sind wir gegangen? Was hat diese Zeit mit uns gemacht? Was haben wir gemeinsam erarbeitet, so selbstverständlich es

uns heute auch erscheint? Was weist uns den Weg in die Zukunft? Sicher ist: Die GEW hat durch die Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten einen gewaltigen Schub bekommen, gerade in der Seniorinnen- und Seniorenarbeit. Statt förmlich gekleideter Männer gab es in den 1990er-Jahren plötzlich viel mehr Frauen mit bunter Kleidung, voller neuer Gedanken und anderer Themen – Rente zum Beispiel. Ich erinnere mich an das betretene Schweigen auf einer Veranstaltung, als eine Lehrerin aus dem Osten sagte: „Ich bekomme 900 Euro Rente, das ist sicher weniger als die im Westen üblichen Pensionen.“ Der Kampf um die Angleichung der Ostrenten wurde gewerkschaftliche Aufgabe, der Blick aller erweiterte sich. Bei den Ost-West-Dialogen der GEW haben wir gelernt, genauer hinzuschauen,

Unkenntnis, aber auch Vorurteile wahrzunehmen und abzubauen. Wir haben die pädagogische Praxis verglichen und Lebenserfahrungen ausgetauscht. Ja, es gab Ost-West-Unterschiede, manche gibt es vielleicht noch heute. Aber wir haben gelernt, gemeinsam daran zu arbeiten, konstruktiv um Positionen zu ringen und etwas auf die Beine zu stellen. Dass sich die Seniorenarbeit in allen Landesverbänden der GEW etabliert hat und heute aus einem selbstbewussten Mix von Sozialpolitik, aktiver Beteiligung in der GEW, im DGB, in Seniorinnenverbänden und Gemeinschaft besteht, haben wir zusammen erreicht – die Mitglieder aus Ost und West.

Frauke Gützkow, GEW-Vorstandsmitglied Frauenpolitik, verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik



>>> Rückblick OST auf Seite 2 Dialog

Rückblick WEST

## „Der Westen dominierte erschreckend“

**Christin Grohn-Menard, Jahrgang 1944, ehemalige Geschichtslehrerin, Berlin**

„Meine Schule lag direkt an der Grenze zwischen Reinickendorf und Pankow, in den Wochen nach dem Mauerfall bekamen wir viele Anmeldungen von Schülerinnen – es waren vor allem Mädchen – aus dem Osten. Sie waren unglaublich gut, aber den Klassenkameraden im Westen zu leistungsorientiert. Ich bin Westdeutsche, aufgewachsen vor allem in Niedersachsen und Hessen. Als ich später in Westberlin Geschichte auf Lehramt studierte, gehörte die Teilung zum Alltag. Am Grenzübergang Schlange stehen, Zwangsumtausch, Straßen, die im Nichts enden. 1970 wurde ich an einer der ersten Berliner Gesamtschulen eingestellt. Gesamtschule ist ein Herzensthema für mich. Als Tochter aus dem gehobenen Bürgertum habe ich früh gemerkt, wie sehr Bildungschancen mit Herkunft verknüpft sind. Das wollte ich ändern. Wir gehörten auch zu den Ersten, die mit Mädchenarbeit experimentierten. 1990 ordnete der Senat dann Kontakte zu Ostschulen an. Wir mussten mit in den Abiturprüfungen sitzen und gucken,



Foto: privat

**Christin Grohn-Menard, Anfang der 1990er-Jahre**

ob im Osten alles richtig läuft. Mir war das furchtbar unangenehm. Die Kolleginnen und Kollegen im Osten waren sichtbar gestresst und fühlten sich gegängelt. Überhaupt dominierte der Westen erschreckend, es war schwierig, persönlich in Kontakt zu kommen. Erschreckt hat mich auch, dass sich die Ostfrauen nach der Wende völlig überrollen ließen. Die meisten überließen ihren männlichen Kollegen tatenlos das Feld. Sie bewarben sich fast nie auf all die Stellen, die damals im Schuldienst frei wurden, weil politisch belastete Lehrkräfte gehen mussten. ‚Wir lassen das mal auf uns zukommen, ergibt sich schon‘, sagten viele Ostkolleginnen stattdessen. Für uns, feministisch geprägt, war das unfassbar blauäugig. Ein Jahr nach der Wiedervereinigung wurden die ersten Lehrkräfte aus dem Osten an unsere Schule versetzt. Manche Fachbereiche organisierten Austauschrunden zu pädagogischen Erfahrungen, im Unterricht aber veränderte sich nichts.

Wie konfliktreich das Verhältnis zwischen Ost- und West-Lehrkräften in den 1990ern war, ist mir bei den ersten GEW-Treffen klargeworden. Die Ostfrauen beschwerten sich massiv, dass

sie zu Unrecht permanent kritisiert würden, der Unterricht im Osten sei autoritär und so weiter. Wir Wessis haben die Empfindlichkeit der Kolleginnen aus dem Osten einfach zu wenig gesehen, das wiederum war westliche Blauäugigkeit. Sie hing auch mit der unterschiedlichen Sozialisation zusammen. Die Westfrauen wollten klare Kritik, wollten Tacheles reden. Frauen aus dem Osten nahmen das persönlich, fanden es schroff, beleidigend. Zweite Konfliktlinie: Das unterschiedliche Verhältnis zu Autoritäten – in der Gewerkschaft zum Beispiel haben wir die Ostkolleginnen als obrigkeitshörig empfunden. Manchmal drohte die Zusammenarbeit daran zu zerbrechen.

Trotzdem haben wir voneinander gelernt. Mit der Zeit dämmerte uns, wo die Ostkolleginnen und -kollegen etwas voraus haben: Es gab gute Elternarbeit im Osten und viel mehr Erfahrungen mit einem Modell ähnlich der Gesamtschule. Heute nehme ich die Unterschiede nicht mehr so wahr. Schlimm finde ich, dass viele Schülereltern aus dem Osten Jahre später nicht auf die Wendezeit angesprochen werden wollten. Man muss doch über so wichtige Phasen reden, um gemeinsam Zukunft gestalten zu können. Erinnerungsarbeit halte ich für unverzichtbar. In Ost und West.“

Aufgezeichnet von Anja Dilk, freie Journalistin



## Unterschiedliche Leitbilder

**// Unterschiedliche gesellschaftliche Leitbilder und Rahmenbedingungen haben die Lebensläufe von Frauen in Ost und West geprägt, die jetzt im Ruhestand sind. Was bedeutet das heute noch für sie? Ein Gespräch mit der Berliner Politikwissenschaftlerin Regina Frey. //**

**Dialog:** Frau Frey, inwieweit unterscheiden sich die Lebensläufe von Frauen aus Ost und West, die heute kurz vor oder im Ruhestand sind?

**Regina Frey:** Ihr Leben wurde von vollkommen unterschiedlichen Leitbildern geprägt. Nach dem Staatsverständnis der DDR sollten Frauen und Männer gleichermaßen in der Produktion tätig sein, Erwerbstätigkeit war für Frauen eine Selbstverständlichkeit. Im Westen dagegen war in dieser Generation die Frau erstmal Mutter und Hausfrau, der Mann Alleinernährer der Familie. „Meine Frau muss nicht arbeiten gehen“, gehörte zum Leitbild im bürgerlichen Milieu. Die Realitäten allerdings sahen in beiden Teilen des Landes oft anders aus.

**Dialog:** Inwiefern?

**Frey:** Auch im Westen waren Frauen immer erwerbstätig, ärmere Schichten brauchten schlicht zwei Einkommen. Vollzeit war die Ausnahme, kleine „Zuverdienst-Jobs“ waren die Regel. Umgekehrt gab es in der DDR durchaus Frauen, die gerade in der Kinderphase weniger gearbeitet haben. Ohnehin war Care-Arbeit – Kinder, Pflege, Haushalt, Ehrenamt – Frauensache, die sogenannte zweite Schicht. Von Gleichheit in der Arbeitswelt konnte also auch in der DDR keine Rede sein.

**Dialog:** Welche Konsequenzen haben diese unterschiedlichen Arbeitsbiografien für das Leben im Alter von Frauen dieser Generationen?

**Frey:** Weil sie mehr und länger gearbeitet haben, können Frauen im Osten noch eher von ihrer eigenen Rente leben, Westfrauen hingegen sind gerade im Alter von den Einkünften ihres Partners abhängig. Der Gender Pension Gap ist in Westdeutschland viel größer als in Ostdeutschland: Er liegt hier bei 58 Prozent, im Osten nur bei 28 Prozent, Frauen der Generation 65+ im Westen bekommen durchschnittlich 773 Euro Rente im Monat (Männer 1.825), Frauen im Osten 967 Euro (Männer 1.341). Allerdings profitieren Frauen in den westdeutschen Bundesländern natürlich von den vergleichsweise hohen Alterseinkünften ihrer Partner.

**Dialog:** Inwieweit haben sich Vorstellungen von Arbeit und Familie in Ost und West seit der Wiedervereinigung angeglichen?

**Frey:** Erstaunlich wenig – obwohl westdeutsche Instrumente wie das Ehegattensplitting das westliche Leitbild in Gesetze gegossen haben und heute Frauen deutschlandweit Anreize geben, weniger zu arbeiten. Frauen im Osten allerdings wurden nach 1990 aus den technischen und naturwissenschaftlichen Berufen herausgedrängt. Und leider wurden Anreize aus der DDR, die egalitäre Lebensmodelle belohnen, nicht übernommen. Ein besserer Mutterschutz, längere Väterzeiten für Kinder oder die gute Betreuungsinfrastruktur etwa. Allerdings werden sich wohl langfristig Ost und West zunehmend angleichen: in Richtung egalitärer Aufteilung. Die kritischen Diskussionen derzeit über die Abschaffung des Ehegattensplittings weisen in diese Richtung.

Interview: Anja Dilk, freie Journalistin

**// ... Ruth Grabs, 66, Lehrerin an einer Regionalen Schule in Wismar, Mecklenburg-Vorpommern, seit 2017 im Ruhestand? //**

► **Wie ich meinen Tag beginne.**

Ich stehe immer noch zwischen 5.45 und 6.15 Uhr auf – alte Gewohnheiten kann man nicht so schnell ablegen. Beim Frühstück höre ich Nachrichten, checke die neuesten Infos auf dem Smartphone und bespreche mit meinem Mann, was erledigt werden muss: Einkauf, Gartenarbeiten, Mittagessen, Haushalt.

► **Was mich bildungspolitisch umtreibt.**

Bis vor kurzem habe ich an der Volkshochschule (VHS) Schulabbrecher und -verweigerer unterstützt, Abschlüsse nachzuholen. Die Schulen verkennen ungeheuer oft das Potenzial von Jugendlichen. Fast alle meine Schülerinnen und Schüler an der VHS hätten ihren Abschluss ohne einen solchen Umweg erreichen können – würden wir Schule nur endlich anders machen. Das betone ich in jeder Gesprächsrunde mit Verantwortlichen. Aber die Strukturen sind festgefahren, Veränderungen brauchen ewig. Und individuelles Lernen für junge Menschen – das erfordert viel Zeit und Engagement.

► **Was ich mir vorgenommen habe.**

Ich möchte den Kontakt zu ehemaligen Kolleginnen und Kollegen nicht verlieren und arbeite deshalb in der Gruppe Ruheständler Mecklenburg-Vorpommern an Seniorenthemen mit. Ansonsten: Lesen, Garten, Enkelkinder, Malen, Radfahren, Schwimmen. Für Langeweile habe ich gar keine Zeit.

Aufgezeichnet von: Anja Dilk, freie Journalistin

### IMPRESSUM Dialog

**Herausgeberin:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main, Telefon 069 78973-0

**Vorsitzende:** Marlis Tepe

**Redaktionsleiter:** Ulf Rödde · **Geschäftsführende Redakteurin:** Anja Dilk

**Redakteurin/Redakteur:** Frauke Gützkow, Jürgen Amendt

**Redaktionsassistentin:** Katja Wenzel

MARLIS TEPE



# Bildung ist lebenswichtig!

Bildungseinrichtungen stehen insbesondere seit der Schließung von Schulen und Kitas in der Corona-Pandemie im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Sie fehlten allen, weil sie nicht nur ein Ort von Betreuung, Bildung und Wissensvermittlung, sondern auch ein Ort des sozialen Zusammenlebens sind. Sie können auch ein Schutzraum sein, wenn das familiäre Umfeld durch Gefährdungen beeinträchtigt ist. Die Öffentlichkeit hat die schnelle Öffnung von Kitas und Schulen gewünscht und beklagt in erster Linie die mangelnde digitale Ausstattung. Dies erkennt auch die Politik und hat zusätzliche Mittel für digitale Endgeräte für Lehrkräfte, für Kinder in Risikolagen und nun auch zur Ausbildung und Einstellung von Systemadministrator\*innen in Aussicht gestellt. Gut so.

Dieser Blick auf die Bildungseinrichtungen ist aber zu einseitig. Der Nationale Bildungsbericht und die OECD-Berichterstattung zeigen, dass Bildung zentral das Leben der Menschen bestimmt. Wer gut gebildet ist, lebt finanziell sicherer, gesünder, beteiligt sich aktiv in Sport und Gesellschaft.

Menschen mit beruflichem Abschluss mit anschließendem Studium sind, das zeigen Untersuchungen, außerordentlich mit ihrem Leben zufrieden. Bildung ist also lebenswichtig. Studien belegen jedoch ein ums andere Mal, dass in Deutschland nach wie vor der Zugang zu besserer Bildung von der Risikolage eines Kindes abhängt, sei diese sozial, weil die Eltern nicht erwerbstätig sind, finanziell, weil sie armutsgefährdet sind, oder bildungsfern, weil die Eltern keinen Berufsabschluss haben. Kinder mit Migrationshintergrund oder von Alleinerziehenden leben noch häufiger in Risikolagen als andere, denn diese haben mit mehr Härten zu kämpfen.

Die soziale Spaltung wird durch das föderale Finanzierungssystem in Deutschland verstärkt. Kinder in armen Kommunen haben schlechtere Startmöglichkeiten. So ergab 2019

eine Untersuchung zu den Investitions- und Unterhaltsausgaben in Hessen, dass die Stadt Kassel für Kinder pro Kopf und Jahr 267 Euro ausgegeben hat, im gleichen Bundesland der Hochtaunuskreis 1.444 Euro. Und das nicht nur einmal in einem Jahr, sondern dauerhaft. Pro Kind investierte der Hochtaunuskreis in 25 Jahren die 5,5-fachen Finanzmittel wie Kassel. Ungeheuerlich! Diese soziale Ungleichheit sorgt bei mir immer wieder für eine Gänsehaut und Kampfeswillen für gleiche Lebensverhältnisse. Wir müssen Bund, Länder und Kommunen auf ihre Pflichten hinweisen: Es darf nicht vom Wohnort abhängen, wie gut Kinder in ihrer Entwicklung unterstützt werden. Dies fordern wir immer wieder ein.

Der Nationale Bildungsbericht belegt, was wir alle aus der Praxis wissen: Der Fachkräftemangel steigt in allen Bildungsbereichen. Diesem Mangel kann die Politik nur durch eine Senkung der Arbeitsbelastung und bessere Bezahlung der Beschäftigten Rechnung tragen. Die Arbeit im Bildungsbereich zeichnet sich dadurch aus, dass sie Sinn gibt. Die Lehrenden wollen einen Unterschied machen im Leben der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, die sie (aus)bilden. Aber die Arbeitsbelastung ist sehr hoch, das zeigen Arbeitszeit- und -belastungsstudien. Deshalb will die GEW die Öffentlichkeit mit Aktionen im Herbst auf die Arbeitsbelastung der Menschen, die im Bildungsbereich arbeiten, aufmerksam machen (s. Seite 4). Sie brauchen die Unterstützung der Gesellschaft, damit die Politik handelt. Die Fachkraft-Kind-Relation muss gesenkt werden. Die Lerngruppen in Schule, berufsbildender Schule, Hochschule und in den Integrationskursen müssen kleiner werden. Dann machen Lernen und Lehren mehr Freude und haben mehr Aussicht auf Erfolg für alle.

Marlis Tepe,  
GEW-Vorsitzende

# Achillesferse des deutschen

**// Stockt der Trend zu immer höherer Bildung? Nach Jahren des Anstiegs registriert der Nationale Bildungsbericht erstmals weniger mittlere Abschlüsse und auch weniger Abiturienten – zudem wieder mehr Jugendliche ohne Hauptschulabschluss. //**

Gemessen am Altersjahrgang ist der Anteil der jungen Menschen, die einen mittleren Bildungsabschluss erzielen, zwischen 2014 und 2018 von 56 auf 51 Prozent geschrumpft. Und auch die Quote derer, die das Abitur oder die Fachhochschulreife erwarben, ging im gleichen Zeitraum zurück – und zwar von 53 auf 51 Prozent\*. Gleichzeitig steigt nach Jahren des leichten Rückgangs wieder die Quote der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen. 2014 waren dies 5,8 Prozent, 2018 dagegen fast 7 Prozent. Das waren knapp 54.000 junge Menschen, und zwar deutlich mehr Männer als Frauen.

Zugleich stagniert seit Jahren der Anteil der jungen Menschen, die keinen Bildungs- oder Berufsabschluss haben und auch keinen Qualifizierungskurs mehr besuchen. Unter den 20- bis 30-Jährigen sind das in Deutschland mehr als 1,5 Millionen. Während auch hier der Anteil der Frauen an den Ungelernten sinkt, steigt er bei den Männern.

Dabei schließen die Autoren des Nationalen Bildungsberichtes nicht aus, dass sich im Rückgang der Erfolgsquoten mit Blick auf Mittlere Reife sowie Abitur auch die erhöhte Flüchtlings- und Migrationszuwanderung der Jahre 2015 und 2016 statistisch negativ niederschlägt. Gleichwohl reicht ihnen dies als Erklärung allein nicht aus. Denn ungeachtet dessen stieg auch die Zahl der Schulabbrecher mit deutscher Staatsbürgerschaft wieder an.

Der Nationale Bildungsbericht wird alle zwei Jahre im Auftrag von Bund und Ländern von einer Wissenschaftlergruppe unter Federführung des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung und Bildungsinformation erstellt. Bildungs-

forscher und Studienleiter Kai Maaz bezeichnete den Rückgang bei der Abiturientenquote wie bei der Mittleren Reife als „überraschend“. Gleichwohl sei nach jahrelanger Bildungsexpansion eine „gewisse Sättigung“ zu verzeichnen. Eine Umkehrung der Expansion, also eine Rückkehr zu den früheren niedrigeren Abiturientenzahlen, sei jedoch nicht zu erwarten, so Maaz.

## Konservative frohlocken

Konservative Politiker und Verbände frohlockten hingegen und beschworen angesichts der leicht gesunkenen Abiturquote das Ende des „Akademisierungswahns in Deutschland“. Kleinere Hochschulstandorte, vor allem im Osten Deutschlands, sollten sich schon auf den Abbau von Studienplätzen einstellen oder gar auf ihre komplette Schließung. Dass die angebliche Überakademisierung der Bildung seit Jahren eine rein deutsche Stammtischfiktion konservativer Kreise ist, verdeutlichen folgende Zahlen: Zwischen 2010 und 2018 nahmen jährlich jeweils rund 500.000 junge Menschen ein Studium neu auf, darunter rund 100.000 sogenannte Bildungsausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung nicht in Deutschland erworben hatten und zum Teil auch nur einige wenige Gastsemester in der Bundesrepublik studieren wollten. Handwerk, Handel, Industrie und Verwaltung schlossen pro Jahr im Schnitt jeweils rund 500.000 neue Lehrverträge ab.

Zudem gab es jährlich zwischen 220.000 und 250.000 Neueintritte in das berufsqualifizierende Schulberufssystem – etwa als vollzeitschulischer Ersatz für fehlende betriebliche Lehrstellen oder auch für Berufsziele wie Krankenschwester, Pfleger, Erzieherin oder pharmazeutisch-technischer Assistent. Diese jungen, ebenfalls berufspraktisch ausgebildeten Menschen, werden in den hitzigen Debatten um eine vermeintliche Überakademisierung der Gesellschaft und beim Streitthema berufliche Bildung versus Studium gern unterschlagen.

Auch in dem aktuellen Bericht „Bildung auf einen Blick 2020“ der Organisation

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird auf diesen erfolgreichen Teil der beruflichen Qualifizierung in Deutschland kaum eingegangen. Erstmals vergleicht die OECD die Berufsbildungssysteme der 30 wichtigsten Industrienationen. Es geht um Zahlen, um Quantität – nicht um Qualität und Inhalte. Zugleich ist die OECD voll des Lobes für deutsche duale Ausbildungsgänge mit ihrem Zusammenspiel von Betrieb und Berufsschule. Die OECD fordert zwar mehr „Digitalisierung und Modernisierung“, damit „Deutschlands traditionsreiche Berufsbildung auch im 21. Jahrhundert stark bleibt“. Ansonsten findet sich kaum Kritisches, allenfalls am Rande. Etwa kein Wort dazu, dass von den rund 2,2 Millionen Betrieben heute nicht einmal mehr jeder Fünfte Auszubildende einstellt und dass ausreichend Lehrstellenangebote in den attraktiven, hochqualifizierenden Ausbildungswegen fehlen, wie in den Rechts- und Verwaltungsberufen, im Metall- und Elektro-



# Bildungswesens

bereich und im Maschinenbau. Dagegen gibt es ein Überangebot in Berufen mit ungünstigen Arbeitsbedingungen und schlechter Bezahlung, etwa in der Lebensmittelherstellung oder im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe hielt zudem der OECD vor, in ihrem jüngsten Bildungsbericht den dramatischen Fachkräftemangel an Schulen und Kitas in Deutschland auszublenden: „Der Fachkräftemangel, den die Bundesländer zu verantworten haben, erweist sich zunehmend als Achillesferse des deutschen Bildungswesens.“

Dazu enthält der Nationale Bildungsbericht einige interessante Zahlen: So hat in einigen Bundesländern mehr als ein Viertel aller jährlich Neueingestellten in den Schuldienst keine grundständige Lehramtsausbildung mehr absolviert. Bundesweit hat sich der Anteil der Quer- und Seiteneinsteiger seit 2012 auf 13 Prozent aller neueingestellten

Lehrkräfte vervierfacht. Hinzu kommt, dass immer mehr Lehrkräfte fachfremd eingesetzt werden, um Unterrichtsausfall zu reduzieren. Als problematisch stellt der Bericht fest, dass Quer- und Seiteneinsteiger sowie fachfremd unterrichtende Lehrkräfte ausgerechnet vermehrt in Schularten und -klassen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, niedrigem Sozialstatus oder geringen kognitiven Grundfähigkeiten eingesetzt werden.

Das wohlklingende OECD-Loblied auf die berufliche Bildung in Deutschland wirkte politisch bestellt. OECD-Bildungskordinator Andreas Schleicher, ein Deutscher, galt über viele Jahre hinweg als jemand, der die Trennung zwischen dualer Berufsausbildung und Hochschulbildung kritisierte. Er forderte stets mehr Öffnung hin zu akademischen Ausbildungswegen und beklagte permanent die im internationalen

Vergleich für eine Industrienation wie Deutschland extrem niedrigen Studierendenzahlen. Unter anderem legte Schleicher eine Studie über die vermeintlich geringe Flexibilität beruflich Ausgebildeter bei plötzlichem Arbeitsplatzverlust vor – alles sehr zum Missbehagen deutscher Bildungspolitiker.

## Gesinnungswandel der OECD

Über die Gründe des OECD-Gesinnungswandels lässt sich nur spekulieren. Doch seit einigen Jahren schon klingt die Kritik der Wirtschaftsorganisation am deutschen Bildungssystem viel moderater als früher. Deutschland ist nicht nur ein wichtiger OECD-Beitragszahler. Die Bundesregierung hat es zudem geschafft, zwei ihrer in Berlin „ausgedienten“, extrem konservativen politischen Top-Beamten jeweils als Vize-Generalsekretäre an der Spitze der Pariser OECD-Zentrale zu etablieren. Der erste war 2014 der neoliberale FDP-Mann Stefan Kapferer, einst beamteter Staatssekretär und rechte Hand des gescheiterten Ex-FDP-Chefs Philipp Rösler. Kapferer ist inzwischen Cheflobbyist der Energiewirtschaft in Berlin. Ihm folgte auf dem OECD-Vizeposten Ludger Schuknecht, einst Chefvolkswirt unter Ex-Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und verantwortlich in der Finanzkrise 2008/09 unter anderem für den sehr harten Sparkurs gegenüber Griechenland.

Karl-Heinz Reith,  
freier Journalist



**\*Die Zahl der Abgängerinnen und Abgänger bzw. Absolventinnen und Absolventen wird auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung bezogen. Es kommt zu zeitversetzten Doppelzählungen, zum Beispiel wenn Personen Schulabschlüsse nachholen oder um einen weiteren Schulabschluss ergänzen. Nationaler Bildungsbericht 2020: [bit.ly/nat-bildungsbericht-2020-pdf](http://bit.ly/nat-bildungsbericht-2020-pdf) OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick 2020“: [bit.ly/oecd-bildung-blick-2020-pdf](http://bit.ly/oecd-bildung-blick-2020-pdf)**

# Lüften und Masken tragen

**// Trotz Corona-Pandemie hat das Schuljahr mit weitgehend regulärem Normalbetrieb begonnen, meist ohne Maskenpflicht und nur mit einigen Hygieneauflagen. Erste Schulen mussten aber schon wieder schließen. Der Frankfurter Virologe Martin Stürmer, der selbst infiziert war, rät indes zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes – auch im Klassenzimmer. //**

**E&W:** In den Schulen sind die Klassenzimmer meist wieder voll, es gibt kaum Abstände, kaum eine Maskenpflicht – und das in geschlossenen Räumen. Ideale Bedingungen also für Neuinfektionen?  
**Martin Stürmer:** In der wärmeren Zeit nach den Sommerferien konnte man das Ansteckungsrisiko durch permanente Frischluftzufuhr und viele Pausenhof-

zeiten sicher abmildern. Im Herbst aber, wenn es zunehmend kälter wird, sehe ich wachsende Risiken. Für das Corona-Virus SARS-CoV-2 herrschen dann im Unterricht leider optimale Verbreitungsmöglichkeiten. Umso wichtiger werden jetzt mehr Unterbrechungen, um gründlich durchzulüften. Damit könnte man trotz der Enge und des Fehlens von Masken eine gewisse Sicherheit schaffen. Für einen besseren Schutz der Gesundheit sollte man meines Erachtens den 45-Minuten-Fahrplan des Unterrichts für eine Übergangszeit modifizieren und mehr Zeiten für frische Luft einplanen.

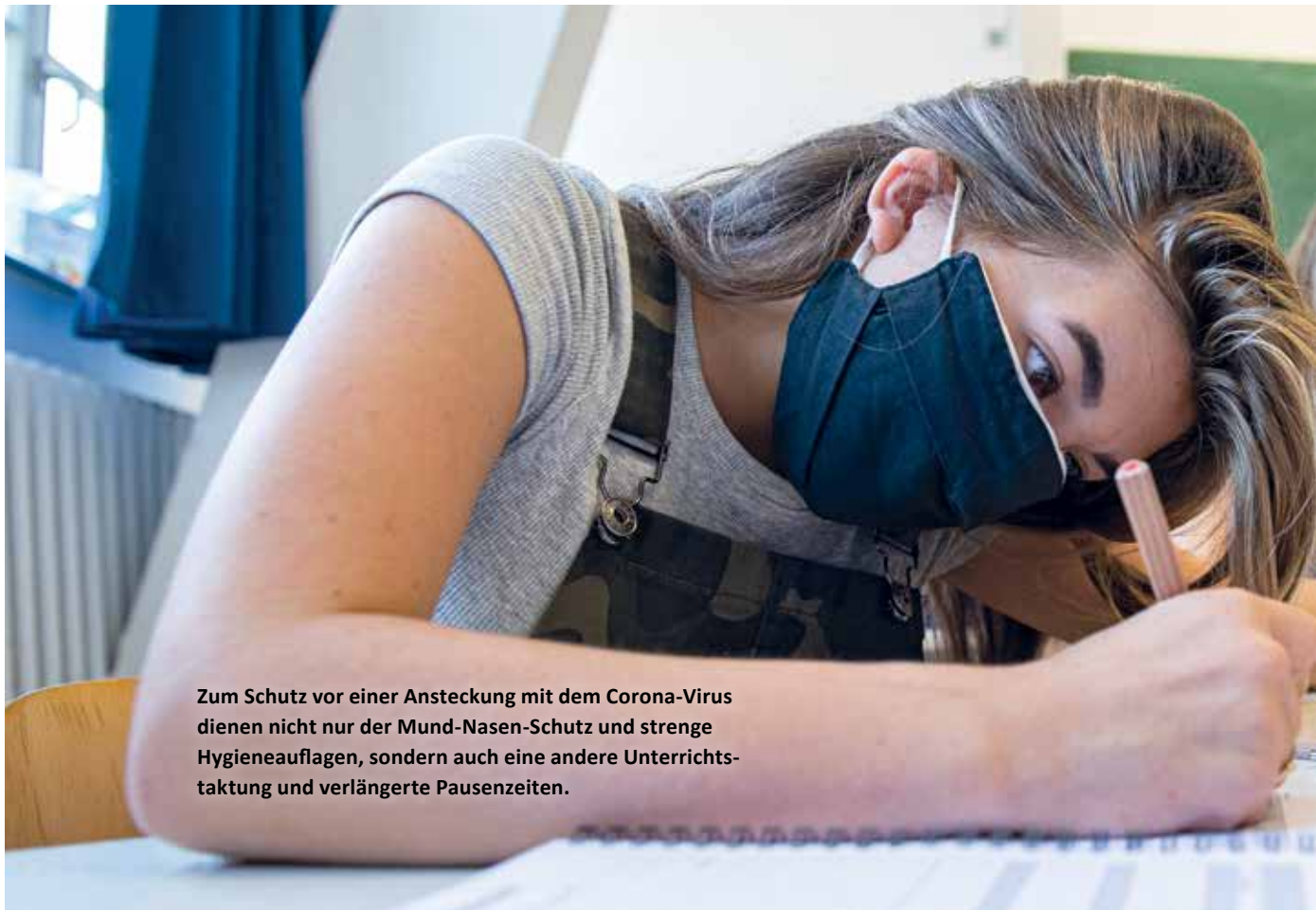
**E&W:** Reichen aus Ihrer Sicht die Schutzvorkehrungen der Schulen aus?

**Stürmer:** Manche technischen Möglichkeiten, die weiterhelfen könnten, werden noch viel zu wenig genutzt. Zum einen gibt es mobile Luftfilter, die die Aerosole in der Luft abreichern und die

man in Klassenzimmern aufstellen kann. Studien der Bundeswehr-Universität München haben mit solchen Luftreinigern für wenige Tausend Euro schon sehr gute Ergebnisse gezeigt. Zum Zweiten könnte man den CO<sub>2</sub>-Gehalt in den Klassenzimmern kontinuierlich messen und einen Schwellwert festlegen, bei dem eine Pause eingelegt und ordentlich durchgelüftet wird. Das funktioniert schon mit Geräten für etwa 100 Euro. Das Verfahren wäre nicht nur in Corona-Zeiten hilfreich, um Aerosole zu reduzieren, sondern könnte generell für bessere Luft im Klassenzimmer sorgen.

**E&W:** Sollten Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler im Unterricht Masken tragen?

**Stürmer:** Ich hielte es in diesem Herbst und Winter für das Mittel der Wahl, dass Lehrerinnen und Lehrer wie auch Schülerinnen und Schüler Masken im



Zum Schutz vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus dienen nicht nur der Mund-Nasen-Schutz und strenge Hygieneauflagen, sondern auch eine andere Unterrichtstaktung und verlängerte Pausenzeiten.

Unterricht tragen – auch wenn das von vielen Lehrkräften kritisch gesehen wird. Natürlich muss man zugleich dafür sorgen, dass diese Regel nicht zu einem permanenten Maskentragen führt. Es muss zwischendurch immer wieder Gelegenheiten geben, den Mund-Nasen-Schutz gefahrlos abzulegen und frische Luft zu tanken. Dafür muss es Konzepte geben. Zum Beispiel könnte man die Maske in Pausenzeiten auf dem Schulhof weglassen – statt sie gerade dann zu tragen, wie es zurzeit vielerorts praktiziert wird. Zudem könnte man mehr Pausenzeiten einplanen.

**E&W:** Erste Studien im In- und Ausland haben gezeigt, dass das Ansteckungsrisiko durch Schülerinnen und Schüler sehr gering ist – es gibt kaum Beispiele für solche Übertragungen. Wie groß schätzen Sie die Gefahr von Infektionen in Schulen und Kitas generell ein?

**Stürmer:** Kitas und Schulen sehe ich tatsächlich nicht als Hotspots, an denen wir viele und massive Covid-19-Ausbrüche erleben werden. Kinder haben zwar

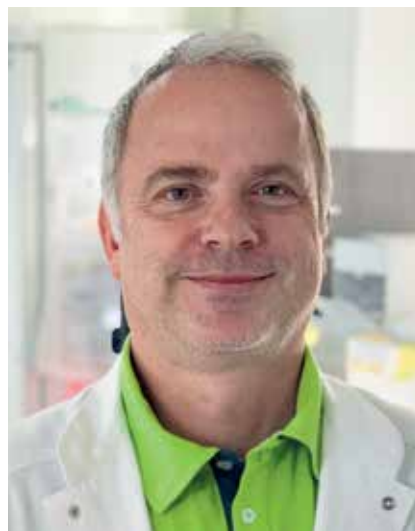


Foto: IMD Labor Frankfurt

**Martin Stürmer**

auch ein Risiko, sich und andere zu infizieren. Solche Beispiele gibt es. Bei den bisherigen Infektionsfällen hatten sich die Betroffenen aber primär außerhalb der Schule angesteckt, die jeweilige Klasse wurde dann vorsorglich in Quarantäne geschickt. Von einer Infektionsweitergabe unmittelbar an Schulen kenne ich bisher in Deutschland noch keine Fallberichte – was nicht heißen soll, dass sich die Lage in diesem Herbst nicht ändern könnte.

**E&W:** Wie groß ist aus Ihrer Sicht das Ansteckungsrisiko für die Pädagoginnen und Pädagogen?

**Stürmer:** Bloß, weil es bisher in den Schulen und Kitas kaum Ansteckungen gab, heißt das nicht, dass dies nicht passieren kann. Ich kann gut verstehen, dass besonders ältere Kolleginnen und Kollegen große Bedenken haben. Daher gibt es einige Schulen, die eine Maskenpflicht verhängen, auch wenn dies vom jeweiligen Bundesland gar nicht gefordert wird. Wenn man sich individuell schützen möchte, rate ich zur FFP2-Maske, weil nur sie die Aerosole mit einer hohen Wirksamkeit abhält.

**E&W:** Wie schätzen Sie die Situation speziell in den Kitas ein?

**Stürmer:** Es wird sicher nicht möglich sein, das Risiko in den Kitas auf null zu senken. Tendenziell gilt nach wie vor: Je kleiner die Kinder sind, umso weniger infizieren sie sich und umso besser überstehen sie eine Infektion. Allerdings sind viele Thesen, über die wir zurzeit verfü-

gen, in der Notbetreuung entstanden und nicht im Regelbetrieb. Am sinnvollsten ist es sicher, die Gruppen klein zu halten und dort, wo dies möglich ist, sie nicht zu durchmischen. Mehr wird man – neben guter Lüftung – zur Risikominimierung in Kitas nicht tun können.

**E&W:** Sollte eine Schule mit einer vollständigen Schließung reagieren, wenn ein positiv getesteter Corona-Fall auftritt, wie dies ja schon teilweise zu Beginn dieses Schuljahres geschehen ist?

**Stürmer:** Das hängt vom Konzept der Schule ab. Wenn die Lerngruppen gut voneinander getrennt und nachverfolgbar sind, kann man auch eine einzelne Lerngruppe isoliert in Quarantäne schicken. Sollte aber zum Beispiel eine Lehrkraft betroffen sein, die mehrere Klassen betreut, wird das Trennen sicher schwierig. Daher muss es lokale und individuelle Antworten geben.

**E&W:** Erwarten Sie eine zweite große Welle – oder wird es bald wieder einen ganz regulären Schulbetrieb geben?

**Stürmer:** Je mehr sich unser Alltag mit der kalten Witterung in geschlossene Räume verlagert, umso mehr werden wir flächendeckend steigende Infektionszahlen sehen. Ich bin dennoch guter Dinge, dass wir dank bisheriger Erfahrungen eine zweite große Welle vermeiden können, wenn sich alle Beteiligten zusammenreißen. Und ich bin optimistisch, dass wir nächstes Jahr einen Impfstoff bekommen und die Einschränkungen beherrschbar werden. Viele Einschnitte, über die wir jetzt diskutieren, sind also hoffentlich nur für das laufende Schuljahr notwendig. Danach können wir, wenn alles gut läuft, deutlich entspannter zu einer Normalität zurückkehren – aber ich hoffe mit ein paar Lehren aus der Corona-Zeit.

**E&W:** Welche Lehren sollten dies sein?

**Stürmer:** Wichtig wären generell eine stärkere Einhaltung einfacher hygienischer Maßnahmen im Schulalltag. Auch die neuen Formate von Schule und Arbeit, die durch Corona plötzlich wichtig wurden, wie mehr Homeoffice und Online-Meetings sowie mehr digitaler Unterricht, sollten in Zukunft weiter genutzt werden.

Interview: Sven Heitkamp,  
freier Journalist



Foto: picture alliance/dpa/Guido Kirchner



# „Eine Arbeit, die nie enden darf“

**// Im Sommer feierte das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SoR – SmC) sein 25-jähriges Bestehen. Im Interview mit E&W erläutert die SoR-SmC-Direktorin Sanem Kleff, warum das Netzwerk auch in Zukunft gebraucht wird. //**

**E&W:** Die Anfänge von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ liegen in einer Zeit, in der die rassistischen Anschläge von Mölln oder Solingen und die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen noch nicht lange her waren. Rassismus und Rechtsextremismus sind seitdem nicht aus der Gesellschaft verschwunden. Ist die Arbeit des Netzwerkes eine Aufgabe, die nie endet?

**Sanem Kleff:** Ja, das ist eine Arbeit, die nie endet und nie enden darf, weil es Menschenfeindlichkeit schon immer gegeben hat und immer geben wird.

**E&W:** Das klingt jetzt fatalistisch.

**Kleff:** Nein, das Gegenteil ist gemeint. Wir dürfen uns dem Phänomen Menschenfeindlichkeit nicht ergeben, sondern müssen immer wieder aktiv dagegen angehen. Es gibt große Unterschiede, wie sich Menschenfeindlich-

keit, Rassismus und Diskriminierung in einer Gesellschaft breit machen – oder eben nicht. Unsere Aufgabe sehe ich darin, alle Formen der Menschenfeindlichkeit soweit wie möglich einzudämmen.



Foto: Wolfgang Borris

**Sanem Kleff wurde 1955 in Ankara geboren und wuchs in Bremen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen auf. Nach ihrem Studium der deutschen Sprache und Literatur war sie unter anderem als Lehrerin in Berlin und am Berliner Landesinstitut für Lehrerfortbildung tätig. Seit 2000 leitet sie das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.**

**E&W:** Die ersten Jahre bestand der Schwerpunkt der Aktivitäten des Netzwerkes in der Arbeit gegen Rassismus. Anfang der 2000er-Jahre wurde das Konzept um andere Formen der Diskriminierung erweitert. Was gab dafür den Ausschlag?

**Kleff:** Dass am Anfang von „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ der Fokus im engsten Sinn auf dem Phänomen Rassismus lag, hat historische Gründe. Die Grundidee stammt aus Belgien. Dort hatten sich Mitte der 1980er-Jahre die Flamen und Wallonen so in einen rassistischen Diskurs verheddert, dass es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam. Nach dem Wahlerfolg der rechtsextremen Vlaams-Partei gründeten Schülerinnen und Schüler in Antwerpen das Netzwerk „Schulen ohne Rassismus“. In Deutschland wurde dieses Konzept von Aktion Courage übernommen. Als ich 2000 die Leitung übernahm und in „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ umbenannte, fand ich, dass man Rassismus nicht isoliert betrachten darf, sondern ihn als eine Variante von Menschenfeindlichkeit sehen muss. Wir setzen uns heute nicht nur mit Bildungsprogrammen mit





1995 ging das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an den Start. Zahlreiche Verbände und Organisationen – darunter auch die GEW – sind heute als Kooperationspartner Teil des Netzwerkes.

Foto: picture alliance/eurolobbild.de/Werner Riehm

allen Formen von Menschenfeindlichkeit auseinander – mit Rassismus wie mit Antisemitismus, Homophobie und anderen Formen der Diskriminierung.

**E&W:** Bis in die 2000er-Jahre wurde von regierungsoffizieller Seite der Begriff Rassismus vermieden; man sprach von Ausländerfeindlichkeit oder – noch schlimmer – von Fremdenfeindlichkeit. Heute werden diese beiden Begriffe kaum noch verwendet. Wie kam es zu diesem Wandel?

**Kleff:** So kritisch man im Nachhinein das Agieren der ab 1998 regierenden rot-grünen Bundesregierung sehen muss – Stichwort Agenda 2010 –, so deutlich muss man aber auch würdigen, dass in der Ära Rot-Grün das Thema Rassismus und Diskriminierung von Minderheiten auf die politische Tagesordnung kam. Erstmals liefen am 9. November 2000 in Berlin Vertreter einer deutschen Bundesregierung an der Spitze einer antirassistischen Demonstration. Das war auch die Geburtsstunde der ersten bundesweiten Programme gegen Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus. Dieser Wandel führte aber noch lange nicht dazu, dass sich in den Köpfen der Menschen, aber auch in den Institutionen etwas änderte.

Übrigens: Anfang der 2000er-Jahre war der Begriff Homophobie noch ähnlich tabuisiert wie der Begriff Rassismus. Wenn an Schulen Workshops zum Thema Homophobie organisiert werden sollten, stieß man vielfach noch auf Widerstände in den Schulverwaltungen und in der Kultusbürokratie. Da hat sich inzwischen einiges geändert.

**E&W:** In der Festschrift zum 25-jährigen Jubiläum beschreiben Sie, wie bis in die jüngste Zeit Kinder migrantischer Herkunft in den Schulen benachteiligt wurden. Sie wurden in sogenannte Ausländerklassen gesteckt und überproportional häufig an „Sonderschulen“ abgeschoben. Was hat sich im vergangenen Vierteljahrhundert zum Positiven geändert, was muss sich noch weiterentwickeln?

**Kleff:** Selbstverständlich hat sich einiges zum Positiven gewendet. Einige der strukturellen Ausgrenzungsmechanismen sind verschwunden. Auch hat sich in der Ausbildung der Lehrkräfte vieles zum Besseren entwickelt. Heute ist es nicht mehr vorstellbar, dass Kinder alleine deshalb, weil sie einen anderen Pass als den deutschen haben, in Sonderklassen aussortiert werden. Faktisch findet eine Segregation aber dennoch statt. Einem Kind, das Ahmed heißt, wird nicht zugetraut, dass es so gute Leistungen bringen kann wie ein Kind, das Max heißt – selbst wenn beide aus der gleichen sozialen Schicht kommen.

**E&W:** Eine Schule, die Teil des Netzwerkes wird, erklärt sich zur Erfüllung von drei Grundsätzen bereit (siehe Kasten). Wird eine Schule ausgeschlossen, wenn sie gegen diese Grundsätze verstößt?

**Kleff:** Nein. Der Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ soll die Schulen täglich an die Pflicht zur Einhaltung der Grundsätze des Netzwerkes erinnern, die sie angenommen haben, wenn nötig auch mahnen und motivieren. Unser Prinzip ist, den Faden zu einer Schule niemals abreißen zu lassen. Mit einem Ausschluss einer Schule wäre niemandem geholfen.

**E&W:** Es gab in der Vergangenheit einige solcher Fälle, so beispielsweise an einer Schule in Berlin, an der es zu einem antisemitischen Angriff kam. Was tun?

**Kleff:** Unsere Landeskoordinationen mit mehr als 80 Regionalkoordinatoren bieten der Schule Hilfe und Unterstützung an. Eine „Courage-Schule“ ist keine Schule, an der es Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus nicht gibt. Dessen müssen sich alle Beteiligten klar sein. Deshalb ist der zweite Grundsatz, zu dem sich Schulen verpflichten, wenn sie dem Netzwerk beitreten, auch so wichtig: Einsatz gegen jegliche Form von Gewalt und Diskriminierung, sollten diese an der Schule auftreten! Es geht darum, dass alle Mitglieder an der Schule eine Resilienz gegen Diskriminierung entwickeln, sensibilisiert sind und die Gleichwertigkeit aller Menschen anerkennen.

Interview: Jürgen Amendt,  
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

### „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ...

... gibt es seit 1995. Mit knapp 3.500 teilnehmenden Schulen und über 1,5 Millionen Schülerinnen und Schülern ist es das größte Schulnetzwerk in Deutschland. Eine Schule kann Teil des Netzwerkes werden, wenn mindestens 70 Prozent aller Menschen dieser Schule – vom technischen Personal, den Schülerinnen und Schülern und Eltern bis zu den Pädagoginnen und Pädagogen und der Schulleitung – sich in einer geheimen Abstimmung dafür aussprechen. Sie müssen sich mit den drei Grundsätzen des Netzwerkes (Entwicklung nachhaltiger Projekte gegen jegliche Form von Diskriminierung; Einsatz gegen Gewalt und Diskriminierung, sollten diese an der eigenen Schule auftreten; Organisation eines Projektes zum Thema Diskriminierung einmal im Jahr) einverstanden erklären und sich ein entsprechendes Profil erarbeiten. Etwaige bisherige Aktivitäten gegen Rassismus und Diskriminierung sind keine Vorbedingung für die Aufnahme. Bundesweit 100 Landes- und Regionalkoordinationsstellen sowie sogenannte Paten, die die Schulen sich selbst aussuchen, unterstützen jede Einrichtung. jam

# „Das Defizit wird gigantisch sein“



// Finanzwissenschaftler Birger Scholz über die finanziellen Folgen der Corona-Krise für die Kommunen und wie diese abgemildert werden können. //

**E&W:** Herr Scholz, inwiefern leiden die Kommunen finanziell unter der Corona-Krise?

**Birger Scholz:** Wir erleben einen historischen Konjunkturreinbruch. Nach der im September aktualisierten Steuerschätzung, die auch die Steuersenkungen des Konjunkturprogramms berücksichtigt, sinken die Einnahmen der Kommunen im laufenden Jahr gegenüber der ursprünglichen Planung um 9 Prozent. Und das, obwohl die Konjunktur besser läuft als noch im Frühjahr erwartet. Die Kommunen kämpfen zudem mit wegbrechenden Einnahmen, etwa im öffentlichen Personennahverkehr, und enormen Zusatzausgaben, etwa im Gesundheitsschutz. Sie geraten also von allen Seiten unter Druck.

**E&W:** Die öffentlichen Haushalte hatten 2019 ein positives Finanzierungssaldo von 45,2 Milliarden Euro. Wie sieht es 2020 aus?

**Scholz:** Das Defizit wird gigantisch sein.

**E&W:** Die finanzielle Lage vieler Kommunen war schon vor Corona nicht rosig. Wie sehr verschärft sich die Lage dort?

**Scholz:** Vor allem Kommunen in Nordrhein-Westfalen (NRW), dem Saarland und Rheinland-Pfalz sind stark betroffen. Sie haben in den vergangenen 20 Jahren unter dem Druck des unbewältigten Strukturwandels sehr hohe Kassenkredite angehäuft. Sämtliche Bemühungen, sich zu entschulden, drohen jetzt durch die Corona-Krise zunichte gemacht zu werden. Fast alle Kommunen sind nun auf die Unterstützung der Länder angewiesen.

**E&W:** Den Ausfall von Gewerbesteuer-einnahmen wollen Bund und Länder zu gleichen Teilen auffangen. 6,1 Milliarden Euro sind dafür vorgesehen. Reicht das?



Foto: privat

Birger Scholz ist Volkswirt und Verwaltungswirt. Er beschäftigt sich unter anderem mit Haushalts- und Steuerpolitik. Scholz ist Mitautor des gerade veröffentlichten „Kommunalfinanzbericht 2020“ von ver.di-NRW. Er lebt und arbeitet in Berlin.

**Scholz:** Das ist ein wichtiger Beitrag, der aber leider auf 2020 begrenzt ist. Was ist 2021 und 2022? Selbst im Falle einer konjunkturellen Erholung bleiben im Vergleich zur Finanzplanung enorme Defizite, weil Sozial- und Personalausgaben weiter steigen und die Steuersenkungen wirken. Die Kommunen werden mit Ach und Krach vielleicht noch dieses Jahr überstehen, aber wenn Bund und Länder nicht deutlich nachbessern, wird es ein kommunales Massaker geben.

**E&W:** Wie können die kommunalen Defizite aufgefangen werden?

**Scholz:** In einer Notlage wie der Corona-Krise können Bund und Länder von den strikten Vorgaben der Schuldenbremse abweichen. Sie dürfen aktuell nicht nur Mindereinnahmen kreditfinanzieren, sondern auch Mehrausgaben. So könnten sie das gesamte Defizit decken, das durch die Krise entsteht. Und das gilt solange die Notsituation besteht, also über 2020 hinaus. Die Länder dürfen daher auch eigene Konjunktur- und Investitionsprogramme, beispielsweise

für die Digitalisierung der Schulen, über Kredite finanzieren. Auch die Einnahmeausfälle der Kommunen können ersetzt werden.

**E&W:** Tun die Länder das auch?

**Scholz:** Die Länder haben bislang ganz unterschiedlich reagiert. Hinsichtlich möglicher Konjunkturprogramme und Hilfen für die Kommunen über 2020 hinaus ist aber noch deutlich Luft nach oben.

**E&W:** Braucht es zusätzlich eine Vermögensabgabe oder einen Corona-Soli für Besserverdiener?

**Scholz:** Der Bund und die Länder können sich nicht unbegrenzt auf eine Corona-Notsituation berufen. Spätestens ab 2023 oder 2024 gilt wieder das Nullverschuldungsgebot des Grundgesetzes. Viele Zusatzausgaben werden aber dauerhaft bleiben, und der Investitionsbedarf ist größer denn je. Zudem müssen die Corona-Schulden getilgt werden. Diese Zusatzbelastungen sollten nach der Krise über eine Sonderabgabe finanziert werden. Das kann ein weiterer Solidaritätszuschlag auf die Einkommensteuer oder auch eine befristete Vermögensabgabe sein. Letztere hat es in der jungen Bundesrepublik in Form des Lastenausgleichs für die Heimatvertriebenen gegeben. Beide Sonderabgaben bedürfen nicht der Zustimmung des Bundesrats. So steigen die Chancen auf eine schnelle Umsetzung. Die Einnahmen würden allerdings ausschließlich dem Bund zufließen. Eine nötige Beteiligung der Länder und der Kommunen kann aber über eine Änderung der Umsatzsteuerverteilung erreicht werden. Unabhängig hiervon brauchen wir dringend eine breite gesellschaftliche Debatte über eine Reform der deutschen und europäischen Schuldenregeln, damit Zukunftsinvestitionen in Bildung, Digitalisierung, Verkehr oder Klimaschutz wieder kreditfinanziert werden können. Beim momentanen Zinsniveau kann die öffentliche Hand in Deutsch-

land langfristig Anleihen mit negativen Zinsen begeben\*.

**E&W:** In welche Bereiche müsste der Staat jetzt besonders investieren?

**Scholz:** Zum Beispiel in Digitalisierung, die im Übrigen auch eng mit Bildung verknüpft ist. Wenn Schulen keinen Präsenzunterricht mehr machen können, brauchen alle Lehrkräfte und Schüler Tablets oder Laptops. Die Pädagoginnen und Pädagogen müssen in die Lage versetzt werden, digital gut zu unterrichten und alle Schüler mitzunehmen. Da liegt sehr viel im Argen, gerade auch in der öffentlichen Verwaltung. Die Politik hat das Thema bisher weitestgehend verschlafen. Andere wichtige Bereiche sind der klimagerechte Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, gemeinwirtschaftlicher und vor allem leistbarer Wohnungsbau und eine gelingende Integration der vielen Zuwanderer.

**E&W:** Der Bund will für Kindergärten, Kitas und Krippen dieses und nächstes Jahr eine Milliarde Euro zusätzlich für Ausbaumaßnahmen bereitstellen. Reicht das aus?

**Scholz:** Das ist sinnvoll, reicht aber nicht. Zudem sind diese Bundesprogramme Gift für den Föderalismus. Die Kommunen müssen in die Lage versetzt werden, diese Investitionen aus eigener Kraft zu stemmen. Das Grundgesetz garantiert nicht ohne Grund die Selbstverwaltung der Kommunen. Hierzu gehört auch eine angemessene Finanzausstattung.

**E&W:** Thema Ganztagschulen und -betreuung: Länder, die 2021 und 2022 Mittel für Investitionen abrufen, erhalten später weitere. Besteht die Gefahr überstürzter Investitionen?

**Scholz:** Ich sehe hier eher die Gefahr, dass finanzschwache Länder überhaupt nicht in der Lage sind, die Mittel abzu-

rufen. Nach zwei Dekaden der Entstaatlichung fehlen in vielen Kommunen Ingenieure und Planer, um Bauvorhaben schnell zur Planungsreife zu bringen. In der Finanzkrise konnte Bayern vergleichsweise viele Gelder abrufen, weil dort bereits etliche Maßnahmen und Projekte fertig geplant in der Schublade lagen. Andere Länder hatten das Nachsehen. Es reicht demnach nicht, nur Gelder zu Verfügung zu stellen. Länder und Kommunen müssen ihr Personal aufstocken. Das ist in Zeiten des Fachkräftemangels nicht einfach.

Michael Stahl,  
freier Journalist

**\*Unter „begeben“ wird in der Börsensprache das Ausgeben von Aktien oder Anleihen verstanden.**

Der Sanierungsbedarf für die Schulen in Deutschland ist enorm. Schon vor Ausbruch der Corona-Pandemie bezifferte ihn die Kreditanstalt für Wiederaufbau auf 47,7 Milliarden Euro. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die öffentliche Hand vor allem deutlich mehr Geld für die digitale Transformation der Bildungseinrichtungen ausgeben muss.



# Eine Reihe von Demütigungen

**// Für viele Lehrkräfte im Osten ging die Einheit 1990 mit einer Verlusterfahrung einher. Unterstufenlehrkräfte, in der DDR als vollwertige Lehrkräfte tätig, wurden formal dequalifiziert. Nur die neuen Bundesländer erkannten ihren Abschluss an. Zudem wurden sie im Gehaltstarifvertrag niedriger eingestuft als Lehrkräfte mit einem Grundschullehrer-Abschluss der alten Bundesländer. Zur Gleichstellung mussten sie Anpassungsseminare besuchen. In den ostdeutschen Ländern galt eine spezielle Form des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT): der BAT Ost mit einer niedrigeren Bezahlung als im Westen. E&W sprach mit Eva-Maria Stange, zu DDR-Zeiten Lehrerin, nach 1990 in der GEW aktiv und von 1997 bis 2005 Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft. //**

**E&W:** Welche persönliche Erinnerung haben Sie an den 3. Oktober 1990?

**Eva-Maria Stange:** Eine ambivalente. 1989 und zu Beginn des Jahres 1990 hatte ich die Hoffnung, dass es eine neue, eine gesamtdeutsche Verfassung geben wird. Mit dem Einigungsvertrag im August 1990 war klar, in welche Richtung die Entwicklung gehen wird. Der 3. Oktober 1990 hat die politische Einheit quasi nur noch formal vollendet. Für mich als Lehrerin wie als Gewerkschafterin stellten sich damals existenzielle Fragen, beispielsweise in welcher Form die Ausbildung der Lehrkräfte der DDR zukünftig anerkannt wird. Das hat uns viel mehr beschäftigt als die Unterzeichnung des Einigungsvertrages.

**E&W:** Viele Pädagoginnen und Pädagogen waren nach dem 3. Oktober 1990 mit Arbeitslosigkeit und einer Abwertung ihrer beruflichen Leistung konfrontiert. Wie sehr prägt diese Erfahrung Ihrer Ansicht nach heute noch bei vielen Lehrkräften den Blick auf die Einheit?

**Stange:** Sehr stark, denn davon sind auch die Renten betroffen. Die formale, aber auch menschliche Abwertung setz-

te ja schon einen Schritt vorher ein. Zu DDR-Zeiten wurden die Lehrkräfte für die unteren Klassen an Fachschulen ausgebildet. 1989/90 sollte es eine Umstellung auf eine Diplom-Lehrerausbildung geben. Diese gab es wegen der Wende dann nicht. Die Unterstufenlehrkräfte waren allerdings dafür ausgebildet, in den unteren Klassen zu unterrichten und als Erzieherinnen oder Erzieher in den Schulhorten eingesetzt zu werden. Das gab es im Westen nicht, und so mussten sie sich nach 1990 entscheiden, ob sie künftig im Hort oder einer Kita oder in der Schule arbeiten wollen. Das hatte erhebliche Konsequenzen. Der Hort gehört zur Kommune, und die Kolleginnen und Kollegen wurden tarifrechtlich herabgestuft. Sie hatten keine Möglichkeit, als Lehrkraft in den Landesdienst zurückzukehren, obwohl sie dafür qualifiziert waren. Eine Anpassungsqualifizierung mussten übrigens auch Erzieherinnen absolvieren. Das wurde als Abwertung

der Ausbildung und der beruflichen Leistung erlebt.

Diese mussten auch die Oberstufenlehrkräfte erfahren. Sie waren in der DDR als Diplomlehrer sowohl für den Unterricht an den Polytechnischen Oberschulen (POS) als auch an den Erweiterten Oberschulen (EOS) ausgebildet, letztere waren mit der Sekundarstufe II des Gymnasiums in Westdeutschland vergleichbar. Nach 1990 mussten sie sich für die neu entstandenen Gymnasien bewerben, nicht aber, wenn sie an eine der neu gegründeten Mittelschulen gehen wollten. Von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen wurde auch das als Demütigung erlebt.

**E&W:** Nach der Vereinigung setzten in den neuen Bundesländern rasante Veränderungen in nahezu allen schulrelevanten Bereichen ein. Ohne viel Vorbereitung musste die damals viel kritisierte Lehrerschaft im Osten die praktische Verantwortung für die Um-



Am 31. August 1990 unterzeichneten Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU, links) und DDR-Staatssekretär Günther Krause (CDU) den Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands. Auf rund 1.000 Seiten regelte der Vertrag die rechtlichen Grundlagen für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

gestaltung übernehmen. Wie haben Sie diesen Prozess damals erlebt?

**Stange:** Faktisch lag nur die Verantwortung für den laufenden Unterricht bei den Lehrkräften. Die strukturellen und inhaltlichen Veränderungen wurden politisch gesteuert und durchgesetzt. Formal gab es zwar Möglichkeiten mitzuentcheiden, so zum Beispiel in Form öffentlicher Anhörungen; letztlich entschieden allerdings die politischen Mehrheiten. Das betraf auch die Inhalte des Unterrichts. Die meisten neuen Bundesländer hatten sogenannte Partnerländer aus dem Westen. Im Falle Sachsens war das Baden-Württemberg. Wir haben im Wesentlichen die Stundentafeln und Lehrinhalte von dort übernommen. Das hatte beispielsweise gravierende Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Naturwissenschaften und den sprachlichen und anderen Fächern. In der DDR war der Anteil der Naturwissenschaften sehr hoch, in Baden-Württemberg dominierten andere Fächer. Das stieß auf Kritik von Lehrkräften und Eltern.

**E&W:** Dem konnte man nichts entgensetzen?



Foto: picture alliance/dpa/Peter Kneffel

**Stange:** Das Tempo der Veränderungen war so schnell, dass wir als Lehrkräfte zu Beginn des Schuljahres gar nicht wussten, in welcher Klasse wir unterrichten, manchmal nicht einmal, an welcher Schule wir eingesetzt werden. Der Aufbau des neuen Schulsystems war für die Pädagoginnen und Pädagogen in den ersten Jahren mit sehr viel Unsicherheit verbunden. Der Schulbetrieb durfte ja nicht unterbrochen werden. Bis Mitte der 1990er-Jahre mussten sie zwischen den verschiedenen Schulformen und Schulen wechseln. Das und vieles andere hat zu einer großen Verunsicherung bei den Kolleginnen und Kollegen geführt.

**E&W:** Wie leicht oder wie schwer war es in der Zeit nach dem 3. Oktober 1990, ostdeutsche Sichtweisen in der GEW zu artikulieren und durchzusetzen?

**Stange:** Ich hatte immer das Gefühl, dass die beschriebenen Probleme allein die von uns Ostdeutschen sind. Wir wurden von den Kolleginnen und Kollegen aus dem Westen beim Aufbau der GEW unterstützt. Wir haben da viel gelernt in kurzer Zeit. Aber ich hatte den Eindruck, dass wir unsere Probleme immer wieder erklären mussten, weil sie im Westen zu wenig bekannt waren. Ein Beispiel: Für uns war der Kampf gegen die Erhöhung des Stundendepotats eine existenzielle Frage. In der DDR bestand diese aus 21 Stunden, verteilt auf sechs Tage. Nach 1990 wurde die Unterrichtsverpflichtung schrittweise auf 27 Stunden erhöht. Dadurch wurden weniger Lehrkräfte benötigt und es drohten – neben einer Erhöhung der Arbeitsbelastung – Kündigungen. Wir hatten keinen Kündigungsschutz im Tarifvertrag. Den meisten Kolleginnen und Kollegen im Westen waren solche Erfahrungen fremd.

**E&W:** 2005 haben Sie nicht mehr für das Amt der GEW-Vorsitzenden kandidiert. Ihre achtjährige Tätigkeit an der Spitze der Gewerkschaft resümierten Sie damals in einem Artikel in der E&W. Darin blickten Sie voller Hoffnung in die Zukunft. Auch wenn konservative Kräfte immer noch versuchten, „die Bildungspolitik zur Reproduktion der Klassengesellschaft zu nutzen“, schrieben Sie, was sich besonders beim Kampf um das gegliederte Schulsystem zeige, hätten diese Kräfte „vor der Geschichte bereits verloren“. Sind Sie heute immer noch so optimistisch?



Foto: picture alliance/SZ Photo/Jürgen Heinrich

**Eva-Maria Stange (63) war in der DDR als Lehrerin für Physik und Mathematik sowie in der Lehrerbildung tätig. Nach 1990 engagierte sie sich in der GEW – zunächst als Vorsitzende des Bezirkspersonalrats Gymnasien in Dresden, dann von 1993 bis 1997 als Landesvorsitzende der GEW Sachsen. 1997 wurde sie zur GEW-Vorsitzenden gewählt. Von 2006 bis 2009 und von 2014 bis 2019 bekleidete sie das Amt der Ministerin für Wissenschaft und Kunst in Sachsen; zwischen 2009 und 2019 saß sie für die SPD im sächsischen Landtag.**

**Stange:** Ja, auch wenn das Ziel besonders in Sachsen noch weit entfernt ist. 1990 war hier die CDU besonders stark und hat von Anfang an deutlich gemacht, dass sie bildungspolitisch zum dreigliedrigen Schulsystem will. Wir hatten als Gewerkschaft zunächst noch die Hoffnung, dass das System der DDR, in der Kinder länger gemeinsam lernen konnten, wenigstens bis zur Klasse 8 erhalten werden kann. Dies wurde und wird auch von der Mehrheit der Bevölkerung im Osten unterstützt. Es gab in der Wendezeit zahlreiche entsprechende Schulmodelle. Die CDU hat in Sachsen leider die Gesamtschule und alles, was auch nur in die Nähe eines solchen Modells kam, verhindert. Heute zeigt sich allerdings, dass das längere gemeinsame Lernen immer mehr in die Schulsysteme implementiert wird – in Ost wie in West übrigens. Auch in Sachsen wird es Gemeinschaftsschulen geben – 30 Jahre nach der Wende.

Interview: Jürgen Amendt,  
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

# Über Umwege ans Ziel

**// Sisters Network unterstützt junge Frauen mit Fluchtgeschichte bei Berufsorientierung und Ausbildungsplatzsuche, damit sie ihre eigenen Wege finden. //**

Lilith Buchartowski blickt in die Gesichter der jungen Frauen auf ihrem Bildschirm. „Wie steht es um euer Deutsch, wenn ihr so viel zu Hause seid?“, fragt die 27-Jährige. Die „Mädels“, wie sie sich untereinander nennen, seufzen. Doch Fatemeh hat einen Tipp. Ihre Nachhilfelehrerin habe geraten, jeden Tag ein paar Seiten in einem deutschen Roman zu lesen und das Gelesene zusammenzufassen. „Das hilft“, findet sie. Big Sister Buchartowski nickt.

Die Sozialarbeiterin arbeitet gemeinsam mit der Medienpädagogin Nina Soppa ehrenamtlich für Sisters Network. Seit mehr als einem Jahr trifft sich die Gruppe jeden Mittwoch in einem ruhigen Nebenraum der Hamburger Zentralbibliothek, nur wenige Minuten vom Hauptbahnhof entfernt. Während des Corona-Lockdowns saßen die 14 jungen Frauen und ihre Big Sisters jedoch zu Hause in ihren Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen vor Handy oder Laptop und diskutierten in Video-Konferenzen über das, was sie beschäftigt: von den Abschlussprüfungen über Ramadan in Corona-Zeiten bis hin zu Cybermobbing.

„Wir nehmen ihre Anliegen auf, geben aber auch Impulse zu Themen wie Frauenrechten, kulturellen Identitäten oder wie man ein Referat präsentiert“, sagt Stephanie Landa. Die 54-Jährige hat das Netzwerk vor zwei Jahren als Projekt des gemeinnützigen Unternehmens Audiyou gegründet, das unter anderem eine Internet-Plattform zur Medienbildung betreibt. Sisters Network begleitet junge Frauen zwischen 16 und 21 Jahren, die „Unterstützung für den Übergang von Schule in Ausbildung suchen“, erläutert sie. Besonders groß sei der Bedarf bei Frauen mit Fluchtgeschichte in den Ausbildungsvorbereitungsklassen für Migranten – jedoch „steht das Angebot allen Ham-

burgerinnen offen“. Bisher gibt es drei Gruppen mit bis zu 14 Teilnehmerinnen. Die Big Sisters unterstützen bei Fragen rund um die Schul- und Ausbildungsplatzsuche. Ziel ist, dass die jungen Frauen „einen für sie passenden beruflichen Weg finden, um später finanziell auf eigenen Beinen stehen zu können“.

## Wichtig sind Vorbilder

Das sei keineswegs selbstverständlich, berichtet Landa. „Die meisten Mütter sind nicht berufstätig und weibliche Erwerbsbiografien keine Normalität.“ Mit den Big Sisters können die jungen Frauen über Themen rund um

die Berufsfindung sprechen und sich durch Rollenspiele möglichen Tätigkeiten annähern. Wichtig sind Vorbilder: So haben sie bereits eine Ärztin, eine Schriftstellerin, eine Bäuerin und eine Kommunalpolitikerin getroffen und zu deren beruflichem Alltag, aber auch zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie interviewt. „Wir ermuntern die Frauen, ihre Stärken und Wünsche zu erkennen und zu äußern“, sagt Buchartowski. Als Big Sister versteht sie sich als Brücke zu Menschen und Ideen. Sie wolle dabei unterstützen, „Menschen anzusprechen und eigene Netzwerke aufzubauen – jenseits ihrer ethnischen Communities“.



Shaima, Fatemeh und Norhan (v. li. n. re.) finden bei Sisters Network in Hamburg die Unterstützung, die sie brauchen, damit Integration gelingen kann.

Britta Ratuschny weiß, wie schwierig es für viele Jugendliche mit Fluchtgeschichte ist, in der neuen Heimat Fuß zu fassen. Die Sozialpädagogin an der Beruflichen Schule City Nord ist froh, dass sie ihre Schülerinnen in ein Angebot wie Sisters Network vermitteln kann. „Die jungen Frauen möchten sich integrieren. Dafür brauchen sie Orientierung sowohl in beruflicher als auch persönlicher Hinsicht“, bestätigt die Pädagogin. „Als Töchter, manchmal sogar Ehefrauen, sind sie stark in ihre Familien und Communities eingebunden. Andererseits sehen sie in der Schule und überhaupt in ihrem neuen Lebensumfeld Freiheiten, die sie vorher nicht kannten.“ Sisters Network unterstützt die jungen Frauen „sehr individuell, ohne vorgefertigte Standards“, diesen Spagat zu bewältigen.



Fotos: Babette Brandenburg

**Stefanie Landa (li.) und ihre Kollegin Lilith Buchartowski von Sisters Network ermuntern die jungen Migrantinnen, ihre Stärken und Wünsche zu erkennen und zu äußern.**



Shaimas Vater und Bruder sind Informtiker. Die junge Syrerin interessiert sich jedoch viel mehr für Mode und zeichnet gern. Für ihre Eltern sei dies nicht mehr als ein Hobby. Unterstützt von Big Sister Soppa ist Shaima nun ihrem Traum vom Modedesign-Studium einen Schritt nähergekommen: Sie hat eine gymnasiale Oberstufe mit Kunstprofil gefunden und sich dort beworben. „Zu Hause in Syrien haben unsere Eltern uns unterstützt“, sagt Shaima. „Hier müssen wir ihnen helfen und viel erklären.“ Den nötigen Rückhalt, so Norhan, gebe den „Mädels“ dabei die Gruppe. „Wenn wir an uns glauben und uns gegenseitig anfeuern, können wir unsere Ziele erreichen.“

### Weitere Kooperationen geplant

Die 18-Jährige lernt Einzelhandelskauffrau und ist die erste Auszubildende der Gruppe. Als sie vor vier Jahren vor dem syrischen Bürgerkrieg nach Hamburg flüchtete, träumte sie davon, zu studieren. Doch die Schule in der Hansestadt war mühsam, schweren Herzens entschied sie sich für eine Ausbildung. Ihren Traum hat sie nicht aufgegeben. „Danach werde ich das Abi machen.“ Denn heute weiß sie: „In Deutschland muss man manchmal Umwege gehen, um ans Ziel zu kommen.“

Für die meisten jungen Frauen sind die Big Sisters die einzigen „Deutschen“, zu denen sie ein enges Vertrauensverhältnis aufbauen. Gemeinsam entdecken sie Orte und Aktivitäten, die für viele Gleichaltrige selbstverständlich sind: Sie besuchen Museen, reisen ins Hamburger Umland, lernen Schlittschuhlaufen oder gehen ins Kino. In diesem geschützten Rahmen würden auch Probleme in der Familie angesprochen, so Buchartowski. In solchen Fällen erklären ihnen die Big Sisters, welche Freiheiten und Rechte junge Frauen in Deutschland haben. „Wir stützen den Mädchen diese Lebensrealitäten nicht über, sondern gehen reflektiert in den Austausch.“ Bei Bedarf geben sie ihnen die Telefonnummern von Hilfseinrichtungen.

Mithilfe neuer Fördergelder entwickelt Landa das Netzwerk organisatorisch weiter: So sollen im Herbst drei weitere Gruppen geöffnet und Kooperationen mit weiteren Schulen geschlossen werden. Denn die Nachfrage – auch außerhalb Hamburgs – sei groß, so Landa.

Michaela Ludwig,  
freie Journalistin

<https://sistersnetwork.de>

# Entspannung zum Nulltarif

**// Das Konzept ist einfach, leicht umzusetzen und erfolgreich. An der Rolandschule, einer Grundschule in Oberhausen, rennen die Kinder mittwochs nicht einfach in die große Pause, voll Freude, dass sie eine Weile nicht büffeln müssen. Sie freuen sich aus einem besonderen Grund, denn nun heißt es: Musik ab. //**

Der Vater der Idee heißt Marcel Weyer. Er bezeichnet sich als jemanden, der Musik („nicht das Fach“) zwar mag, aber kein Instrument spielen und überhaupt nicht singen könne. Doch

das, was er mit seiner ehemaligen Kollegin Catharina Hölter an seiner früheren Schule, der Ruhrschule in Oberhausen-Alstaden, eher zufällig entdeckte, fasziniert ihn bis heute. Bei der Vorbereitung eines Schulfestes studierten die beiden mit ihren Schülerinnen und Schülern auf dem Schulhof einen Tanz ein. Das Pausenklingeln riss sie aus der Spannung. Dutzende Kinder strömten nach draußen, schauten ob der lauten Musik kurz verwirrt und begannen dann zu tanzen. Andere sangen mit, wieder andere beobachteten parallel zum eigenen Spiel das sonderbare Geschehen. Von sonst eher üblichen Streitereien keine Spur. Weyer und Hölter waren begeistert. „Wir schilderten dem Kollegium unsere Eindrücke und schlugen vor, Musik-

pausen einzuführen“, erinnert sich der gelernte Deutsch- und Religionslehrer Weyer. Gesagt, getan. Einmal wöchentlich rollte fortan der Hausmeister eine Box auf den Schulhof. Er tat es nicht häufiger, um den Reiz zu erhalten. Zunächst wählten Erwachsene Lieder aus. Später übernahmen das die Mädchen und Jungen. Sie erstellten Playlists in ihren Klassen – von Kinderliedern über Charts bis hin zu Schlagern. „Uns war damals schon klar, dass das mehr als eine lustige Abwechslung sein würde“, erinnert sich Weyer. Er fügt hinzu: „Allein die gemeinsame Auswahl der Musik fördert Partizipation

Die musikalischen Schulpausen von Marcel Weyer folgen dem Motto, dass Denken und Lernen nur dann gut funktionieren können, wenn der Körper wach und lebendig ist.



und Demokratieverständnis. Man muss auch schon einmal ein Lied ertragen, das man selbst nicht favorisiert.“

Das Laune-Barometer stieg bei den Grundschülerinnen und -schülern, aber auch der gesamten Schulgemeinde. Frohgemut rannten die Kinder in die Pause und kehrten entspannt aus ihr zurück. Streitereien und Raufereien blieben wie von Zauberhand verschwunden. Weyer leicht amüsiert: „Die Kolleginnen und Kollegen rissen sich förmlich darum, ihre Aufsicht in den Musikpausen führen zu dürfen.“ Nicht nur, weil sie weniger Konflikte zu lösen hatten. Musik entspannt auch ältere Semester.

### Friedlicher und konzentrierter

Nur ein Jahr nach der wundersamen Entdeckung der musikalischen Unterrichtsunterbrechung wechselte Weyer den Arbeitsplatz. Seine neue Heimat fand er in der Rolandschule. Rund 220 Kinder besuchen die offene Ganztagsgrundschule. Sie liegt in einem sozial schwierigeren Umfeld Oberhausens, im Stadtteil Schlad. Schon nach seinen ersten Pausenbeobachtungen stand für den 35-Jährigen fest: Hier muss die Musikpause her. Kinder beleidigten oder schlugen sich. Kräfte messen und Positionen abstecken prägten den Alltag der Kleinen.

Weyer zögerte ein wenig, seinen Vorschlag zu unterbreiten: „Als Neuer direkt tolle Konzepte vorzuschlagen, kommt meistens nicht besonders gut an.“ Lange aber hielt er sein selbst auferlegtes Schweigen nicht durch. Nach einigen Wochen stellte er das Konzept vor. Es stieß auf ein durchweg positives Echo. Seither heißt es immer wieder mittwochs in den Hofpausen: Die Musik kann beginnen.

Kinder und Eltern, die ursprünglich ein wenig verduzt reagiert hatten, sind längst begeistert. Zumal sie bei Elternsprechtagen erfahren, dass es nicht nur

in den Pausen, sondern auch im Unterricht friedlicher zugeht. „Außerdem merken wir, dass die Kleinen deutlich konzentrierter und mit mehr Spaß bei der Sache sind“, bilanziert der junge Lehrer.

Die Bedeutung von Bewegung und Musik für die Entwicklung und Lernfähigkeit betont nicht nur der Neurobiologe Professor Gerald Hüther regelmäßig. Auch die Berliner Musik- und Bewegungspädagogin Bettina Leuckert unterstreicht dies: „So wie ich die Neurobiologie heute verstehe, ist es ein Holzweg zu meinen, dass das Denken und die mentalen Fähigkeiten nur den Kopf brauchen und abgekoppelt vom Körper existieren. Vielmehr ist es so, dass Denken und Lernen dann gut funktionieren können, wenn der Körper wach und lebendig ist, und wenn wir vor allem – aber nicht nur – im Kindesalter viele und vielfältige körperliche Erfahrungen machen dürfen.“ Zudem würden das Selbstbewusstsein, die emotionale Intelligenz und die Fähigkeit zur Empathie gestärkt, wenn man miteinander in Bewegung sei.

Weyer und seine Mitstreiter an der Rolandschule können das bestätigen. Auch während der Corona-Zeit finden die Musikpausen regelmäßig statt. Allerdings mit versetzten Pausenzeiten und geschlossenen Gruppen. „Gerade in diesen Zeiten“, so Weyer, „sind die Musikpausen wichtiger denn je.“

### Tipps für Nachahmer

Für alle, die vielleicht Ähnliches planen, hält der Grundschulpädagoge zwei Tipps parat. „Ganz wichtig ist, die Nachbarschaft der Schule einzubeziehen“, betont er. In seiner vorherigen Schule sei dies zunächst nicht geschehen. Mit der Folge, dass sich Anwohner gegen den „Lärm“ wehrten. Die Schule stoppte das Projekt. Weyer aber weiß: „Dabei haben Messungen ergeben, dass unsere Musikpausen nicht lauter als nor-



Foto: Boys & Girls Fotografie GmbH

Marcel Weyer

male Pausen sind.“ Das aber müsse man auch kommunizieren.

Sein zweiter Hinweis: Auch rechtlich ist das Abspielen von Musik außerhalb des Unterrichts kein Problem. Sprich, es werden keine Gebühren fällig. Das Schulministerium des Landes Nordrhein-Westfalen hat einen Gesamtvertrag mit der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA) geschlossen, mit dem ein zwischen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und der GEMA geschlossener Pauschalvertrag umgesetzt wurde. Dieser sieht vor, dass für „Schulveranstaltungen“ ohne oder bis maximal 2,60 Euro Eintritt keine Vergütungen zu zahlen sind.

Den Musikpausen steht also nichts im Wege. Und mit ihnen ein wertvoller und sehr einfacher Schritt hin zu Gewaltprävention, Partizipation, Integration, Demokratie und besserem Lern- und Schulklima.

Stephan Lüke,  
freier Journalist

Beamtdarlehen 10.000 € - 120.000 €

- Vorteilszins für den öffent. Dienst
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Baufinanzierungen echt günstig

0800 - 1000 500 Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.  
Seit über 40 Jahren.



NEUER exklusiver Beamtenkredit

2,50% echter Vorteilszins  
effektiver Jahreszins

SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtdarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.

Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!

Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen

- Unser bester Zins aller Zeiten -

Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484,- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.

Sensationell günstig

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Tel.: (0621) 178180-0  
info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

# EuGH-Urteil

Aktuelles +++ Informationen +++ Nachrichten +++ Aktuelles +++ Informationen +++

## Selbstausschreibung bekämpfen

**// Der Europäische Gerichtshof (EuGH) urteilte am 14. Mai 2019 (s. E&W 11/2019): Die Arbeitszeit auch von verbeamteten Lehrkräften und Hochschulbeschäftigten muss stundenweise erfasst werden. Sinkt damit künftig die Arbeitsbelastung an Schulen und Hochschulen? E&W hat bei dem Fachanwalt Peter Hauck-Scholz nachgefragt. //**

**E&W:** Nach deutschem Arbeitszeitgesetz sind Arbeitgeber bislang nur verpflichtet, Überstunden festzuhalten – und wie lange an Sonn- und Feiertagen gearbeitet wurde. Was wird sich jetzt ändern?

**Peter Hauck-Scholz:** Nach dem Urteil des EuGH müssen die Arbeitgeber in Zukunft sämtliche geleisteten Arbeitszeiten erfassen. Gemessen in Zeitstunden, von der Stunde null bis zum Ende des Tages, bis zum Ende der Woche. Egal, wann sie geleistet werden. Ob am Wochentag, am Samstag oder am Sonntag. Egal, wo sie geleistet werden. Im Betrieb, zu Hause oder auf Reisen.

**E&W:** Das deutsche Arbeitszeitgesetz gilt lediglich für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Verbeamtete Lehr-

kräfte oder Hochschullehrer werden gar nicht erfasst. Was sagt der EuGH dazu?

**Hauck-Scholz:** Der EuGH nimmt eine solche Differenzierung nicht vor. Er knüpft daran an, dass im Europarecht der Begriff Arbeitnehmer auch die Beamten umfasst. Vor diesem Hintergrund hat das deutsche Arbeitsrecht eine Lücke.

**E&W:** Die Arbeitszeitrichtlinie der Europäischen Union von 2003 hält fest, dass die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden im Regelfall nicht überschritten werden darf. Viele Lehrkräfte arbeiten länger. Wie groß ist die Chance, dass die Belastung durch Mehrarbeit nun sinkt?

**Hauck-Scholz:** Der Schlüssel ist die Arbeitszeiterfassung. Nach dem Urteil des EuGH muss die Arbeitszeit auch von Lehrerinnen und Lehrern erfasst werden. Damit schafft man eine empirische Grundlage. Anschließend muss wozüglich der Gesetzgeber tätig werden. Denn das Bundesverwaltungsgericht hat bereits formuliert, dass die Lehrerarbeitszeit nicht größer sein darf als die Arbeitszeit aller anderen Beamten. Und die schwankte im Laufe der Jahre, mal waren es 39 Wochenstunden, mal 40 oder 41.

**E&W:** Aber wie lässt sich die Arbeitszeit der Lehrkräfte erfassen? Werden sie

verpflichtet, ihre Arbeitsstunden aufzuschreiben?

**Hauck-Scholz:** Die Fachwelt diskutiert jetzt die Frage: Geht das, dass der Arbeitnehmer die Aufzeichnungen selber macht? Darf der Arbeitgeber diese Pflicht an die Arbeitnehmer delegieren? Da streiten sich die Gelehrten. Die überwiegende Zahl ist der Meinung, das geht schon, aber nur unter bestimmten Bedingungen.

**E&W:** Welchen?

**Hauck-Scholz:** Der Arbeitgeber bleibt für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Aufzeichnungen verantwortlich. Daraus folgt, dass er sich etwa durch Stichproben von der Richtigkeit der Aufzeichnungen überzeugen muss und diese zeitnah, am besten am selben Tag erfolgen.

**E&W:** In Hessen haben Lehrerinnen und Lehrer bereits vor Jahren versucht, mit Selbstaufzeichnung ihrer Arbeitszeit gegen Mehrarbeit vorzugehen. Was ist daraus geworden?

**Hauck-Scholz:** Die Lehrkräfte in Hessen sind mit diesen Aufzeichnungen vor Gericht gezogen. Sie haben gesagt: Die geltende Arbeitszeitverordnung für Lehrkräfte in Hessen ist unwirksam. Wir arbeiten ja viel mehr. Das ist damals

### DGB: Arbeitgeber sollen jede Arbeitsstunde erfassen

Eine gesetzliche Pflicht für Arbeitgeber, jede Arbeitsstunde der Beschäftigten zu erfassen, befürwortet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Arbeitgebervertreter lehnen sie dagegen ab. Das wurde in einer Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag Mitte September in Berlin deutlich. Gegenstand der Anhörung waren die von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke vorgeschlagenen Änderungen des Arbeitszeitrechts gemäß den Vorgaben eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom Mai 2019. „Eine korrekte Umsetzung der EuGH-Entscheidung setzt neben einer generellen Zeiterfassungspflicht für alle Arbeitgeber auch die Umsetzung der Vorgaben der Objektivität, Verlässlichkeit und Zugänglichkeit voraus“, heißt es in der Stellungnahme des DGB. „Ohne eine Erfassung der Arbeitszeit, für die der EuGH klare Vorgaben gemacht hat, können Arbeitgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommen“, ergänzte Johanna Wenckebach vom Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht. Aus Sicht der Arbeitgeber stellt eine systematische Erfassung der Arbeitszeit jedoch einen unverhältnismäßig hohen bürokratischen Aufwand dar. jam

vor Gericht gescheitert. Die richterliche Entscheidung dazu ist lesenswert, weil es eine solche anmaßende Abfertigung der Lehrkräfte ist – von oben herab, das sucht seinesgleichen. Eine derartige Abfuhr ist nach dem Urteil des EuGH nicht mehr möglich.

**E&W:** Was ist mit den Beschäftigten an Hochschulen? Welche Regelungen gelten dort bislang?

**Hauck-Scholz:** Es gibt Tarifbeschäftigte und es gibt Beschäftigte, für die kein Tarifvertrag gilt. Die haben dann individuelle Arbeitsverträge. Doch zur Arbeitszeit-Aufzeichnung gibt es nichts. Weder im Tarifvertrag, noch in sonstigen individuellen Arbeitsverträgen. Hier besteht Handlungsbedarf.

**E&W:** Was wird sich jetzt für wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ändern?

**Hauck-Scholz:** Professoren lassen oft die Art, wie sie ihre Arbeit bewältigen, auch ihren Mitarbeitern angedeihen. Da herrscht mitunter große Freizügigkeit und Liberalität. Das führt dazu, dass sie vielfach zu Hause arbeiten. Jedoch gibt es keine rechtlichen Regelungen, die Ansprüche begründen oder Verbote aussprechen. Es gibt auch Wissenschaftler, die machen Studienreisen, um Archive oder Bibliotheken aufzusuchen. Was soll mit denen passieren? Da bleibt nichts anderes übrig, als dass sie selbst aufzeichnen. Der Arbeitgeber ist ja nicht dabei.

**E&W:** Aufzeichnungspflicht durch den Arbeitnehmer ist Mehrarbeit. Das wird

vielen Lehrkräften und Hochschulbeschäftigten nicht gefallen.

**Hauck-Scholz:** Der EuGH hat gesagt: Die Regelung über die Arbeitszeit und die Arbeitszeiterfassung dienen dem Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer. Das ist europäisches Recht. Und über solche Regelungen kann sich der einzelne Arbeitnehmer nicht hinwegsetzen. Außerdem gehört das Aufzeichnen zur Arbeitszeit des Beschäftigten.

**E&W:** Weniger Freiheit, mehr Gesundheit – und das als staatliche Vorgabe?

**Hauck-Scholz:** Das ist der Versuch, die viel zitierte Selbstausbeutung zu bekämpfen. Das ist der Grundgedanke des EuGH.

**E&W:** Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales novelliert jetzt das Arbeitszeitgesetz. Wie ist der Stand?

**Hauck-Scholz:** Ich weiß nur, welche Rechtsgutachten das Ministerium dazu eingeholt hat. Und welche Vorschläge darin formuliert wurden. Und ich weiß, dass diese Vorschläge die Spezifika von Lehrkräften und Hochschulbediensteten nicht im Blick haben.

**E&W:** Wie kann das sein?

**Hauck-Scholz:** Ganz einfach. Die Gutachter sind Arbeitsrechtler. Für die sind Beamte außerhalb ihres Denkens (lacht). Weil das deutsche Arbeitszeitgesetz die Beamten nicht erfasst, sind diese Professoren überhaupt nicht auf die Idee gekommen, dass sie sich über Beamte Gedanken machen müssen. Soweit ich das überblicke, bin ich der Erste, der durch einen Aufsatz auf diese Problematik eingegangen ist.

**E&W:** Dann muss unser Interview wohl fortgesetzt werden, wenn die Novelle des Arbeitszeitgesetzes vorliegt.

**Hauck-Scholz:** Sehr gern.

Interview: Matthias Holland-Letz,  
freier Journalist

**Peter Hauck-Scholz, Arbeitszeiterfassung – Probleme für den Schul- und Hochschulbereich nach dem Urteil des EuGH vom 14. Mai 2019, in: Zeitschrift für das öffentliche Arbeits- und Tarifrecht, 6/2020**

**GEW: Kommt die Stechuhr für alle? [www.gew.de/eugh-urteil-arbeitszeit](http://www.gew.de/eugh-urteil-arbeitszeit)**  
**GEW: Viele Lehrkräfte arbeiten mehr als 48 Stunden: [www.gew.de/PM-studie-lehrkraftarbeitszeit](http://www.gew.de/PM-studie-lehrkraftarbeitszeit)**



Peter Hauck-Scholz

Foto: Christoph Boeckhler

# Aufklärung wirkt

**// Corona habe das Ziel, Kinderarbeit weltweit zu überwinden, in deutlich weitere Ferne rücken lassen, befürchtet Samuel Grumiau, Projektkoordinator für die Bildungsinternationale (BI). //**

**E&W:** Wie hat sich die Corona-Krise auf den Kampf gegen Kinderarbeit ausgewirkt?

**Samuel Grumiau:** Konkret in erster Linie dadurch, dass die Schulen geschlossen sind. Die Kinder gewöhnen sich ab, zur Schule zu gehen. Die Eltern gewöhnen sich ab, sie hinzuschicken. Und das schon seit Monaten. Es gibt Kinder mit sehr erheblichen Lernrückständen, die kaum die Möglichkeit haben, diesen Rückstand aufzuholen. Zudem hat sich vielfach die Armut enorm verschärft, so dass Menschen mit Hilfe von Kinderarbeit versuchen, ein bisschen Geld zu verdienen.

**E&W:** Gibt es dazu bezifferbare Erkenntnisse?

**Grumiau:** In Nicaragua ist der Schulbesuch von Kindern zwischen Februar und Juni um bis zu 40 Prozent zurückgegangen. In der Gegend von Dowa in Malawi hatten wir im vorigen Jahr 285 Kinder aus Arbeitsverhältnissen herausgeholt und in den zehn Schulen untergebracht, die wir dort betreuen. Seit der Schulschließung im März ist dort ein Anstieg von Kinder-ehen und Schwangerschaften minder-jähriger Mädchen festzustellen. Allein im Bezirk Dowa haben 234 Mädchen und 23 Jungen, die jünger als 18 Jahre sind, geheiratet, 95 Mädchen sind schwanger geworden. Es gibt übrigens dort Eltern und sogar lokale Behörden, die glauben, dass die Schulen nie wieder öffnen.

**E&W:** Was kann man machen?

**Grumiau:** Unsere Kooperationspartner in Malawi betreiben im lokalen Hörfunk

große Aufklärungskampagnen. In Uganda mit einer in mancher Hinsicht ähnlichen Problemlage lassen sie Lautsprecherwagen durch die Straßen fahren, um vor Kinderarbeit und Fröhschwangerschaften zu warnen. Sie betonen die Gefahr von Kinder-ehen. Es wird viel gemacht. Aber sicherlich ist die Arbeit im Augenblick schwer gehandicapt.

**E&W:** Reden wir über Deine Arbeit bei der BI.

**Grumiau:** Ich bin für die Koordination von Projekten zuständig, die von unseren lokalen Gewährsleuten mit Hilfe der BI und ihrer Partner betrieben werden. Unterstützung kommt von der GEW-Stiftung „fair childhood“, aber auch von einer niederländischen Organisation. Im Augenblick betreue ich 17 Projekte in zwölf Staaten, darunter Länder wie Mali oder Uganda, wo wir drei verschiedene Projekte gleichzeitig haben. Ich

Auch im westafrikanischen Burkina Faso betreibt die Bildungsinternationale (BI) Projekte, die Schulen darin unterstützen, Kinderarbeit zurückzudrängen. Das Bild zeigt den BI-Koordinator Samuel Grumiau vor Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Schulung.



Foto: privat

überwache den Fortgang der Projekte, halte die Geldgeber auf dem Laufenden, schaue, wo die Probleme sind, kümmere mich um interne und externe Kommunikation.

**E&W:** Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Einrichtung „kinderarbeitsfreier Zonen“?

**Grumiau:** Genau. In vielen unserer Projekte schlagen wir den einheimischen Lehrgewerkschaften diesen gemeinschaftsbezogenen Ansatz vor. Die Gewerkschaften können sich die Zielgebiete selbst aussuchen. Das kann ein kleines Dorf sein, ein Stadtteil, eine Plantage. Wichtig ist, dass die Projekte in der Lage sind, in einer solchen Zone messbare Fortschritte zu erzielen. Wir legen auch Wert darauf, dass dabei kein Unterschied gemacht wird zwischen schlimmeren und vermeintlich weniger schlimmen Formen der Kinderarbeit. Wir versuchen vielmehr, in der Bevölkerung einen Mentalitätswandel zu bewirken in dem Sinne, dass jede Art von Kinderarbeit inakzeptabel ist. Nach unserem Verständnis ist jedes Kind, das nicht zur Schule geht, ein arbeitendes Kind. Das ist eine sehr weit gefasste Definition. Sie zielt darauf ab, das Bewusstsein der Leute so zu verändern, dass sie die Norm akzeptieren: Kein Kind sollte sich in seiner Schulbildung durch Arbeit behindert sehen.

**E&W:** Wie lässt sich die Nachhaltigkeit eines solchen Sinneswandels sicherstellen?

**Grumiau:** Wir versuchen von Anfang an, Lehrkräfte und Schulleitungen weiterzubilden und zu sensibilisieren. Überdies sprechen wir die örtlichen Behörden, traditionellen Amtsträger und andere Menschen mit Einfluss in der Gemeinschaft an. Wir schaffen Strukturen, die auch nach dem Ende eines Projekts Bestand haben, beispielsweise eine Müttervereinigung, ein Aufsichtsgremium, deren Tätigkeit nicht von auswärtigen Geldgebern finanziert wird. Vor Ort begegnen wir immer wieder Eltern, die erzählen, wie froh sie sind, ihre Kinder in der Schule zu haben. Sie werden das nicht wieder verlieren wollen, wenn das Projekt endet. In Mali, in einer Gegend namens Ouroun, haben wir seit fünf Jahren ein

Projekt, das einige Schulen in einem knappen Dutzend Dörfern und Weilern betreut. Dort haben die Nachbardörfer ohne auswärtige Förderung die in unserem Zielgebiet praktizierten Methoden übernommen, um ihrerseits die Kinderarbeit zurückzudrängen.

**E&W:** Das strahlt also aus?

**Grumiau:** Richtig. Wir versuchen, in Pilotzonen, die nur einige Dörfer umfassen, Kinderarbeit ganz zu beseitigen, um zur Nachahmung anzuregen.

**E&W:** Aber grenzt es nicht an ein Wunder, wenn Familienväter und Oberhäupter traditioneller Gesellschaften, die Kinderarbeit seit Generationen für normal gehalten haben, auf einmal anderer Meinung sind?

**Grumiau:** Das geht nicht auf einmal. Die Botschaft sickert allmählich ein – und zwar nicht in drei Wochen. Mentalitäten zu ändern, dauert manchmal Jahre. Da kommen keine Gewerkschafter aus der Hauptstadt, die den Leuten etwas aufpfropfen. Sie suchen das Gespräch. Sie sagen: Es gibt internationale Abkommen, nationale Gesetze gegen Kinderarbeit, die alles verbieten, was ihr hier macht. Aufgeklärte lokale Amtsträger werden schließlich einsehen, welchen Vorteil es hat, wenn die Kinder zur Schule gehen. Die Botschaft verbreitet sich auch durch Anti-Kinderarbeits-Clubs in den Schulen, Eltern- und Müttervereine.

**E&W:** Gibt es auch positive Effekte für die einheimischen Partnergewerkschaften?

**Grumiau:** Tatsächlich beobachten wir eine Stärkung gewerkschaftlicher Schlagkraft dort, wo wir gegen Kinderarbeit tätig sind. Mitgliederzahlen steigen, manchmal um bis zu 23, in anderen Fällen um bis zu 47 Prozent. Das Ansehen der Gewerkschaften steigt ebenfalls. Wir werden gelegentlich als Leute gesehen, die sich nur um die eigenen Mitglieder kümmern. Projekte wie diese, die der Gemeinschaft insgesamt zugute kommen, machen deutlich, dass das nicht stimmt.

Interview: Winfried Dolderer, freier Journalist

[www.ei-ie.org](http://www.ei-ie.org)



fair  
childhood  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

## Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.**

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**  
**BIC: BFSWDE33MUE**

[www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)

*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

**Ja,** ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.  
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 10-2020

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

**fair childhood**  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main

**fair  
childhood**  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

**Gewalten im Ungleichgewicht**  
(E&W 6/2020, Seite 32 f.: „Grundrechte im Würgegriff“)

Der Artikel von Klaus Heimann informierte über die – insbesondere auf dem Paragrafen 28 Infektionsschutzgesetz (IfSG) beruhenden – Einschränkungen der Grundrechte. Er nannte die einschlägigen Grundgesetzartikel und erläuterte Grad und Art der Einschränkungen sowie die Zuständigkeit von Ländern und Bund. Da nicht alles in einen Artikel passt, möchte ich aus juristischer Laienmeinung etwas ergänzen: Das IfSG gehört zum Polizeirecht und ist Teil der Exekutive. Daran erinnerte ich mich, als ich davon hörte, durch die Aktivierung des IfSG und die Arbeitseinschränkungen in der Tätigkeit der Gerichte sei eine Übermacht der Exekutive entstanden. Das Austarieren mit den übrigen beiden Gewalten der Verfassung, der Judikative und Legislative, ist auf ein Funktionieren



des Grundrechts auf Meinungs- und Informationsfreiheit angewiesen. Da sehe ich Konflikte zwischen der staatlichen Durchsetzung von Maßnahmen und der prinzipiellen Möglichkeit, über diese auch kritisch zu informieren und öffentlich zu debattieren. Gerade die Notwendigkeit, dass dafür Fingerspitzengefühl nötig ist, zeigt schon das Besondere und Unnormale der heutigen Situation. Für mich ist ärgerlich, wenn Internetseiten und YouTube-Videos ohne richterliche Anordnung verschwinden. Ich bin fähig, mir ein eigenes Bild zu machen. Das IfSG nennt auch die Meinungs- und Informationsfreiheit nicht als ein Grundrecht, das eingeschränkt werden darf. Ich freue mich schon auf die Zeit, in der einige der Maßnahmen von den Gerichten wieder kassiert werden. Den Zwang, in Verfahren rational zu argumentieren, finde ich dabei hilfreich. Ich bin überzeugt, dass die Demokratie aus Krisen auch gestärkt herauskommen kann. Muss ich besonders betonen, dass ich mich nicht zusammen mit Neonazis und Verschwörungstheoretikern auf die Straße stelle?

Hans Bernd Ashauer-Jerzimbeck, Düsseldorf

**Corona lässt grüßen**

(E&W 7-8/2020, Seite 2, Gastkommentar: „Digitalisierung im Panikmodus“)

Der Artikel von Sigrid Hartong entspricht genau meinen Empfindungen. Digitalisierung im Panikmodus und das in der Grundschule. Es ist Wasser auf die Mühlen aller Befürworter der Digitalisierung geschüttet worden. Corona lässt grüßen.

In diesem Fall sind die Kritiker der Digitalisierung ein Auslaufmodell. Ich bin so ein Auslaufmodell mit 40 Jahren Grundschulerfahrung, gerade dabei ein Buch fertigzustellen, das unter anderem auch die Digitalisierung im Blick hat.

Antonie Hartmann-Striebel, Laupheim

**Erfolg ist fraglich**

(E&W 7-8/2020, Seite 40 f.: „Deutlich mehr Kinderarbeiter“)

Im deutschen Recht findet sich der patriarchalisch anmutende Paragraf 1619 Bundesgesetzbuch zur Kinderarbeit: Es geht um „Dienstleistungen“ für die Eltern – im Haushalt, im Geschäft, auf dem Hof –, solange die Kinder zu Hause wohnen und von den Eltern unterhalten werden. Kinderarbeit im Sinne wirtschaftlicher Aktivität ist bis zum Alter von 15 Jahren mit wenigen Ausnahmen verboten, bis 17 reglementiert. Die Gesetzgebung ist Antwort auf die skandalöse Kinderarbeit im Zuge der Industrialisierung, vor allem im Bergbau und in der Textilindustrie.

Die weltweiten Zahlen sind immer noch erschreckend. Unicef, das Kinderhilfswerk der UN, berichtet von 218 Millionen arbeitenden Kindern zwischen fünf und 17 Jahren. 152 Millionen Mädchen und Jungen arbeiten demnach unter unwürdigen Bedingungen, zumeist in Afrika und Asien, zu 70 Prozent in der Landwirtschaft. Die Kinder leiden gesundheitlich und haben keine Chance auf angemessene Bildung.

Zu den schlimmsten Formen der Kinderarbeit zählt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) Sklaverei sowie Zwangsarbeit einschließlich des Einsatzes von Kindersoldaten, Kinderprostitution und -pornografie.

Ob das geplante Lieferkettengesetz wirklich dabei helfen kann, diese Missstände zu beseitigen, ist allerdings fraglich. Es besteht die Gefahr, dass ein Bürokratiemonster

geschaffen wird, das hohe Kosten verursacht, aber wenig Nutzen bringt.

Ein Grund dafür liegt im hohen Grad der Arbeitsteilung in der Weltwirtschaft. Die Jeanshose eines deutschen Labels entsteht oft vollständig im Ausland, dutzende Firmen aus aller Welt liefern zu. Das wirft viele Fragen auf: Wer soll die Zulieferer vor Ort überwachen? Wer setzt dafür die notwendigen Standards? Wo fängt die Verantwortung der Firmen an – auf dem Acker, auf dem die Baumwolle wächst, oder auf der Ölplattform, auf der der Rohstoff für synthetische Fasern gefördert wird?

Auch bringt es wenig, wenn nur inländische Firmen einem Lieferkettengesetz unterworfen werden, denn das verzerrt den Wettbewerb. Deutsche Anbieter wären vermutlich schnell vom Markt verschwunden oder würden ins Ausland abwandern, wenn sich internationale Konkurrenten nicht an ein Lieferkettengesetz halten müssen und so billiger produzieren können.

Das Verbot von Kinderarbeit kann letztlich nur vor Ort, in den jeweiligen Ländern, umgesetzt werden. Das heißt: Die Parlamente müssen gesetzgeberisch handeln.

Doch dieser Weg wird ein langer sein, denn nicht nur in Europa haben Politiker als Entscheidungsträger „ihren“ Machiavelli verinnerlicht: „Lasst uns doch nicht die Zeit mit Kleinigkeiten verlieren, am Ende werden die Armen alles bezahlen. Und davon haben wir genug!“

Ulrich Bald, Hagen



**Untersuchungen abschaffen**

(E&W 9/2020, Seite 4: „Überlastete Gesundheitsämter“)

Ute Teichert, Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst, stellt fest, dass Lehrerinnen und Lehrer nun (aufgrund der fehlenden Eingangsuntersuchung der Erstklässler) sehen müssten, wie sie im Unterricht mit eventuellen Defiziten der Erstklässler umgehen. Diese Aussage suggeriert,

Eingangsuntersuchungen würden dem Lehrpersonal dabei helfen, mit Defiziten umzugehen. Diese Zeiten sind längst vorbei. Offenbar wurde Frau Teichert nicht mitgeteilt, dass Kinder aufgrund einer fehlenden Schulreife nicht mehr vom Schulbesuch zurückgestellt werden dürfen, dass die früher sehr hilfreichen „Schulkindergärten“, in denen Kinder mit Defiziten sorgfältig und spielerisch auf die Schule vorbereitet wurden, in Nordrhein-Westfalen bereits vor etlichen Jahren geschlossen wurden, dass Kinder mit großen Defiziten im Lern-, Leistungs- und Sozialverhalten aufgrund des Inklusionsvorhabens ohne nennenswerte sonderpädagogische Unterstützung gemeinsam mit anderen Kindern beschult werden, dass aufgrund eines dramatischen Personalmangels viele Grundschulklassen überfüllt sind und

„bedarfsdeckend“ von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern oder fachlich geringer qualifizierten Seiteneinsteigern unterrichtet werden.

Das Wissen um Defizite einzelner Schulanfänger kann also in der gegenwärtigen Situation nicht mehr bewirken, dass sich im Unterricht der Grundschule Heterogenität und Unterrichtsstörungen verringern, dass sich die effektive Lernzeit pro Kind vergrößert und dass sich die Unterrichtsqualität verbessert. Das Gegenteil ist der Fall. Leider.

Da Eingangsuntersuchungen keine schulischen Auswirkungen mehr haben,

sollte darüber nachgedacht werden, diese Untersuchungen ganz abzuschaffen. Das würde Geld sparen, Geld, mit dem Grundschullehrkräfte gerecht bezahlt werden könnten.

Jörg Schreckenberger-Weber, Recklinghausen



**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**  
**Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.**  
**E-Mail: katja.wenzel@gew.de**  
**Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.**

Ihre Anzeige in der E&W: Tel. 0201/84300-0 • [anzeigen@stamm.de](mailto:anzeigen@stamm.de)

[www.drk.de](http://www.drk.de)

**#füreinander**

**Spende Fürsorge mit deinem Beitrag zum Corona - Nothilfefonds.**

DRK-Spendenkonto IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07 BIC: BFSWDE33XXX

**Klassenfahrten London**  
 mit oder ohne Sprachkurs  
 ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
 info@reichardt.eu, T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)

**Dokumentation  
 Organisation  
 Rechtssicherheit**

☎ 02521 29905-10

**SCHULORGANISATION**  
 Verlage Flöttmann & Langenkämper

**Andalusien**  
 Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung. Für Wanderer ein Paradies.  
 T: 05171/16343 [www.la-ruca.de](http://www.la-ruca.de)

**Insel Rügen:** Ferienwohnungen mit moderner Ausstattung in Putbus, für 2-4 Pers., mit Balkon, 2 Schlafzimmer, von privat, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289  
[www.alte-fischlerei-putbus.de](http://www.alte-fischlerei-putbus.de)

**Friesland Charter**  
 Seit 1966  
**Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen**  
 Auf IJsselmeer und Binnengewässer  
 10 bis 60 Personen  
 • Klassenfahrten  
 • Wochenendfahrten  
 • Radtouren  
 Fam. Koopmans  
 Slinke 19, NL9011 WV Jirnsrum  
 Ruf +31 566 631604  
 info@frieslandcharter.nl  
[www.frieslandcharter.nl](http://www.frieslandcharter.nl)  
**Klipper DE HOOP\*\*\*\***

**Klassenfahrten Versailles**  
 mit oder ohne Sprachkurs  
 ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm  
 info@reichardt.eu, T: 06181 424830  
[www.reichardt.eu](http://www.reichardt.eu)

**schulfahrt.de** Klasse Reisen.

*Klassenfahrt 2021? Aber sicher!*

**Klassenfahrt gerettet!**

**Einzigartiges Corona Schutz- und Sicherheitspaket – nur bei schulfahrt.de!**

Jetzt Angebot mit allen Infos online oder per Telefon anfordern!  
 Die besten Reiseziele für Schulen ohne Risiko buchen und mit uns sicher reisen!

Schulfahrt Touristik SFT GmbH  
 Herrengasse 2 · 01744 Dippoldiswalde  
 Tel.: 0 35 04/64 33-0  
 info@schulfahrt.de

Alle aktuellen Reisen auf [www.schulfahrt.de](http://www.schulfahrt.de)

# Diesmal



Cartoon: Freimut Woessner